

Un-
verkäuflich



VERFOLGUNG, VERTREIBUNG
UND
VERNICHTUNG DER JÜDISCHEN BÜRGER
DER GEMEINDE LANGENFELD

1933 - 1945

Hildegard Welfens

Beiträge zur Langenfelder Stadtgeschichte

Stadtarchiv Langenfeld

Bibliotheks-Zugang

Nr. ~~54/88~~

44/2005

F1 ~~LAN~~ WEL

Hildegard Welfens



Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung
der jüdischen Bürger der Gemeinde
Langenfeld in den Jahren 1933 - 1945

Hildegard Welfens

Langenfeld 1988

Copyright: Hildegard Welfens
Alle Rechte vorbehalten
Herausgeber: Stadt Langenfeld
Langenfeld 1988

I N H A L T S A N G A B E

	<u>Seite</u>
Abkürzungsverzeichnis	
Vorwort	1
I. Die Vorbedingungen der nationalsozialistischen Machtübernahme	4
1. Die wirtschaftliche, soziale, politische und konfessionelle Struktur der Gemeinde Richrath-Reusrath	4
2. Die Geschichte der Gründung und des Aufstiegs der NSDAP-Ortsgruppe Richrath-Reusrath	10
3. Die jüdischen Mitbürger vor 1933	13
4. Dokumentarteil	19
II. Machtübernahme und Gleichschaltung. Die Jahre 1933/1934	23
1. Die nationalsozialistische Machtübernahme und die Gleichschaltungspolitik	23
2. Erste antisemitische Aktionen	31
3. Dokumentarteil	39
III. Zunehmende Isolation der jüdischen Bevölkerung	46
1. Die kommunale Neugliederung und die wirtschaftliche Entwicklung	46
2. Die NS-Judenpolitik der Jahre 1935 - 1938	50
2.1 Verschärfte anti-jüdische Aktionen	50
2.2 Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben	57
2.3 Die Reichskristallnacht und ihre Folgen	61
2.4 Dokumentarteil	70
IV. Das Ende der jüdischen Synagogengemeinde	79
1. Suche nach Auswegen	79
2. Leben im Ghetto, Deportation, Flucht und Tod	84
3. Dokumentarteil	91
Bibliographie	107

Abkürzungsverzeichnis

BAST	Bergische Arbeiterstimme
BB	Bergischer Beobachter
BDM	Bund Deutscher Mädel
BP	Bergische Post
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
GA	General-Anzeiger
Gestapo	Geheime Staatspolizei (entstanden im März/April 1933 auf Veranlassung von Hermann Göring)
HA	Akten des Historischen Archivs des Erzbistums Köln
HJ	Hitler-Jugend
HSTAD	Akten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf (Bestand: Regierung Düsseldorf)
HSTAD (Gestapo)	Akten der Gestapo
HSTAD (Rep. 114)	Akten des Sondergerichts Düsseldorf
HSTAD (Rep. 200)	Wiedergutmachungsakten
KA	Akten des Kirchenarchivs ...
KZ	Konzentrationslager
NS-	Nationalsozialistische(r)
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Arbeiterpartei
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
OG(L)	Ortsgruppen(leiter)
Pg(g).	Parteigenosse(n)
Pr.Gs.	Preußische Gesetzsammlung
RGBL.	Reichsgesetzblatt
Rhein.L.	Rheinische Landeszeitung
SA	Sturmabteilung
SS	Schutzstaffel
STAD Ebel	Stadtarchiv Düsseldorf (Sammelakte Ebel)
STAL	Stadtarchiv Langenfeld
STALev.	Stadtarchiv Leverkusen
U	ungültige Stimmen
u.a.	unter anderem, bzw. und andere
VP	Volksparole
WP	Wirtschaftspartei

Vorwort

Am 9./10. November 1938 wurden jüdische Geschäfte und Häuser zerstört, jüdische Mitbürger geschlagen, verhaftet oder gar getötet (z. B. in Hilden) und ihre Synagogen in Brand gesteckt. Anlaß der "Reichskristallnacht" war das Attentat auf den Gesandtschaftssekretär der deutschen Botschaft in Paris Ernst vom Rath durch den siebzehnjährigen Juden Herschel Grünspan vom 7. November 1938, an dessen Folgen Ernst vom Rath zwei Tage später starb. Diese Ereignisse, vom Volksmund mit "Reichskristallnacht" bezeichnet, bildeten weder den Beginn noch das Ende antisemitischer Aktionen unter der nationalsozialistischen Herrschaft.

Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Pogromnacht von 1938 erfolgt nun - auf Beschluß des Rates der Stadt Langenfeld vom 15. März 1988 - der Versuch der Rekonstruktion der Verfolgung und Vernichtung der Filial-Synagogengemeinde Langenfeld.

Ausgangspunkt der Betrachtung sind die Vorbedingungen der nationalsozialistischen Machtübernahme, nämlich die wirtschaftliche, soziale, politische und konfessionelle Struktur der Gemeinde und die Geschichte der Gründung und des Aufstiegs der örtlichen NSDAP. Da bisher keine detaillierte Darstellung über die Situation der Gemeinde während der letzten Phase der Weimarer Republik (1928 - 1933) und die Entwicklung der NSDAP-Ortsgruppe existiert, ist es notwendig, eine kurze Schilderung dieser Jahre der Abhandlung über die Geschichte der Juden von 1933 - 1945 voranzustellen. Der Einstieg in die komplexen Entwicklungen des Nationalsozialismus wird damit leichter. Die Beschreibung des Schicksals der Juden in Richrath-Reusrath vor 1933 komplettiert den einleitenden Teil. Die Geschichte der jüdischen Mitbürger vor der NS-Machtübernahme dokumentiert einerseits das gute zwischenmenschliche Verhältnis in dieser Zeit, läßt andererseits aber auch den Bruch in diesem Verhältnis deutlicher erkennen und die Entwicklung in der nationalsozialistischen Judenpolitik besser verfolgen.

Nach dieser Einführung (Kap. I) erfolgt - unterteilt in mehrere Phasen - die Darstellung der NS-Judenpolitik.

Am Anfang steht hierbei die Beschreibung der Machtübernahme und Gleichschaltungspolitik sowie der Nachweis erster antisemitischer Aktionen in der Gemeinde (Kap. II).

Dem folgt eine Darlegung der permanent verschärften Isolation der Juden (Kap. III), u.a. veranschaulicht an der Ausschaltung der Juden aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Gemeinde. Die "Reichskristallnacht" bildete dabei einen Höhepunkt in der Reihe der antisemitischen Aktionen, bei weitem aber nicht das Ende der Verfolgungen.

Auch hier erscheint es notwendig, auf die allgemeine kommunalpolitische und wirtschaftliche Entwicklung unter der nationalsozialistischen Herrschaft einzugehen, damit der Gegensatz zur Lage der jüdischen Mitbürger in dieser Zeit klar erkennbar wird.

Gekennzeichnet und ausgestoßen aus der Gemeinschaft vollzog sich nun die endgültige Vernichtung der Filial-Synagogengemeinde Langenfeld (Kap. IV). Nach dem 23./24. Juli 1942 war die Gemeinde Langenfeld "judenfrei".

Bei der Erschließung der Quellen mußten einige geschichtliche Entwicklungen der Stadt berücksichtigt werden. Die seit 40 Jahren bestehende Stadt Langenfeld unterlag nämlich mehreren Änderungen der Gemeinde- und Kreisbezeichnung. So führte die heutige Stadt Langenfeld von 1910 - 1936 die Bezeichnung "Landgemeinde Richrath-Reusrath". Erst im November 1936 erfolgte auf Anordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz die Umbenennung in "Langenfeld (Rheinland)". Wie der Gemeinename so änderte sich auch mehrmals die Kreiszugehörigkeit. Gehörte die Gemeinde noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Kreis "Solingen-Lennep", so bildete Richrath-Reusrath - später Langenfeld - ab 1923 einen Teil des Rhein-Wupper-Kreises. Seit 1975 wird Langenfeld zum Zuständigkeitsbereich Kreis Mettmann gerechnet. Nur mit den alten Bezeichnungen ist es möglich, die verschiedenen Quellen zu erschließen. Die nach Zeitabschnitten (z. B. Weimarer Republik und NS-Zeit) und Sachverhalten (Wirtschaft, Parteien, Kirche usw.) geordneten Verzeichnisse der Archivbestände der Stadt, des ehemaligen Rhein-Wupper-Kreises, des Landes Nordrhein-Westfalen (ehemals Rheinprovinz) und des Bundes müssen dann nach Akten über die einzelnen Ortsteile (wie z. B. über Richrath, Reusrath, Immigrath, Langenfeld usw.) sowie nach Berichten über bereits mit Namen bekannte Juden erforscht werden. Die Einsicht in die Akten der Gestapo, des Düsseldorfer Sondergerichts und der Wiedergutmachungsprozesse war nur mit Genehmigung durch das Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen möglich. Vor allem die Wiedergutmachungsakten sind normalerweise erst 30 Jahre nach dem Tod der betreffenden Personen zur Einsicht freigegeben. Da aber das Schicksal zahlreicher jüdischer Mitbürger nur anhand dieser Akten zu erschließen war, wurde hier vom Kultusministerium mit besonderen Auflagen des Datenschutzes die Einsicht gewährt. In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, daß auch die Akten der Gestapo und des Sondergerichts den Bestimmungen des Datenschutzes unterliegen.

Trotz Einsichtnahme in und Erforschung von Aktenbeständen zahlreicher Archive, des Studiums der regionalen Presseberichte und Befragung von Zeitzeugen bleibt das Schicksal einiger Juden noch im Dunkeln. Aufschluß könnten hier weitere Berichte von Zeitzeugen geben. Leider haben nur einige Langenfelder Bürger den Aufruf in verschiedenen regionalen Zeitungen wahrgenommen.

Nur wenige Bürger meldeten sich zu einem Gespräch. Auf Wunsch dieser Gesprächspartner, denen zu danken ist, bleiben die Namen anonym. Grund für den Wunsch der Anonymität waren Beschimpfungen, denen sich die Zeitzeugen nach öffentlichen Äußerungen in früheren Jahren ausgesetzt sahen. Doch sollten alle Generationen den Ausspruch des Historikers Friedrich Heer bedenken:

"Die scheinbar so geschichtslose Heute-Gesellschaft lebt, ohne es zu wissen, ohne es zu wollen, im Banne vieler Vergangenheiten. Was für jedes Menschenkind gilt, gilt auch für sie:

Es ist besser, die eigenen Vergangenheiten zu erhellen, zu integrieren und einzubringen in den Prozeß des eigenen Lebens, als sie beseitigen zu wollen." (F. Heer, Warum gibt es kein Geistesleben in Deutschland?, München 1978, S. 47")

Bei der Abhandlung über die Geschichte der "Langenfelder" Juden geht es nicht um eine nachträgliche Anklage gegenüber denen, die in dieser Zeit lebten und aufwuchsen. Es geht vielmehr darum, soweit es die Quellenlage erlaubte, über ein bisher nicht geschriebenes Kapitel Stadtgeschichte aufzuklären. Schließlich ist es Aufgabe eines Historikers, Aufklärung über und Vermittlung von Geschichte zu betreiben.

Nun noch einige Bemerkungen zu arbeitstechnischen Details!

Bei der Wiedergabe von Berichten und Schreiben wurden Textfassung, Rechtschreibung und Zeichensetzung beibehalten. Auslassungen bzw. Kürzungen wurden durch folgendes Zeichen (...) kenntlich gemacht. Unter der Rubrik Anmerkungen befinden sich im Anschluß an einen Abschnitt Quellennachweise und Hinweise auf weiterführende Literatur. Jedem Kapitel schließt sich ein Dokumentarteil mit Bildern, Gesetzestexten und Aktenauszügen an.

Da die Gemeinde erst 1936 den Namen Langenfeld erhielt, wird die Bezeichnung Gemeinde Richrath-Reusrath bis 1936 für die Gesamtgemeinde beibehalten.

I. Die Vorbedingungen der nationalsozialistischen Machtübernahme

1. Die wirtschaftliche, soziale, politische und konfessionelle Struktur der Gemeinde Richrath-Reusrath

1933 verfügte die Gemeinde Richrath-Reusrath über zahlreiche namhafte Betriebe der Textilindustrie, Maschinen- und Röhrenindustrie sowie der Eisen-, Metall- und Blechwarenindustrie. Ferner gab es Druckereien, einen ausgedehnten Gewerbezweig und eine florierende Land- und Forstwirtschaft. Land- und Forstwirtschaft waren die wichtigste Erwerbsquelle der Einwohner der Ortsteile, Reusrath, Gieslenberg und Berghausen. Ihre Produkte genossen in den umliegenden Ortschaften bis ins Bergische Land hinein große Wertschätzung. Die Erwerbspersonen der Ortsteile Landwehr, Wiescheid, Richrath, Immigrath und Langenfeld fanden überwiegend im Bereich der Industrie und des Handwerks Arbeit. Immigrath bildete zudem das Zentrum der Gemeinde, in dem sich zahlreiche Handels- und Gewerbebetriebe befanden.

Im Wirtschaftssektor Handel und Verkehr waren nahezu 90 Prozent der jüdischen Familien der Gemeinde beschäftigt. Zu den bekanntesten Handels- und Gewerbebetrieben gehörten die der Familien Berger, Meyer und Salomon.

Der überwiegende Teil der Arbeitnehmer von Richrath-Reusrath war aber im Bereich der Industrie und des Handwerks tätig. Als Arbeitsmarkt dienten neben den ortsansässigen Betrieben auch Betriebe in den Nachbargemeinden Solingen und Monheim. Laut Volkszählung vom 16. Juni 1933 lebten in Richrath-Reusrath 15.858 Einwohner (7.860 m/7.998 w). Die Berufszählung ergab insgesamt 7.323 Erwerbspersonen (5.083 m/2.240 w). In dieser Zahl sind auch die 1.699 Erwerbslosen enthalten. Die Sozialstruktur der Gemeinde war geprägt durch ein deutliches Übergewicht der Arbeiterschaft mit einem Anteil von 52 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Demgegenüber standen ein Anteil von 27 Prozent des Mittelstandes und ein Anteil von 16 Prozent der Gruppe der berufslosen Selbständigen. Zu dieser Gruppe gehörten Rentner und von eigenem Vermögen oder von Unterstützungsaufwendungen lebende Personen,

Betrachtet man das Arbeitsfeld der Erwerbspersonen genauer, so ergibt sich folgendes Bild:

Wirtschafts- abteilungen	Erwerbspersonen insgesamt	hauptberuflich Erwerbstätige	Erwerbslose
Land- und Forst- wirtschaft	1.169 (16,0 %)	1.128 (15,1 %)	41 (0,6 %)
Industrie und Handwerk	4.246 (58,0 %)	2.773 (37,9 %)	1.473 (20,1 %)
Öffentl. Dienst und private Dienstleistungen	627 (8,6 %)	603 (8,3 %)	24 (0,3 %)
Handel und Ver- kehr	1.097 (14,9 %)	962 (13,1 %)	135 (1,8 %)
Häusliche Dienstleistungen	184 (2,5 %)	158 (2,1 %)	26 (0,4 %)
	7.323	5.624	1.699

In diesen Zahlen dokumentiert sich die Abhängigkeit der Gemeinde vom Wirtschaftssektor Industrie und Handwerk. Hauptarbeitgeber waren in Richrath-Reusrath die Eisen-, Metall- und Stahlverarbeitungsindustrie (u.a. Kronprinz AG und Rhestahl) und die Textilindustrie (z. B. Becker & Bernhard und Neumann & Büren). Die ab 1928 ständig sinkende Auftrags- und Umsatzlage führte zu einer immer höheren Verschuldung der Gemeinde und einer rapiden Zunahme der Arbeitslosigkeit.¹ Kurzarbeit, Lohnabbau und Entlassungen bestimmten den Alltag der 30er Jahre. Der Prozentsatz der Gemeindeumlage für Aufwendungen im Bereich der Unterstützung von Wohlfahrtserwerbslosen stieg von 8 Prozent im Oktober 1928 auf bereits 23 Prozent im Februar 1930, und ein Ende des Anstiegs war noch lange nicht in Sicht. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs von 61 im Mai 1928 auf 1.699 im Juni 1933.² Während die Fürsorgeaufwendungen Jahr für Jahr stiegen, sanken infolge der Verschlechterung der Beschäftigungs-, Verdienst- und Umsatzlage die Steuereinnahmen der Gemeinde. Den erhofften Ausgleich der Fehlbeträge im Haushalt, vermochte auch die Erhöhung der Gewerbe-, Grund-, Vermögens- und Bürgersteuer nicht zu erbringen.³ Insbesondere das Jahr 1932 war ein Jahr der Entbehnungen und der Not. Ende 1932 lebte 31 Prozent der Gesamtbevölkerung in Abhängigkeit von der öffentlichen Fürsorge. In der regionalen Presse häuften sich die Artikel über Entlassungen, Massenarbeitslosigkeit und Not:

BP vom 15. Januar	1932	Kronprinz AG entläßt 53 Arbeiter
BP vom 29. Februar	1932	Becker & Bernhard kündigte 99 Arbeiterinnen
BAST vom 26. Februar	1932	- Masseneleid in Richrath-Reusrath
		- Lohnverluste von im Durchschnitt 33 %
		- Massenentlassung bei Becker & Bernhard
		- Bei der Kronprinz AG wird oft nur 1 Tag in der Woche gearbeitet.
		- Ähnliche Misere bei Rhestahl und Neumann & Büren.
BAST vom 4. Januar	1933	Neue Massenentlassungen: Bei Rhestahl 40 und bei Kronprinz 32 Arbeiter.

Wie bedrohlich die Lage von der Bevölkerung empfunden wurde, spiegelt sich in zwei Berichten aus Vereins- bzw. Schulchroniken, die hier zur Veranschaulichung zitiert werden:

"Seit Bestehen des Vereins sind die Zeiten noch nie so schlecht, die Wirtschaftslage noch nie so trostlos gewesen, wie in diesem Jahr. Man glaubte schon im vorigen Jahr der Wendepunkt sei gekommen und hatte darum das vorigjährige Fest verschoben, um es in diesem Jahr wieder in althergebrachter Weise zu feiern, aber keiner hätte geahnt, daß die Zeiten noch schlechter werden könnten und viel schlechter geworden sind, als sie im vergangenen Jahr waren. Trotzdem mußte in diesem Jahre ein Fest abgehalten werden, da der Verein bereits seit 1 1/2 Jahren keinen König hat, nachdem der letzte König zum großen Herrn gegangen ist. Aber die Zeitverhältnisse wiesen dem Verein den Weg, wie das Fest gefeiert werden konnte. Ein würdiges drei-tägiges Fest zu feiern, wie es der Verein von früher gewohnt war, war ganz ausgeschlossen. So wurde denn in diesem Jahre nur ein Tag und in ganz schlichter Weise gefeiert." (STAL 2765: Protokollbuch des Reusrather Schützenvereins von 1834, Eintragung vom 15. August 1932)

"Die wirtschaftliche Not der letzten Jahre nahm bedenkliche Erscheinungen an. Alle wirtschaftlichen Maßnahmen der vergangenen Regierungen bedeuteten nur Halbheiten. Fabriken wurden geschlossen, das Arbeitslosenheer vergrößerte sich von Tag zu Tag. Das Schlangestehen an den Stempelstellen nahm bedenkliche Formen an. Die ganze Not sei nur an 2 Zahlen unserer Schule veranschaulicht. Von 39 Kindern der Schule war der Vater von nur 4 Kindern in Arbeit, alle anderen erwerbslos. Die meisten dieser Eltern suchten die Erlösung von diesem Übel durch den Marxismus und seine Partei. Nicht immer Überzeugung, sondern Sorge um das materielle Wohl waren bestimmend. Davon zeugt die zahlreiche und begeisterte Teilnahme an den ersten Sympathiekundgebungen für den neuen Reichskanzler Adolf Hitler." (Chronik der evangelischen Volksschule zu Richrath, Eintragung 1933)

Die in dieser Chronik geäußerte "Sorge um das materielle Wohl der Familie" findet sich auch in den Wahlergebnissen der 30er Jahre wieder.

Wie sah nun aber das politische Machtgefüge in der Gemeinde nach der Kommunalwahl vom 17. November 1929 aus. Anzumerken sei hier, daß die NSDAP zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Richrath-Reusrath vertreten war. 1929 entfielen von 6.518 Stimmen 3.315 auf das Zentrum, 339 auf die SPD, 978 auf die KPD, 733 auf die Wirtschaftspartei, 268 auf die Einheitsliste der Vereinigten Turn- und Sportverbände, 616 auf die Vereinigte Bürgerliche Partei und 269 auf die Kommunistische Arbeiterliste.⁴

Mit 50,9 Prozent und 13 Sitzen stellte das Zentrum die absolute Mehrheit im Gemeinderat.

Die stärkste Oppositionsfraktion bildeten die Kommunisten mit 5 Sitzen (4 Sitze KPD und 1 Sitz der Kommunistischen Arbeiterliste). Die SPD spielte in dieser Zeit keine bedeutende kommunalpolitische Rolle.

Die Basis der in Richrath-Reusrath so hohen Anhängerschaft der Zentrumspar- tei lag sicherlich zu einem erheblichen Teil in der konfessionellen Aufteilung⁵ der Gemeinde begründet:

Katholiken	10.932	68,9 %
Protestanten	4.247	26,7 %
Konfessionslose	573	3,6 %
Juden	73	0,5 %
Sonstige	49	0,3 %

Entscheidender im Hinblick auf das Verhalten der Wähler in den 30er Jahren sollte aber die bereits erwähnte Sozialstruktur und die wirtschaftliche Lage innerhalb der Gemeinde sein.

Die permanent zunehmende wirtschaftliche Not trieb die Wähler verstärkt in die Arme der KPD und der NSDAP. Von diesen Parteien erhofften die Bürger die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Den Versprechungen der im Gemeinderat führenden Zentrumspar- tei schenkten immer weniger Wähler ihr Vertrauen. Dies drückt sich auch in den Wahlergebnissen auf Reichstagebene aus. Wie wichtig den Wählern die Beendigung der bestehenden politischen Verhältnisse erschien, ist u.a. anhand der Wahlbeteiligung abzulesen. So stieg die Wahlbeteiligung von 74 Prozent bei der Wahl im Mai 1928 auf 90 Prozent im März 1933. Betrachten wir nun die Verteilung der Stimmen für die führenden Parteien bei den Reichstagswahlen von 1928 - 1933:

Parteien	1928	1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
SPD	6,4 %	5,1 %	4,1 %	4,0 %	3,8 %
Zentrum	40,0 %	37,3 %	39,4 %	38,3 %	36,8 %
KPD	23,5 %	25,6 %	25,6 %	28,5 %	21,4 %
DVP	10,2 %	5,0 %	0,9 %	1,5 %	1,0 %
WP	5,5 %	6,0 %	0,4 %	0,2 %	---
NSDAP	0,3 %	9,6 %	26,1 %	23,5 %	34,1 %

Auf die Anführung der zahlreichen Splitterparteien, zu denen in Richrath-Reusrath auch die DNVP gehörte, wurde hier verzichtet. Die obengenannten Zahlen belegen, daß es der Zentrumspar- tei in Richrath-Reusrath gelungen war, die Verluste in Grenzen zu halten. Fortwährend hatte sie die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Betrachtet man jedoch die Wahlergebnisse in den einzelnen Ortsteilen, so treten erhebliche Wählerbewegungen hervor.

Danach verlor das Zentrum z. B. in seinen traditionellen Hochburgen Berghausen, Reusrath, Gieslenberg und Richrath bis zu 8 Prozent an Stimmen. Die Stimmengewinne im Ortsteil Langenfeld reichten zum Ausgleich dieser Verluste nicht aus.

Im Vergleich zur Reichsebene verfügte das Zentrum aber in Richrath-Reusrath über eine relativ starke und stabile Basis bei der Wählerschaft.

Kleinere Parteien, wie die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, wurden zunehmend bedeutungsloser.

Der Vormarsch der NSDAP spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Wahlen von Richrath-Reusrath.⁶

Die schlechte wirtschaftliche Lage und die permanent steigende Zahl der Arbeitslosen führte zu einem Vertrauensverlust der Wähler gegenüber der Politik des Zentrums. Das Ansehen der NSDAP, über deren örtliche Geschichte im folgenden Abschnitt berichtet wird, stieg dagegen in der Gunst der Wähler.

Anmerkungen

- 1) Die Angaben zur Sozial- und Wirtschaftsstruktur basieren auf:
Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 455 (Heft 16, S. 54 f, 62 f und S. 71)
Berlin 1936; Bd. 464 (Heft 9, S. 44, 46, und 48) Berlin 1936; HSTAD 51686
und 33637, sowie HA Richrath Nr. 5, Immigrath Nr. 9 und Landwehr Nr. 2
- 2) Zur Entwicklung auf dem Beschäftigungssektor vgl. BP vom 19. Mai 1928, vom
14. September 1929 und vom 18. September 1930, sowie STAL 1464, 1890 und
1260.
- 3) Zu den Steuererhöhungen s. STAL 548, 1485 und 1229.
- 4) Die Ergebnisse der Kommunalwahl von 1929 sind in STALev. 4449 enthalten.
- 5) Die Tabelle stützt sich auf die Angaben in STAL 274 und GA vom 15. August
1933, denen die Volkszählung vom 16. Juni zugrunde lag. Laut Statistik des
Deutschen Reiches, Bd. 451 (Heft 3, S. 55) Berlin 1936, die sich ebenfalls
auf diese Volkszählung beruft, sah die konfessionelle Gliederung so aus:

Katholiken	10.790	68,0 %
Protestanten	4.387	27,7 %
Juden	67	0,4 %
Sonstige	614	3,9 %
Einwohner	15.858	

Insbesondere bei den Katholiken ist eine Differenz von 142 Bürgern festzu-
stellen. Die Protestanten haben nach dieser Zählung 140 Mitglieder mehr.
Auch die Angabe bei den Juden differiert um 6 Bewohner. Nach Überprüfung der
Angaben über die ermordeten Juden, die Überlebenden sowie der Abmeldungen
zwischen 1933 - 1942 erscheint die Zahl von 73 Juden realistischer. Da
zwischen beiden Statistiken nur eine Differenz von ca. 1 % besteht, wurden
hier beide Statistiken der Vollständigkeit halber angeführt. Auswirkungen
auf die Analyse hatte dieser Unterschied jedoch nicht.

- 6) Zu den Wahlergebnissen s. Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 372 (Heft 2,
S. 49), Bd. 382 (Heft 2, S. 49) sowie BP von 22. Mai 1928, vom 18. September
1930, vom 1. August und 7. November 1932 und BAST vom 9. November 1932;
weiterführende Literatur: K. Erdmann, Die Weimarer Republik, München 1980
(dtv. Bd. 19), Kap. 18, 21 und 25 und K. Dederke, Reich und Republik
Deutschland 1917 - 1933, 3. Aufl. Stuttgart 1978, insbesondere S. 206 -
269.

2. Die Geschichte der Gründung und des Aufstiegs der NSDAP - Ortsgruppe Richrath-Reusrath

"Auch hier ist schwieriger Boden.

In Langenfeld standen bisher einige Parteigenossen, die als Sektion der Ortsgruppe Leichlingen angehörten. Nach langen schweren Kämpfen ist es dem Leichlinger Ortsgruppenführer Hasenklever nunmehr gelungen, auch in Langenfeld soviel Parteigenossen zu werben, daß Langenfeld Ortsgruppe werden konnte."

(Volksparole vom 5. Dezember 1931)

Mit dieser Mitteilung verkündete das nationalsozialistische Presseorgan den Parteigenossen die Gründung einer neuen Ortsgruppe. Bereits seit Mitte der 20er Jahre hatte sich im Bergischen Land eine rege propagandistische Tätigkeit der Nationalsozialisten bemerkbar gemacht. Nach Leichlingen und Opladen wollte man nun auch Bürger der Gemeinde Richrath-Reusrath für die Bewegung gewinnen. Daher veranstaltete die Opladener Ortsgruppe im Oktober 1930 einen Werbeabend. Ziel der Veranstaltung war die Bildung einer Sturmabteilung. Obgleich die Gründung einer SA nicht gelang, gewannen die Nationalsozialisten einige Männer für die Bewegung. Fortan leisteten diese neuen Mitglieder ihren Dienst in der Leichlinger bzw. Hildener SA. Ermutigt durch den Zuwachs an Mitgliedern dehnte jetzt die Leichlinger Ortsgruppe ihre Werbekampagnen auf das Gebiet von Richrath-Reusrath aus.

Am 1. April 1931 konnte endlich die Sektionsgruppe Langenfeld gegründet werden. Sie war der Ortsgruppe der Blütenstadt Leichlingen angeschlossen. Zum Sektionsleiter benannte man den Parteigenossen Hucke. Diesen beriefen die Nationalsozialisten später zum ersten Langenfelder Ortsgruppenleiter. Durch intensive Propagandatätigkeit konnte am 1. November 1931 der Stützpunkt in eine Ortsgruppe umgewandelt werden. 37 eingetragene Parteigenossen bekannten sich zu diesem Zeitpunkt zur NSDAP. Vierzehn Tage vorher hatte Langenfeld eine eigene SA-Einheit erhalten, deren Mitglieder am 14. November 1931 vereidigt wurden. Bis Ende 1931 wuchs die SA-Formation auf eine Stärke von 17 Mann an. Mit der Leitung der Ortsgruppe der NSDAP betraute man erneut den Parteigenossen Hucke.¹ Über die Gründung der Sektion bzw. der Ortsgruppe wurde in der regionalen Presse nicht berichtet.

Ein besonders aktives Propagandajahr war 1932. Die NSDAP veranstaltete nun nahezu jeden Monat zwei Versammlungen. Zu den Kundgebungen lud man bekannte Parteigrößen, wie den Landtagsabgeordneten Alfred Straßweg und den Gauleiter Friedrich Karl Florian als Gastredner ein. Mit ihren Wahlslogos "Durch Nationalsozialismus zu Arbeit und Brot", "Gemeinnutz geht vor Eigennutz", "Abschaffung des Parteienwirrwarrs", "Erziehung der Jugend zur Ordnung und Gehorsam" und durch die Betonung der deutschen Nationalität erreichte die NSDAP weite Kreise der Wähler.

Bereits im März 1932 hatte die SA, die im Sturmbann III/172 Solingen-Land den Sturm 24 bildete, eine Stärke von 50 Mann. Die Ortsgruppe, die wie Opladen, Leichlingen, Witzhelden und Burscheid zum Bezirk "Bergisches Industriegebiet" gehörte, zählte jetzt 120 Parteigenossen.²

Die SA war von April bis Juni 1932 verboten. Einem Verbot unterlagen auch zahlreiche Plakate und Flugblätter der NSDAP³. Diese Verbote hinderten die SA-Formation aber nicht daran, auch weiterhin Treffen abzuhalten. Zur Tarnung und als Ersatzuniform trugen sie weiße Hemden und Zylinder.

Am 10. Mai 1932 übernahm der Parteigenosse Paul Schreiner die Leitung der Ortsgruppe, die er mit einer kurzen Unterbrechung - vom 05.12.1934 - 01.08.1935 war der Propagandawart und 1. Beigeordnete Luig Ortsgruppenleiter - bis zum 1. Oktober 1938 ausübte. Schreiner übernahm dann das Bürgermeisteramt von Opladen und der Parteigenosse Staller die Ortsgruppenleitung.⁴ Unter Leitung von Schreiner dehnten die Langenfelder ihre Werbeaktionen auf das Gebiet der Rheingemeinden aus. Die Anzahl der Mitglieder aus den Rheingemeinden wird jedoch nicht hoch gewesen sein, da Schreiner bei der Benennung der Kandidaten für die Kommunalwahl 1933 im Amt Monheim große Schwierigkeiten hatte⁵.

Das Jahr 1932 rückt in erster Linie durch die zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen SA und KPD ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Schlägereien, Störungsversuche bei Kundgebungen und Versammlungen, ja sogar Schießereien waren für die Bürger der Gemeinde keine Besonderheit.⁶

Bis zur Ernennung von Hitler zum Reichskanzler konnte die NSDAP 165 Männer zum Parteieintritt bewegen. Hinzu kam, daß es den Nationalsozialisten gelang, auch Anhänger unter der weiblichen Bevölkerung zu finden. Am 6. Dezember 1932 erfolgte die Gründung der NS-Frauenschaft mit 46 Mitgliedern. Die zukünftige Hauptaufgabe der Frau sahen die Nationalsozialisten in der Rolle der Mutter und in der Bewahrung sowie Erhaltung des reinen deutschen Erbgutes. Dies geht auch aus einer Rede der Langenfelder Frauenschaftsleiterin hervor, in der sie betonte, daß "es in Zukunft nur mehr echte Frauen als Mütter gebe".⁷ Der Kampf um die Macht konnte nun auf dreifacher Basis erfolgen (SA, NSDAP und NS-Frauenschaft).

Anmerkungen

- 1) Zur Gründungsgeschichte der Ortsgruppe s. Rhein.L. vom 31. Oktober 1936 und vom 30. März 1941; als weiterführende Literatur zum Ursprung totaler Herrschaft, zum Aufstieg und der Entwicklung der NSDAP sind, v.a. W. Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankf. 1981; H. Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankf. 1975; K.D. Bracher, die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1971 und ders., Stufen der Machtergreifung, in: Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. 1, Frankf. 1983, S. 17 - 56 zu empfehlen.
- 2) HSTAD 30654 und STAL 1979.
- 3) Zum Verbot von Plakaten und Flugblättern s. STAL 1861.
- 4) STAD Ebel 112: und Rhein. L. vom 30. März 1941
- 5) STAD Ebel 101:
"Ich übersende Ihnen hierbei die Vorschläge für die Gemeinde- und Amtsvertretung für Monheim. Die Aufstellung der Liste war besonders schwierig, ich mußte erst noch 4 Kandidaten in die Partei aufnehmen:"
(Brief von Schreiner vom 22. Februar 1933)
- 6) Von Auseinandersetzungen berichtete u.a. die BAST in ihren Ausgaben vom 21. Mai, 4. Juni, 5. Oktober und 24. November 1932, die BP vom 28. November 1931 und vom 3. Oktober 1932, die VP vom 21. Mai 1932 und die GA vom 13. Mai 1932. Daß Demonstrationen und Versammlungen auch friedlich verlaufen konnten, beweisen z. B. die Mai-Kundgebung 1932 (HSTAD 17245) und die Versammlung der KPD in der Wilhelmshalle vom 27. Januar 1932, die als Gegenaktion zu der der NSDAP vom 14. Januar 1932 gedacht war, an der 420 Bürger teilnahmen. (GA vom 30. Januar 1932).
- 7) Zur NS-Frauenschaft s. Rhein.L. vom 31. Oktober 1936 und BB vom 4. und 16. Dezember 1932 und GA vom 21. Juli 1933; zur weiterführenden Literatur über die Rolle der Frau im NS-Staat, empfiehlt sich D. Winkler, Frauenarbeit im 3. Reich, Hamburg 1977; M. Lück, Die Frau im Männerstaat, Frankf. 1979; R. Wiggershaus, Frauen unter dem Nationalsozialismus, Wuppertal 1984 und A. Kuhn/V. Rothe, Frauen im deutschen Faschismus, 2. Bde. Düsseldorf 1982/83 zu berücksichtigen.

3. Die jüdischen Mitbürger vor 1933

Während die älteste jüdische Gemeinde des Bergischen Landes, Monheim, ihre Existenz bis ins 12. Jahrhundert zurückverfolgen kann¹, liegen die Ursprünge der Langenfelder Gemeinde im 14. Jahrhundert. Von einem aktiven jüdischen Gemeinwesen kann aber erst ab der Mitte des 18. Jahrhunderts die Rede sein. In diesem Jahrhundert erregten in erster Linie die Familien Hertz und Levi das öffentliche Interesse, da diese in mehrere Rechtsstreitfälle verwickelt waren, über die wie folgt berichtet wird²:

"Zu dieser Zeit (1746) bereits standen die Gebrüder Seligmann Hertz und Isaak Hertz zu Immigrath unter dem Geleitschutz der Herren von Velbrück.

In der Gerichtsverhandlung vom 3. Januar 1789 verlangte die Witwe Gerhard Bös zu Baumberg von Seligmann Hertz Rücknahme einer von jenem ertauschten Kuh, da diese die zugesagten sechs Kannen Milch täglich nicht gäbe. In einer Verhandlung vom 25. Januar 1791 legte das Gericht den genannten Gebrüdern Herz in dem Rechtsstreit mit dem Löhrrmeister Langenhövel nahe, sich entweder wegen eines verkauften Felles gütlich zu einigen oder doch dem Beklagten den Wert des Felles zu belassen. Schwiegersohn des Seligmann Hertz war Salomon Levi in Ganspohl. Salomon Levi hatte drei Söhne: Salomon Levi mit den Nachkommen in Geistigen, Samson Levi mit dem Sohn Samuel Levi, welcher in Ganspohl "Handelsmann" war. Nach dessen Tod nahm die Witwe den Handelsmann Abraham Herz aus Mettmann zum Ehemann; von letzterem leitete sich die Familie Herz in Immigrath her. Samson Levi und Salomon Levi (...), stritten 1799 vor dem Gericht Monheim mit der Ehefrau Spicker um Beiträge, die sie für jene aus dem Verkauf mehrerer Kühe beanspruchten."

Der jüngste der drei Levi-Brüder war der Metzger Hersch Levi, in dessen Haus sich noch 1843 die Synagoge der Gemeinde befand. Diese war auch von Monheimer und Hitdorfer Juden besucht worden. Da inzwischen die jüdische Gemeinde von Richrath-Reusrath 45 Mitglieder zählte, war die Synagoge für eine gemeinsame Benutzung durch Langenfelder, Monheimer (26 Juden) und Hitdorfer (8 Juden) zu klein geworden.³ Daher trafen sich die Juden der Rheingemeinden fortan in einem jüdischen Haus in der Kirchstraße.

1848 erlangten die Juden nach langem Kampf ihre bürgerliche Gleichberechtigung. Um 1853 entstanden im Landkreis Solingen zwei jüdische Gemeinden: Opladen und Solingen. Diese schlossen sich zur Synagogengemeinde des Kreises Solingen zusammen, der auch die Gemeinde von Richrath-Reusrath angehörte. Seit dem Tode von Hersch Levi (1861) hegten die Langenfelder Juden den Wunsch nach einer neuen Synagoge. Doch sollten noch 18 Jahre vergehen bis 1879 die Synagoge "auf'm Ganspohl" (heute Parkplatz Otto Mess) eingeweiht werden konnte. Seit 1856 war Hermann Berger (1823 - 1892), der 1849 als erster Jude das Recht erhalten hatte, sich in Langenfeld selbst niederzulassen, Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde.

1876 bildeten dann die Langenfelder eine eigenständige Filialgemeinde. Die Solinger Repräsentation stellte aber weiterhin den Etat der Filialgemeinde auf.⁴

Die Juden von Richrath-Reusrath unterschieden sich nicht von dem Erscheinungsbild der anderen Gemeindemitglieder. Obgleich sie aufgrund ihrer Religion einer Minderheit angehörten, lebten sie integriert in der Gemeinde. Sie fühlten sich als deutsche Staatsbürger und als Bürger von Richrath-Reusrath. In ihrem Patriotismus standen sie ihren andersgläubigen Nachbarn in nichts nach. Für ihr deutsches Vaterland kämpften sie im deutsch-französischen Krieg (1870/71) und im Ersten Weltkrieg (1914 - 1918). Nach 1871 gab es im deutschen Kaiserreich eine Welle von antisemitischen Aktionen. Diese waren durch "politische Gegensätze, wirtschaftliche Not und soziale Mißstände" ausgelöst worden. Auftrieb erhielten die Vorurteile gegenüber den Juden durch Äußerungen von Repräsentanten der katholischen Amtskirche. Vor allem Papst Pius IX. erklärte die Juden "zum Feind der Christen und der zivilisierten Gesellschaft".⁵ Ob es auch in der konfessionell katholisch ausgerichteten Gemeinde Richrath-Reusrath zu Aktionen gegen jüdische Bürger kam, ist nicht bekannt.

Die zahlreiche und aktive Mitarbeit jüdischer Bürger im Vereins- und Gemeindeleben läßt eher gegenteilige Rückschlüsse zu.

Die patriotische Einstellung der Juden von Richrath-Reusrath zeigt sich auch in der Tatsache, daß einige Juden zu den Mitbegründern des Richrather Landwehr-Vereins gehörten. Sinn und Zweck des Landwehr-Vereins war,

"die Liebe und Treue für Kaiser und Reich, Landesfürst und Vaterland bei seinen Mitgliedern zu pflegen, zu betätigen und zu stärken, sowie die Anhänglichkeit an die Kriegs- und Soldatenzeit im Sinne kameradschaftlicher Treue und nationaler Gesinnung aufrechtzuerhalten."

1888 zählte der Landwehr-Verein bereits 123 Mitglieder, unter denen sich auch

Salomon Meyer	Handelsmann	aus Langenfeld,
Işaak Berger	Handelsmann	aus Langenfeld,
Salomon Salomon	Wirt und Handelsmann	aus Immigrath,
Abraham Herz	Viehhändler	aus Langenfeld und
Hermann Herz	Metzger	aus Berghausen

befanden.

Die Vereinstätigkeit beschränkte sich jedoch nicht allein auf den Landwehr-Verein. Jüdische Mitbürger waren im landwirtschaftlichen Casino (späterer Gartenbauverein), im Gesangsverein Euterpe, im Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, in Sportvereinen und nicht zuletzt im Reusrather Schützenverein von 1834.

Langjährige Mitglieder des Schützenvereins waren Salomon Salomon (ab 1867), Isaak Salomon (ab 1875) und Salomon Meyer ab (1881). Später traten noch Max und Bernhard Meyer, Karl Herz und Alfred Berg dem Schützenverein bei. Innerhalb dieses Vereins übten sie mal das Amt des Adjutanten des Hauptmanns (Salomon Salomon), mal das eines Fähnrichs (Isaak Salomon) oder das des Kassierers (Max Meyer) aus.⁶ Für ein gutes Verhältnis und die "Gleichberechtigung" der Juden in Richrath-Reusrath spricht auch die Mitgliedschaft im Gemeinderat, dem Isaak Berger, Hermann Salomon und Max Meyer im Laufe der Jahre angehörten. Isaak Berger (genannt Julius), der seit dem Tod seines Vaters Hermann (1892) Vorsteher der jüdischen Gemeinde war, zog am 15. Dezember 1904 mit 45 Stimmen als gewählter Kandidat der Vereinigten Bürgerlichen Parteien in den Gemeinderat ein. Dort wirkte er bis Ende 1919 mit. Ferner wurden 1913 Hermann Salomon und 1923 Max Meyer in den Rat der Gemeinde eingeführt. Isaak Berger war außerdem 1916 zum Skrutator benannt und in die Gesundheitskommission gewählt worden. 1918 hatte man Martha Zade, die Frau des jüdischen Arztes, in die Kommission für die Mädchenfortbildungsschule aufgenommen und im April 1924 Albert Salomon als Ersatzmitglied des Wahlausschusses für die Gemeinderats- und Reichtagswahlen von 1924 gewählt. Nach 1924 findet sich im Protokollbuch des Rates keine Eintragung über eine weitere Mitgliedschaft jüdischer Bürger im Rat⁷.

Seit 1910 gehörten die Monheimer und Hitdorfer Juden auf Anordnung der königlichen Regierung wiederum der Filial-Synagogen-Gemeinde Richrath-Reusrath an.⁸

Zu Ehren und zum Gedenken der fünf im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten wurde 1930 eine schlichte Marmortafel an der Synagoge angebracht. Der Gefallenenehrung wohnten die Mitglieder des Landwehr-Vereins, Vertreter des Stahlhelms und des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten Düsseldorf bei.⁹

Ebenfalls im November 1930 feierte das Ehepaar Isaak und Henriette Salomon Goldene Hochzeit. Dem Jubelpaar zu Ehren veranstaltete der Reusrather Schützenverein, dem Isaak Salomon bereits seit 55 Jahren angehörte, einen Fackelzug durch den Ort. Da an diesem Tage auch ein katholischer Schütze Goldene Hochzeit feierte, holte man beide Jubelpaare gemeinsam von ihren Wohnungen ab und geleitete sie per Fackelzug zur Wilhelmshalle. Dort veranstaltete man zu Ehren der Paare eine Feier. Während dieser Feier betonten sowohl Pfarrer Rhode als auch Dr. Klein (Oberrabbiner aus Düsseldorf) die gute Zusammenarbeit und die Gemeinschaft zwischen den unterschiedlichen Glaubensrichtungen in der Gemeinde.¹⁰

Die Tätigkeit in den Vereinen, die Mitarbeit im Gemeinderat, die gemeinsame Ehrung der Gefallenen und die gemeinsamen Feiern, all dies spricht für die Integration, ja "Gleichberechtigung" der Juden in Richrath-Reusrath.

Obleich die hiesigen Juden, die zumeist vom Handel lebten¹¹, von den Wirtschaftskrisen der 20er/30er Jahre nicht so hart betroffen waren, sahen sie der Entwicklung innerhalb ihrer Gemeinde mit Sorge entgegen.

Schließlich bargen die politischen Gegensätze und die wirtschaftliche Not genügend Nährboden für den Aufstieg der NSDAP. Diese hatte bereits in ihrem Parteiprogramm die "Bekämpfung des jüdisch-materialistischen Geistes" und den Ausschluß der Juden aus der Volksgenossenschaft verankert.¹²

Ferner hatten die Nationalsozialisten bereits auf den Kundgebungen des Jahres 1932/33 in Richrath-Reusrath keinen Hehl aus ihrer Einstellung zum Judentum gemacht. Ihre Gastredner betonten immer wieder die "Reinhaltung des Blutes", die "Abhängigkeit der Wirtschaft von Rasse und Volkstum" und die "Erhaltung von Rasse und Eigenart des Volkstums". In den folgenden Kapiteln wird nun die schrittweise Verwirklichung der rasseideologischen Ideen der Nationalsozialisten nachvollzogen.

Anmerkungen

- 1) KA St.Gereon 202, S. 220 a f.
- 2) Klaus H. S. Schulte, Die Langenfelder jüdische Familie Berger, in: Heimatkalender "Land an Wupper und Rhein", Opladen 1973, S. 152
- 3) STAL 474.
- 4) H. Rosenthal, Solingen. Geschichte einer Stadt, Bd. III, Duisburg 1975, S. 205 - 211.
- 5) Zur Geschichte des Judentums s. W. Keller, Und wurden zerstreut unter alle Völker. Die nachbiblische Geschichte des jüdischen Volkes, München/Zürich 1966, S. 468 ff und A. Eban, Dies ist mein Volk. Die Geschichte der Juden, München/Zürich 1975 (EA 1970), S. 200 - 229.
- 6) Zum Landwehr-Verein STAL 191; zur anderweitigen Vereinstätigkeit s. STAL 409 und 2765 und GA vom 21. November 1930.
- 7) Die Angaben zum Gemeinderat stützen sich auf STAL 551, 555, 558, 559 und 1302.
- 8) STAL 1703.
- 9) GA vom 22. November 1930.
- 10) GA vom 21. und 27. November 1930.
- 11) In einer Liste von 1911 werden jüdische Bürger mit folgenden Berufen angegeben:

Herz	Wilhelm	Weber	Berghausener Straße
Herz	Simon	Metzger	Berghausener Straße
Herz	Hermann	Metzger	Kaiserstraße
Meyer	Max	Viehhändler	Kaiserstraße
Salomon	Hermann	Viehhändler	Bahnstraße
Dr. Zade	Hugo	Arzt	Solinger Straße
Salomon	Isaak	Viehhändler	Solinger Straße
Berg	Jakob	Klempner	Bachstraße
Meyer	Witwe	Manufakturwaren, Gasthof	Hauptstraße
Meyer	Max	Manufakturwaren	Hauptstraße
Meyer	Gottlieb	Manufakturwaren	Hauptstraße
Schmitz	Philipp	Gemüsehändler	Hauptstraße
Berger	Isaak	Kaufmann	Rheindorfer Straße
Herz	Max	Kutscher	Grenzstraße
Löwenberg	Meinhard	Fabrikant	Düsseldorfer Straße

(Quelle: STAL 505)

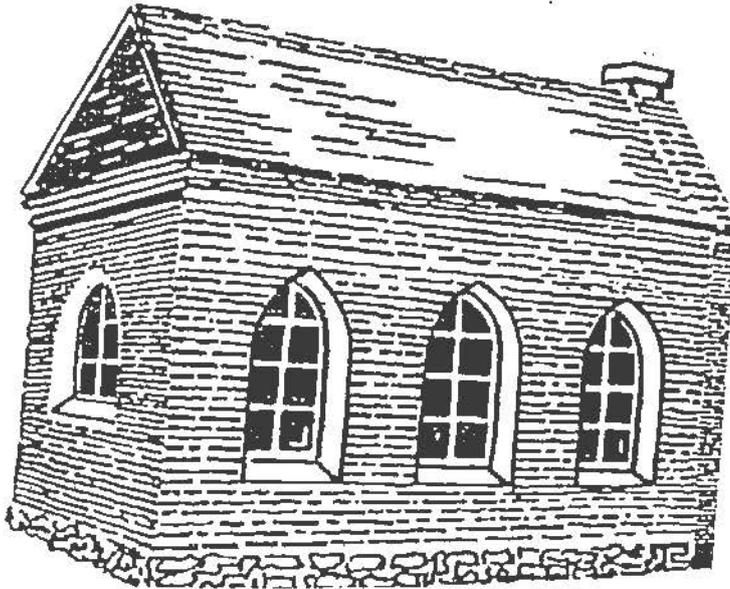
- 12) M. Eichler, Das Programm der NSDAP, in: ders., Du bist sofort im Bilde. Lebendig-anschauliches Reichsbürger-Handbuch, Zeichnungen nach Ideen-Skizzen von Max Eichler, ausgeführt von Alfred Grobe, Erfurt 1938, S. 66 f bzw. G. Feder, Das Parteiprogramm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, 96. - 100. Aufl., München 1933 (Nationalsozialistische Bibliothek H. 1).

4. Dokumentarteil

1) Skizze der jüdischen Synagoge

Quelle: Heimatkalender, Opladen 1973, S. 155

Die Langenfelder Synagoge, erbaut 1879; Zeichnung: HaKaro, 1971

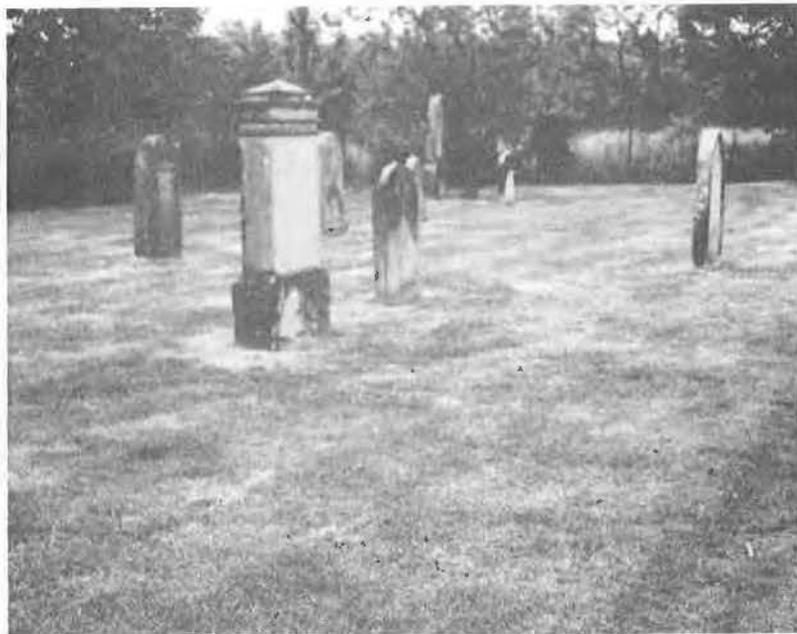


2) Liste der wahlberechtigten Repräsentantenwähler von 1931

Quelle: Stadtarchiv Solingen

Herz	Max	66 Jahre	Händler	Grenzstraße 23
Herz	Karl	30 Jahre	Kaufmann	Grenzstraße 23
Herz	Walter	22 Jahre	Kaufmann	Grenzstraße 23
Meyer	Sally	33 Jahre	Kaufmann	Hauptstraße 13
Meyer	Karl	28 Jahre	Kaufmann	Hauptstraße 13
Meyer	Max	56 Jahre	Kaufmann	Hauptstraße 133
Meyer	Bernhard	49 Jahre	Kaufmann	Hauptstraße 133
Berger	Hermann	37 Jahre	Kaufmann	Rheindorfer Straße 3
Berg	Alfred	29 Jahre	Transport- unternehmer	Hauptstraße 125

3) Der jüdische Friedhof
Fotographien der ältesten Grabsteine



4) Werbeanzeige der Gebr. Meyer aus dem Jahre 1907

Quelle: STAL 1302



Warenhaus Gebr. Meyer

Ganspohl Langenfeld Ganspohl

Abteilung: **Anfertigung nach Maß.**

Grosses Lager in

Tuch, Buxkin-, Cheviot- u. Kammgarnstoffen.

Anfertigung nach Mass

in eigener Workstätte unter Garantie für tadellosen Sitz
bei sehr billigen Preisen.

Mass-Anzüge von 25 Mk. an.
Stoffmuster franko zu Diensten.

5) Isaak Berger im Kreise seiner Familie

Quelle: Heimatkalender, 1973, S. 158



6) Julius Berger im Kreise der Gemeindeverwaltung

Quelle: STAL BB 101 - 20/0 Bl. 88

Julius Berger ist die 3. Person von rechts in der 1. Reihe sitzend.



II. Machtübernahme und Gleichschaltung. Die Jahre 1933/34

1. Die nationalsozialistische Machtübernahme und Gleichschaltungspolitik

Die Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 löste in der Gemeinde Richrath-Reusrath keine enthusiastischen Reaktionen aus. Fackelzüge und großangelegte Aufmärsche sind in der regionalen Presse nicht vermerkt. Nur die Kommunisten riefen an diesem Tag durch Flugblätter zu einem Protestumzug für den nächsten Tag auf. Anstelle des geplanten Demonstrationsumzuges kam es jedoch nur zu einer kleineren Ansammlung von Menschen, die gegen die Ernennung Hitlers protestierten¹.

Die Veranstaltung eines "Deutschen Abends" seitens der NSDAP am 4. Februar 1933 bildete den Auftakt zum Wahlkampf. Während dieser Veranstaltung gab der Geschäftsführer der Ortsgruppe Langenfeld bekannt, daß man ein Telegramm an den Führer gesandt habe, in dem die "Nationalsozialisten von Richrath-Reusrath dem Führer der deutschen Nation ihre unverbrüchliche Treue und Pflichterfüllung gelobten"².

Begünstigt wurde der Wahlkampf der Nationalsozialisten durch eine Reihe von Notverordnungen, wie z. B. die Verordnung "Zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4. Februar³.

Diese bot durch ihre Bestimmungen über die Verhängung von Versammlungs- und Zeitungsverboten genügend Mittel, den politischen Gegner mundtot zu machen. Die KPD bekam dies zuerst zu spüren. Ihre lokale Zeitschrift die Bergische Arbeiterstimme, wurde vom 1. bis 14. Februar wegen eines Aufrufs zum Streik und vom 22. bis 28. Februar wegen verächtlicher Äußerungen über Hitler verboten⁴.

Durch die Androhung des Landrats in Opladen vom 22. Februar, "die oppositionelle Presse einer besonderen Überwachung zu unterziehen"⁵, berichteten die Bergische Post und der General-Anzeiger sehr zurückhaltend. Die Verordnung zum "Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar⁶ ermöglichte u.a. Beschränkungen der freien Meinungsäußerung und Beschlagnahmungen. Die Bergische Arbeiterstimme unterlag nun einem endgültigen Verbot. Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Schriften und Propagandamaterial gehörten für KPD und SPD zum politischen Alltag⁷.

Noch schlimmer als das Zeitungsverbot traf die KPD die Inschutzhaftnahme ihrer führenden Funktionäre am 28. Februar 1933⁸.

Damit war der Wahlkampf der Kommunisten am Ende. Während sich Zentrum, DVP und DNVP auf wenige Kundgebungen beschränkten⁹, mobilisierte die NSDAP all ihre Kräfte. Durch tägliche Veranstaltungen, Filmvorführungen in den Gemeinde-Lichtspielen Langenfeld¹⁰ und einer ersten Frauenkundgebung der NS-Frauenschaft¹¹ (am 28. Februar), versuchte sie, die Wählerschaft für ihre Bewegung zu gewinnen.

Den Höhepunkt und gleichzeitigen Abschluß bildete ein Aufmarsch am Nachmittag des 4. März, der mit einem großen Feuer auf dem Gemeindeplatz am Ganspohl endete¹². Trotz dieses immensen propagandistischen Einsatzes erreichte die NSDAP in Langenfeld nicht ihr Ziel. Hatten die NSDAP und die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot auf Reichsebene die absolute Mehrheit (51,8 Prozent) erhalten, so kamen sie in Richrath-Reusrath nur auf insgesamt 36,5 Prozent. Damit lag man noch hinter der Zentrumsparterie, die 36,8 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigt hatte. Im Vergleich mit dem Gesamtergebnis des Wahlkreises 22 (Düsseldorf-Ost), zu dem Richrath-Reusrath gehörte, fällt vor allem der immense Unterschied beim Stimmenanteil des Zentrums auf. Kam das Zentrum insgesamt nur auf 19,4 Prozent gegenüber 37 Prozent der NSDAP und 22,3 Prozent der KPD, so hatte es in Richrath-Reusrath weiterhin über ein Drittel aller Wahlberechtigten von seinen politischen Vorstellungen überzeugt.

Im Vergleich zur Wahl vom November 1932 war jedoch die NSDAP mit einem Zuwachs von 10,6 Prozent der Gewinner der Wahl. Die Gewinne resultierten in erster Linie aus den Verlusten der KPD und des Zentrums. Beide hatten in ihren traditionellen Hochburgen erhebliche Verluste erlitten. Die NSDAP wies dagegen in diesen Hochburgen der KPD und des Zentrums mit einem Zuwachs von 9 bis 13 Prozent die höchsten Gewinne auf.¹³

Obgleich die NSDAP von Richrath-Reusrath noch den zweiten Rang hinter dem Zentrum einnahm, feierte sie den Erfolg vom 5. März mit einer Flaggenhissung am 7. März:

**"Am Dienstag Nachmittag marschierten SA und SS in geschlossenem Zuge vor dem Rathaus auf, wo sich bereits die Amtsleiter, Mitglieder der NSDAP und eine große Menschenmenge eingefunden hatten. Mit dem Absingen der ersten Strophe des Horst-Wessel-Liedes und des Deutschland-Liedes ging das Hakenkreuzbanner an der Fahnenstange auf dem Dache des Rathauses hoch. Vom Rathaus erfolgte dann ein geschlossener Abmarsch zum Gaswerk, wo die Hissung des Banners am großen Gaskessel in der gleichen Weise erfolgte."
(GA vom 8. März 1933)**

Bereits eine Woche später mußten die Wahlberechtigten erneut zur Wahlurne schreiten, da die Gemeinden laut Verordnung des Preussischen Staatsministeriums vom 4. Februar 1933¹⁴ am 12. März über die Neubesetzung der kommunalen Vertretungskörperschaften zu entscheiden hatten. Um eine unnötige Splitterung in zahlreiche Wahlvorschläge bei dieser Wahl zu vermeiden, versuchten einige Parteien Listenverbindungen einzugehen. In Langenfeld führten sämtliche Parteien rechts vom Zentrum Verhandlungen, wobei die NSDAP schon bei der ersten Zusammenkunft ihre Ablehnung kundtat.

Der Entschluß der DNVP, eine Liste aufzustellen, veranlaßte die verbliebenen Parteien zunächst zur Bildung der Nationalen Bürgerliste, einem Zusammenschluß aus Vertretern der DVP, WP, Volksrechtspartei und des Stahlhelms. Der Entschluß der DNVP brachte letztendlich die Bemühungen um eine Einigung dieser Kräfte zum Scheitern. Am 11. März veröffentlichte der General-Anzeiger einen Aufruf der Nationalen Bürgerliste, in dem sie die Bürger bat, von einer Wahl ihrer Liste abzusehen, da durch die Absage der DNVP die Erringung eines Mandats unsicher sei¹⁵. Die Unfähigkeit dieser Parteien, eine einheitliche Politik zu vertreten, gab dem Wahlkampf der NSDAP zusätzlichen Auftrieb. Die Wahl vom 12. März 1933 brachte den Nationalsozialisten die erhoffte Mehrheit in der Gemeindevertretung. Mit 42,9 Prozent und 11 Sitzen hatte sie gegenüber 37,2 Prozent und 9 Sitzen der Zentrumsparterie die Mehrheit im Rat errungen. Trotz Inschutzhaftnahme ihrer Funktionäre und Zerschlagung der Wahlkampftätigkeit durch Verbot der Bergischen Arbeiterstimme, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen waren wie 1929 4 KPD-Vertreter in den Rat gewählt worden. Als Verlierer der Wahl standen das Zentrum (- 5 Sitze), die kleineren Parteien und Vereinigungen (- 4 Sitze) und die SPD (- 1 Sitz) fest.¹⁶ Das Ende der kleineren Parteien war damit vorprogrammiert.

Am 22. Juni 1933 erfolgte das Verbot der SPD. Ein Verbot der KPD war nicht mehr notwendig. Durch das Gleichschaltungsgesetz vom 31. März und das Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 war ihr Schicksal besiegelt.¹⁷

Im Gemeinderat waren nur noch die NSDAP und das Zentrum vertreten. Als letzte der politischen Parteien löste sich dann im Juli 1933 das Zentrum auf. Der General-Anzeiger vermerkte hierzu, daß "Dr. Prigge die Auflösung der Zentrums-Fraktion Langenfeld erklärt habe. Die gewählten Fraktionsmitglieder würden von nun an als Parteilose der Amtsvertretung angehören"¹⁸.

Mit dem am 14. Juli 1933 erlassenen Gesetz gegen die Neubildung von Parteien¹⁹, war die Errichtung des Einparteienstaates abgeschlossen.

Am 6. April 1933, dem Tage der ersten Sitzung der Amtsvertreter, wehten auf dem Dache des Rathauses die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzflagge. Der Rathaussaal war mit Flaggen geschmückt. An der Wand hingen Bilder des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichskanzlers Adolf Hitler. Nachdem die Vertreter der Verwaltung, des Zentrums und der Presse ihre Plätze eingenommen hatten, zogen die 11 NS-Verordneten (alle in Uniform) geschlossen in den Saal ein. Während dieser Sitzung wurden die Beigeordneten gewählt und alle Amtsvertreter von Bürgermeister Kreusch vereidigt. Die Wahl des Bürgermeisters wurde vertagt.²⁰ In der darauffolgenden Sitzung vom 27. April 1933 stellte die NS-Fraktion außerhalb der Tagesordnung den Antrag, Bürgermeister Kreusch das Mißtrauen auszusprechen.

Die NSDAP warf Bürgermeister Kreuzsch Amtsunterschlagungen, zu hohe Spesenabrechnungen, Nebenbeschäftigungen, planmäßige Günstlingswirtschaft für katholische Belange und Zusammenarbeit mit den Kommunisten vor. Der Mißtrauensantrag wurde mit 11 Stimmen der NSDAP und einer Stimme der Zentrumsparterie angenommen. Die anderen Zentrumsverordneten enthielten sich der Stimmabgabe. Nach dieser Sitzung spitzten sich die Ereignisse in Richrath-Reusrath bedrohlich zu. Die Auseinandersetzungen und Vorwürfe häuften sich. Um die Unruhe in der Gemeinde beizulegen, bat Bürgermeister Kreuzsch den Landrat in Opladen um eine vorläufige Beurlaubung. Diesem Wunsch entsprach Landrat Mißmahl am 4. Mai 1933. Die Dienstgeschäfte leitete in der Zwischenzeit der Beigeordnete Luig. Am 17. Mai des Jahres beauftragte der Landrat Paul Schreiner mit der vertretungsweisen Wahrung der Gemeindeverwaltung. Obgleich Kreuzsch alle Anschuldigungen widerlegte, erhielt er im Januar 1934 seine Pensionierungsurkunde.

Einige Tage später (am 9. Februar) ernannte Landrat Mißmahl Ortsgruppenleiter Paul Schreiner zum Bürgermeister.

Damit hatten die Langenfelder Nationalsozialisten eine Einheit von Partei und Verwaltung hergestellt.²¹

Ebenfalls während der Sitzung vom 27. April 1933 hatte Schreiner die Abschaffung der Stelle des Gemeindebaumeisters beantragt, da "die Arbeit auf dem Bauamt auch von zwei Bauamtsoberssekretären gemacht werden könnte". Nach kurzer Debatte stimmte der Rat dem Antrag zu. Baumeister Kiesewetter wurde in den Ruhestand versetzt.²²

Während der Sitzung vom 19. Oktober nahm die NSDAP dann die Amtsvertreter des früheren Zentrums geschlossen als Hospitanten in ihre Fraktion auf.²³

Um die Legitimation der Machtübernahme und die Verbundenheit zwischen dem Führer und dem Deutschen Volk nach innen und außen dokumentieren zu können, brauchten die Nationalsozialisten einen Vertrauensbeweis der Bevölkerung. Nach Martin Broszat stellte daher die am 12. November 1933 abgehaltene Reichstagswahl und Volksabstimmung die "erste im Stile eines Glaubensbekenntnisses aufgemachte plebiszitäre Abstimmung des Dritten Reiches" dar.²⁴

94,8 Prozent bzw. 91,6 Prozent der Bevölkerung bejahten die Reichsregierung und das Einparteiensystem. Der hohe Anteil von 8,4 Prozent ungültiger Stimmen bei der Reichstagswahl zeugen von vorhandenem Unmut über die Errichtung des Einparteiensstaates.

Parallel zu diesen Ereignissen im kommunalpolitischen Bereich verlief die Gleichschaltungspolitik auf wirtschaftlicher, kultureller und konfessioneller Ebene, die nicht ohne Probleme ablief.

Daß sich die Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht auf eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stützte, belegt u.a. die Art und Weise der Integration der Wirtschaft. Hierzu war die Zerschlagung der Wirtschaftsverbände und die Einsetzung der NSBO notwendig. In den Betriebsräten von Richrath-Reusrath dominierten die Kommunisten und die christlichen Gewerkschafter. 1933 gab es außerdem noch einige Firmen, in denen die Arbeitnehmer über keine Betriebsvertretung verfügten. Für den 20. März setzte die Reichsregierung Betriebswahlen fest. Man erhoffte sich, die Arbeitnehmerschaft zu gewinnen und die traditionellen Gewerkschaften auszuschalten. Doch nach Auszählung der Stimmen gab es für die NSBO ein niederschmetterndes Ergebnis.

Immer noch hatten die Kommunisten und die christlichen Gewerkschafter die Mehrheit der Stimmen und der Betriebsratssitze. Die NSBO war sogar in einigen Betrieben überhaupt nicht vertreten. Dieser eindeutige Mißerfolg veranlaßte die Reichsregierung, auf gesetzlichem Wege die Zerschlagung der Gewerkschaften vorzunehmen. Mit dem Gesetz vom 4. April 1933 verkündete sie, daß "die oberste Landesbehörde die Wahlen zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit bis zum 30. September dieses Jahres aussetzen kann". Ferner hatte die oberste Landesbehörde das Recht, das Erlöschen der Mitgliedschaft von Betriebsvertretungsmitgliedern anzuordnen, die eine staats- bzw. wirtschaftsfeindliche Haltung vertraten". Mit Hilfe dieses Gesetzes erreichten die Nationalsozialisten bis Mitte August 1933 die Ausschaltung aller Betriebsräte in Richrath-Reusrath. An die Stelle der Kommunisten und der christlichen Gewerkschafter traten nicht durch Wahl, sondern durch Ernennung der obersten Landesbehörde die von der NSBO vorgeschlagenen Arbeitnehmer²⁵.

Nach Gleichschaltung der Kommune, der Wirtschaft und Vereine sowie der Eingliederung der evangelischen Jugend in die Gliederungen der HJ und des BDM gab es in Richrath-Reusrath in erster Linie noch heftige und langwierige Auseinandersetzungen mit den Vereinen und Repräsentanten der katholischen Pfarreien.

Hin und wieder protestierten die Pfarrer beider Konfessionen, wobei sich auf protestantischer Seite vor allem Pastor Berghöfer hervortat, gemeinsam gegen Maßnahmen der NSDAP, wenn diese gegen kirchliche Einrichtungen und Veranstaltungen gerichtet waren.²⁶

Öffentliche Proteste der Pfarrer beider Konfessionen gegen die Verfolgung der jüdischen Mitbürger der Gemeinde sind nicht bekannt.

Bereits in dieser Phase der Machtübernahme und Gleichschaltung waren für die Juden von Richrath-Reusrath einige Änderungen eingetreten. Von den ersten anti-jüdischen Maßnahmen berichtet der nächste Abschnitt.

Anmerkungen

- 1) GA vom 1. Februar 1933.
- 2) GA vom 7. Februar 1933, zuvor hatte bereits am 19. Januar eine öffentliche Kundgebung mit Gauleiter Florian stattgefunden, s.d. GA vom 21. Januar 1933.
- 3) RGBL., I, 1933, S. 35 ff.
- 4) BAST vom 16. und 19./20. Februar 1933.
- 5) STAL 1095.
- 6) RGBL., I, 1933, S. 83.
- 7) GA vom 22. Februar und 2. März 1933 und STAL 1095.
- 8) HSTAD (Gestapo) 71567, 27390 und 773 und GA vom 2. März 1933
- 9) BP vom 27. Februar und 3. März 1933, GA vom 17. Februar 1933 und H. Bommermann, Vor 50 Jahren. Nationalsozialistische Diktatur in Langenfeld, Langenfeld 1983, S. 56 f, 59, 81 f, und 86.
- 10) GA vom 22. und 24. Februar 1933.
- 11) GA vom 3. März 1933.
- 12) GA vom 4. März 1933.
- 13) Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 434 (S. 211), Berlin 1935 und BP vom 6. und 7. März 1933.
- 14) Pr.GS. 1933, S. 21 f.
- 15) Zu den Einigungsversuchen s. GA vom 17., 21. und 27. Februar, sowie vom 11. März 1933.
- 16) GA vom 13. März 1933.
- 17) RGBL., I, 1933, S. 153 und S. 293.
- 18) GA vom 12. Juli 1933.
- 19) RGBL., I, 1933, S. 479.
- 20) Zu den Ereignissen der ersten Amtsvertreterversammlung vgl. STAL 548 und BP und GA vom 7. April 1933.
- 21) Da hier die Begleitumstände und die Hintergründe zur Ablösung von Bürgermeister Kreuzsch nicht ausführlicher dargestellt werden können, verweise ich auf STAL 548; STALev. 5000, 5157, 4405 und 0188; STAD Ebel 105 und HSTAD 51521 Bd. 2. Hierin sind auch Angaben zur Ernennung von Schreiner zum Bürgermeister enthalten. Ausführliche Berichte über die Ereignisse in und um den Gemeinderat, sind auch in der Presse (BP vom 28. und 29. April 1933, GA vom 4. und 6. Mai 1933 und BP vom 9. und 10. Februar 1934) und H. Bommermann, a.a.O., Bd. III, 1985, S. 15 ff zu finden. Zur Nachlektüre des Prozesses der Auflösung der Parteien s. K.D. Bracher, a.a.O., S. 269 - 306.
- 22) STAL 548; Graf Galera stellt in seiner Chronik die Vermutung auf, daß Baumeister Kiese Wetter in den Ruhestand versetzt worden sei, weil er offenbar eine jüdische Großmutter hatte;

s.d. Dr. Karl Siegm. von Galera, Die Geschichte der Bürgermeisterei Langenfeld 1806 - 1956, Kap. 31, Richrath-Reusrath unter der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 - 1945, Langenfeld 1960 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 436.

- 23) STAL 548 und BB vom 21. Oktober 1933.
24) M. Broszat, Der Staat Hitlers, Grundlagen und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 7. Aufl., München 1978 (dtv. Weltgeschichte 9), S. 127 und Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 449 (S. 69), Berlin 1935.

Reichstagswahl

Volksabstimmung

U	NSDAP	Ja	Nein	U
849	9.226	9.566	352	177
8,4 %	91,6 %	94,8 %	3,5 %	1,7 %

- 25) RGBL, I, 1933, S. 161 f und HSTAD 33637; zur Gleichschaltung in der Wirtschaft und der Zerschlagung der Gewerkschaften s. M. Broszat, a.a.O., S. 173 - 218 und G. Schulz. Die Anfänge des totalitären Maßnahmestaates, in: Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. 2; Frankf. 1974 (Ullstein).
- 26) Berichte über die Eingliederung der Sport- und Musikvereine, sind in den 3 Bänden zur Langenfelder Geschichte von H. Bommermann zu finden. Die Protokollbücher der Schützenvereine geben Aufschluß über ihre Gleichschaltung bzw. ihre Auseinandersetzungen mit der OG-Langenfeld bis zu ihrem Verbot. Ähnlich aufschlußreich sind die Chroniken der katholischen Pfarreien. Zur evangelischen Gemeinde s. "Auf Dein Wort", Festschrift zum 300jährigen Bestehen der evangelischen Gemeinde Reusrath mit Beiträgen zur Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Langenfeld, 1983. Näheres zum Verhältnis der beiden Kirchen zum Nationalsozialismus, ist u.a. bei K. Meier, Der evangelische Kirchenkampf, 3 Bde., Göttingen 1976 - 1984 und M. Kringels-Kemen/L. Lemhöfer (Hg.), Katholische Kirche und NS-Staat. Aus der Vergangenheit lernen?, Frankf. a.M. 1981 sowie J. Conway, Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933 - 1945. Ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge, München 1969 nachzulesen.

2. Erste antisemitische Aktionen

Als gleichberechtigte, ins kulturelle Leben integrierte Bürger, so stellten sich die jüdischen Einwohner der Gemeinde Richrath-Reusrath vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten dar. Davon zeugt u.a. ihre zahlreiche Mitgliedschaft in den Vereinen, egal ob auf sportlicher, musikalischer, heimatverbundener oder anderer Ebene und ihre Tätigkeit im Gemeinderat. Sie pflegten die Traditionen eines Schützenvereins und zählten zu den Mitbegründern eines Landwehr-Vereins. Gemeinsam gedachte man der Toten vergangener Kriege. Man betrachtete sich selbst, so wie es die anderen Bürger auch taten, als deutscher Staatsbürger und als Langenfelder, Richrather, Immigrather usw., je nach Zugehörigkeit zu einem Ortsteil. Im Laufe der Zeit waren Freundschaften gebildet worden, die z. T. jahrzehntelang andauerten. Die Kinder besuchten gemeinsam eine katholische oder protestantische Volksschule oder auch höhere Schulen in der Nachbarstadt Opladen. Vom Religionsunterricht waren die jüdischen Kinder befreit, konnten aber daran teilnehmen, wenn sie es wünschten. Separat erhielten sie Unterweisungen in Lehre und Riten ihres Glaubens. Die Zugehörigkeit zu einer religiösen Minorität wurde seitens der Bevölkerung respektiert. Sicherlich gab es hin und wieder auch Differenzen, doch sollte deren Stellenwert nicht zu einer Überbewertung führen. Schließlich kam es in der hiesigen Gemeinde weit häufiger zu Auseinandersetzungen zwischen der überwiegend katholischen Bevölkerung und der sich ebenfalls in der Minderheit befindenden protestantischen Gemeinde, die sich nicht zu Unrecht des öfteren über eine "katholische Günstlingswirtschaft" durch den vom Zentrum beherrschten Gemeinderat beklagte. Die Juden von Richrath-Reusrath lebten als Religionsgemeinschaft gesellschaftlich integriert wie die Katholiken und Protestanten. Sie unterschieden sich ansonsten in keiner Weise von den anderen Bürgern der Gemeinde. Dies sollte sich mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten und deren bereits im Wahlkampf 1932/33 immer wieder betonten rasseideologischen Vorstellungen ändern. Von einer friedlichen Koexistenz und einer gleichberechtigten Bürgerschaft der Juden konnte bald keine Rede mehr sein.

"Er ist und bleibt der typische Parasit, ein Schmarotzer, der wie ein schädlicher Bazillus sich immer mehr ausbreitet, sowie nur ein günstiger Nährboden dazu einlädt. Die Wirkung seines Daseins aber gleicht ebenfalls der von Schmarotzern: wo er auftritt, stirbt das Wirtsvolk nach kürzerer oder längerer Zeit ab." (A. Hitler, Mein Kampf, S. 334)

Von nun an wurden die Juden nicht mehr als Angehörige einer Religionsgemeinschaft, sondern als Repräsentanten einer Rasse angesehen¹. Einer Rasse, die in den Augen der nationalsozialistischen Machthaber die "Inkarnation alles Schlechten und Bösen" darstellte.

Allein in der Vernichtung dieser "Parasiten" und der "Reinhaltung des arischen Blutes" lag für die Nationalsozialisten die Lösung dieses Problems.

1933 bildete die Filialsynagogengemeinde von Richrath-Reusrath innerhalb des Rhein-Wupper-Kreises die größte jüdische Gemeinde²:

Leverkusen	62 Juden
Opladen	39 Juden
Wermelskirchen	1 Jude
Radevormwald	-----
Monheim	16 Juden
Hitdorf	8 Juden
Richrath-Reusrath	73 Juden
Restbezirk	2 Juden

Obgleich die Bergische Post und der General-Anzeiger im Jahre 1933 Isaak Salomon zum 83. Geburtstag und Caroline Meyer zum 93. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche übermittelten³, sollten die Juden alsbald auch in Richrath-Reusrath antisemitische Aktionen erleben.

Am 17./18. März 1933 fand in Wuppertal bzw. Benrath eine Tagung der Bibliothekare statt, auf der Tagung wurde über die "Säuberung" kulturellen Schriftgutes debattiert. Noch gelangte man bei der Versammlung "in Übereinstimmung mit maßgeblichen literarischen Kreisen zu der Auffassung, daß allein die Herkunft von Schriften jüdischer Autoren für die Herausstellung dieser Bücher nicht entscheidend sei. Schließlich hätten Juden eine Menge wertvoller und bester deutscher Literatur gestellt (Werfel, Wassermann, Neumann, Feuchtwanger u.a.)". Das Werk "Der jüdische Krieg" von Lion Feuchtwanger wurde gar "wegen seines nationalen Einschlags" hervorgehoben und zur Anschaffung empfohlen. Dieser Säuberungsaktion fielen zunächst vorwiegend die sogenannten marxistischen und sozialistischen Werke zum Opfer. Im April 1933 wurden dann auch Werke von Heinrich Mann (z. B. Der Untertan) und Lion Feuchtwanger (u.a. Die häßliche Herzogin Margarethe Maultasch) als zweifelhaft deklariert und aussortiert. Selbst das auf der Tagung in höchsten Tönen gelobte Werk von Lion Feuchtwanger über den jüdischen Krieg, das man im Februar bestellt hatte, wird im Juli 1933 zurückgeschickt⁴. Den Juden der Gemeinde Richrath-Reusrath sollte sehr schnell klar werden, was sie von den neuen Machthabern in der Gemeinde zu erwarten hatten. Am Abend des 21. März fand zu Ehren des Tages von Potsdam ein Fackelzug durch die Gemeinde statt, an dem sämtliche Ortsvereine, Schulklassen, Abordnungen aller Betriebe und zahlreiche Bürger teilnahmen.

"Die Vereine mit ihren Fahnen standen schon in langen Reihen ausgerichtet da; die Schützenvereine mit ihrer schmucken, grünen Uniform fielen besonders auf. Bei dem Reusrath-Langenfelder Schützenverein, Sitz Langenfeld war der Jude Herz Langenfeld, Grenzstraße angetreten.

Die Festleitung verbot ihm die Teilnahme am Festzuge, zu der nur Arier zugelassen wurden. Die NSDAP zählt die Juden nicht zum deutschen Volke. Sie sind rassistisch und völkisch ein Fremdkörper innerhalb unseres Volkes und können Deutschland nur als ihr Gastland ansprechen. Hieraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß sie an einem Volksfeste der Deutschen seelisch keinen Anteil haben können. Geschäftliche Interessen darf es aber bei einer Nationalfeier, die wir aus hellster Begeisterung und aus unserem deutschen Gemüte heraus schauen und erleben, nicht geben. Der Jude erscheint aber gerne auf allen Veranstaltungen zum Kundenfang oder um seine Geschäfte in empfehlende Erinnerung zu bringen. Die Konsequenz der NSDAP gegenüber den Juden trat also gleich nach der Machtergreifung auch in unserer Gemeinde sofort klar hervor." (Chronik der katholischen Volksschule zu Langenfeld)

Damit war der erste Schritt auf dem Wege zum Ausschluß vom kulturellen Leben vollzogen worden. Aufgrund fehlender schriftlicher Quellen und Zeitzeugen kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, wie lange noch Juden im Vereinsleben tätig waren. Es ist aber zu vermuten, daß die jüdischen Mitglieder nach der Gleichschaltung der Vereine durch diese vom Vereinsleben ausgeschlossen wurden. In den Chroniken der Vereine finden sich hierüber keine Eintragungen. Teilweise, wie z. B. im Protokollbuch des Reusrather Schützenvereins von 1834, dem ja Isaak Salomon bereits seit mehr als 50 Jahren und Max Meyer über 30 Jahre angehörten, wurden im Zeitraum 1933 - 1945 gar keine Eintragungen gemacht. Auch der Landwehr-Verein der Bürgermeisterei in Richrath, zu dessen Gründern ja die Juden Gottlieb Meyer und Max Herz zählten, macht keine Angaben über das Schicksal seiner jüdischen Vereinsmitglieder. Es ist auch hier anzunehmen, daß nach der Eingliederung in den Kyffhäuserbund, der Ausschluß der Juden erfolgte⁵. Anders verhielt es sich im Bereich des Sports. Hier konnten sich einige Juden mit Hilfe ihrer Vereinskameraden weiterhin betätigen.

Eine deutliche Einschränkung ihres Lebensraumes widerfuhr den Juden durch die Anordnung der Parteileitung vom 28. März 1933⁶:

1. In jeder Ortsgruppe und Organisationsgliederung der NSDAP sind sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte. Die Aktionskomitees sind verantwortlich dafür, daß der Boykott keine Unschuldigen, um so härter aber den Schuldigen trifft.
2. (...) Der Boykott ist eine reine Abwehrmaßnahme, die sich ausschließlich gegen das deutsche Judentum wendet.
3. Die Aktionskomitees haben sofort durch Propaganda und Aufklärung den Boykott zu popularisieren. Grundsatz: Kein Deutscher kauft noch beim Juden oder läßt von ihm und seinen Hintermännern Waren anpreisen. Der Boykott muß ein allgemeiner sein. Er wird vom ganzen Volk getragen und muß das Judentum an seiner empfindlichsten Stelle treffen.

5. Die Aktionskomitees überwachen auf das schärfste die Zeitungen, inwieweit sie sich an dem Aufklärungsfeldzug gegen die jüdische Greuelhetze im Ausland beteiligen. Tun Zeitungen dies nicht oder nur beschränkt, so ist darauf zu sehen, daß sie aus dem Haus, in dem Deutsche wohnen, augenblicklich entfernt werden. Kein deutscher Mann und kein deutsches Geschäft soll in solchen Zeitungen noch Annoncen aufgeben. Sie müssen der öffentlichen Verachtung verfallen, geschrieben für die jüdischen Rassegenossen, aber nicht für das deutsche Volk.
6. Die Aktionskomitees müssen in Verbindung mit den Betriebszellenorganisationen der Partei die Propaganda der Aufklärung über die Folgen der jüdischen Greuelhetze für die deutsche Arbeit und damit für den deutschen Arbeiter in den Betrieb hineinragen und besonders die Arbeiter über die Notwendigkeit des nationalen Boykotts als Abwehrmaßnahme zum Schutz der deutschen Arbeit aufklären.
9. Die Aktionskomitees organisieren sofort in Zehntausenden von Massenversammlungen, die bis in das kleinste Dorf hineinreichen haben, die Forderung nach Einführung einer relativen Zahl der Beschäftigten der Juden in allen Berufen entsprechend ihrer Beteiligung an der deutschen Volkszahl. Um die Stoßkraft der Aktion zu erhöhen, ist diese Forderung zunächst auf drei Gebiete zu beschränken: a) auf den Besuch an den deutschen Mittel- und Hochschulen, b) für den Beruf der Ärzte, c) für den Beruf der Rechtsanwälte."

Am Tage dieser Anordnungen stellten sich Mitglieder der SA, die u.a. Schilder mit der Aufschrift "Deutsche kauft nicht bei Juden" trugen, vor jüdische Geschäfte.

"Der Kampf gegen Greuelpropaganda hat begonnen. Entsprechend den Verlautbarungen über Abwehrmaßnahmen gegen die Greuelpropaganda des Auslandes, die wir in der gestrigen Ausgabe veröffentlichten konnten, hat der Abwehrkampf am Dienstag mittag auch in unserer Gemeinde begonnen. Vor den einzelnen jüdischen Geschäften stehen bereits Posten der SA, die Schilder mit entsprechendem Aufdruck tragen. Der Hinweis "Deutsche denkt an die Greuelpropaganda im Ausland" wird sicher sehr bald seine Wirkung im Auslande tun und die verantwortlichen Hetzer zur Vernunft bringen. Sie sind allein verantwortlich für den wirtschaftlichen Schaden, der nun den jüdischen Geschäftsinhabern in Deutschland aufgrund der Abwehrmaßnahmen entstehen muß." (GA vom 29. März 1933)

Bürger, die auch weiterhin in den jüdischen Geschäften einkaufen wollten, wurden von der SA beschimpft und behindert. Die Angst vor möglichen Repressalien durch die SA und die Ortsgruppe begünstigten und unterstützten das Vorhaben der Nationalsozialisten in der Gemeinde. Ein durchschlagender Erfolg war der Boykott dennoch nicht, hielten sich doch die Verluste der jüdischen Geschäfte in den Jahren 1933/34 in Grenzen. Trotz Androhung von Repressalien kauften eine Reihe von Bürgern weiterhin in jüdischen Geschäften und hielten ihre Freundschaft zu Juden aufrecht.

Wirkung zeigten die Anordnungen aber im Hinblick auf die Praxis des jüdischen Kinderarztes Dr. Hugo Zade. Immer weniger Patienten nahmen seine ärztlichen Dienste in Anspruch. Bereits 1935 mußte er seine noch verbliebenen Patienten bitten, für ihn bei Bekannten und Verwandten zu werben. Der Rückgang ist auch anhand von Todesbescheinigungen nachzuvollziehen. Stellte Dr. Zade in den Jahren 1924 - 1932 nahezu jede dritte Bescheinigung in der Gemeinde aus, so tauchen ab 1933 immer weniger Todesbescheinigungen auf, bis schließlich 1938 sein Name überhaupt nicht mehr zu finden ist. Bürger, die seine Praxis weiterhin aufsuchten, wurden zunehmendem Druck ausgesetzt. So berichtet z. B. Pastor Breuer, daß sein evangelischer Amtskollege Pastor Berghöfer, der seine Kinder immer von Dr. Zade behandeln ließ, von vielen Seiten Vorwürfe gemacht bekommen habe. Berghöfer habe aber nichts auf diese Anfeindungen gegeben, da Dr. Zade seine Kinder immer gut behandelt und gesund gemacht habe⁷. Im Laufe der Jahre mußte der jüdische Arzt auch den Ausschluß aus den Kassenärztlichen Vereinigungen und den Verlust seiner Tätigkeit im Richrather Krankenhaus erleben. Alle Maßnahmen führten schließlich dazu, daß Dr. Zade aus existenzieller Notlage heraus sein Eigentum auf der Solinger Straße Ende 1937 verkaufen mußte.

Auf allen Bereichen, seien sie kultureller oder wirtschaftlicher Natur, nahmen die Diffamierungen und die Überwachung von Juden zu. Auch die jüdische Presse wurde überwacht. Die NSDAP überprüfte genau ob und welches jüdische Gemeindeblatt die hiesigen Juden bezogen. Ebenfalls im Jahre 1933 verdächtigte sie den Viehhändler Albert Salomon fälschlicherweise des Verkaufs einer an Tuberkulose erkrankten Kuh.

Am 25. April 1933 erfolgte die Einführung eines "numerus clausus" für jüdische Studenten, von der die Medizinstudenten Ursula Zade und Ernst Meyer nicht betroffen waren, da sie bereits ihr Studium aufgenommen hatten.

Im September 1933 wurde die Vererbungs- und Rasselehre Pflichtfach im Schulunterricht. Kein Knabe und kein Mädchen sollte nun mehr die Schule verlassen, ohne "zur letzten Erkenntnis über die Notwendigkeit und das Wesen von Blutreinheit geführt" worden zu sein. Bis Ende 1934 war die Abschaffung des Elternbeirates, an dessen Stelle die sog. Schulgemeinde trat, vollzogen. Die schulische Erziehung sollte ganz der Vermittlung der NS-Ideologie und damit auch der Rasseideologie dienen. Dies belegt u.a. eine Themenliste der Tagesordnung der ersten Kreislehrertagung des Schulaufsichtsbezirks Rhein-Wupper-Kreis I vom 6. Dezember 1933, an dem die Lehrer des NSLB-Langenfeld als Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft 3 teilnahmen:

- 1. Umbruch zur völkischen Weltanschauung. Zeitalter des Individualismus (Liberalismus)**
- 2. Gedanke von Volk und Rasse**
- 3. Der organische Staat auf rassischer Grundlage**

4. Erziehung zum nationalpolitischen Menschen
5. Geschichte auf rassistischer Grundlage u.a."8

Beunruhigt und erschreckt über die nationalsozialistischen Maßnahmen verließen bereits in den ersten beiden Jahren zahlreiche Juden die Gemeinde.

Anmerkungen

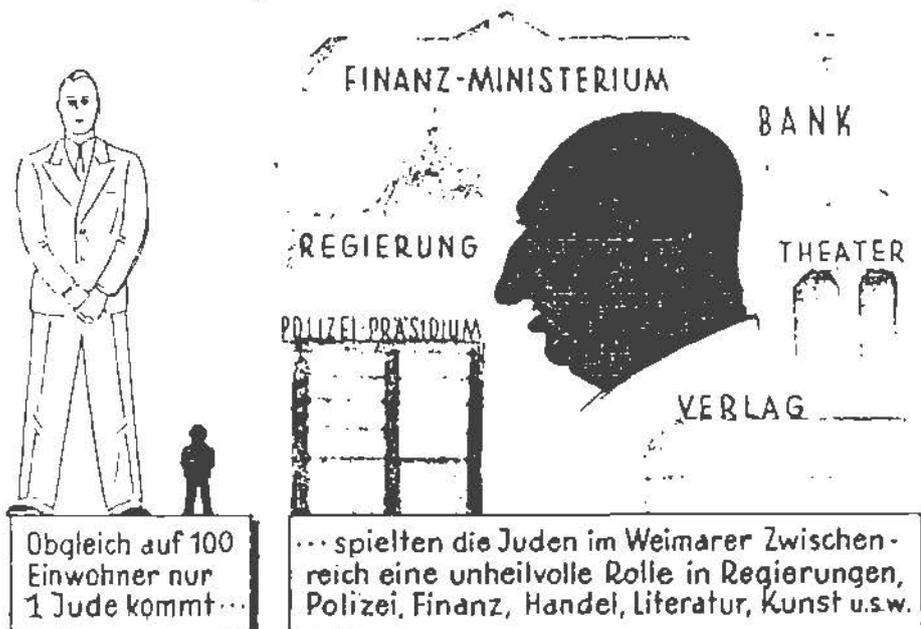
- 1) Zur Entwicklung und Geschichte des Judenhaßes und zur Anwendung des Rassebegriffs auf das Volk der Juden, ist das Studium der Abhandlung von S. Landmann, Die Juden als Rasse, 2. Aufl., Wiesbaden und München 1981 (Neudruck 1988) zu empfehlen.
- 2) Vgl. hierzu Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 451 (Heft 3), S. 55, STAL 274 und 1981 und "Leverkusen 1933 - 1945. Die Zeit des Nationalsozialismus", hrsg. vom Leistungskurs Geschichte 1 der Carl-Duisberg-Schule in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Verkehrsamt der Stadt Leverkusen, Leverkusen Juli 1982, S. 18. Die Zahlen beziehen sich auf die Volkszählung vom 16. Juni 1933. Zu Beginn des Jahres 1933 mögen nach Auswertung einer Reihe von Quellen gar 75 - 80 Juden in Richrath-Reusrath gelebt haben, da z. B. drei Juden in der Zeit von Januar - Mai 1933 verstarben und wahrscheinlich zwei bereits im Juni 1933 ausgewandert waren.
- 3) GA vom 1. Dezember 1933 und BP vom 9. Februar 1933.
- 4) STAL 1941.
- 5) S. hierzu den Bericht von H. Schmidtberg über die Geschichte des Landwehr-Vereins, in: Rheinische Post vom 3. November 1967 und G.B. Ginzel, Jüdischer Alltag in Deutschland 1933 - 1945, Düsseldorf 1984, S. 9: "30. September 1933. Der Kyffhäuser-Bund (Reichskriegsverband) schließt alle Juden und jüdische Versippten aus".
- 6) W. Hofer, Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 - 1945, Frankf. (Fischer) 1981 (EA 1957), S. 282 f.
- 7) S. d. Chronik der Pfarre St. Martin von Pfarrer Breuer, Bd. III, S. 165, sowie Todesbescheinigungen in: STAL 96, 97, 346, 347, 349, 432, 433, 448, 537, 1041 und 1105. Diese Akten sind aber nur ein Bruchteil aller vorhandenen und durchgesehenen Todesbescheinigungen der Jahre 1924 - 1942.
- 8) Zur nationalsozialistischen Erziehung im Hinblick auf die Rasseideologie s. G.B. Ginzel, a.a.O., S. 9 und S. 209; die Themenliste zur Kreistagung des NSLB ist in der Chronik der katholischen Volksschule Monheim enthalten. Monheim, Baumberg und Hitdorf gehörten damals ebenfalls zum Arbeitsbereich 3; als einführende Literatur zur Geschichte des Antisemitismus und zur NS-Judenpolitik, sind H. Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983; Th. Klein/V. Losemann/G. Mai (Hg.), Judentum und Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1984; U.W. Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972 und W. Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1964 zu empfehlen.

3. Dokumentarteil

1) Nationalsozialistische Propaganda gegen die Juden

Quelle: M. Eichler, a.a.O., S. 39

Vor Beginn des Dritten Reiches: Das Judentum in führenden Stellungen in Deutschland



2) Die Gemeinde im nationalsozialistischen Gewande

Quelle: STAL BB 015 - 10/0



4) Überwachung der Presse

Quelle: STAL 1461

U Der Landrat.

Opladen, den 3. März 1934.

L 232 - 1.

Betrifft: Polizeiliche Ueberwachung der Presse.

Jm Nachgang zu meiner Verfügung vom 15.2.1934
-L 232 - 1- übersende ich einen Vordruck des vorgeschriebenen
Formblattes mit dem Ersuchen, mir hinsichtlich aller in der
dortigen Gemeinde erscheinenden Truckschriften der Kirchen
beider Konfessionen, der Sekten sowie der jüdischen Gemein-
den die notwendigen Angaben in Form des Vordruckes sofort vor-
zulegen. Die Karten selbst, von denen mir im Augenblick noch
nicht die notwendige Anzahl zur Verfügung steht, werden dann
bei der hiesigen Dienststelle an Hand der dortigen Angaben
ausgefüllt werden.

Zur Behebung verschiedener Zweifel hat der
Herr Regierungspräsident verfügt, dass die gegenwärtige
kirchenpolitische Lage und die damit notwendige pressepoli-
zeiliche Ueberwachung der gesamten konfessionellen Presse
es erforderlich macht, die Formblätter auch bezüglich der
Zeitungen auszufüllen, von denen im dortigen Bezirk ledig-
lich Kopfblätter erscheinen. Hiernach sind von dort aus
auch die Kirchenzeitungen zu erfassen, die z.B. in Köln
gedruckt werden.

Die Angelegenheit ist mit grösster Be-
schleunigung zu erledigen.

Langerfeld, den 9. J. 1934.

Mitbrung

Ihre jüdische Gemeinde Langerfeld be-
zugs des „jüdische Gemeindeblatt für Köln u.
Düsseldorf“ auf einzelne Befellungen für.

Joh. Langenfeld.

5) Die Überwachung des Viehhändlers Salomon 1933

Quelle: STAL 766

An den

Herrn komm.-Bürgermeister,

Leichlingen.

26.7.

Zum Schreiben Tgb.Nr.2422 vom 8.Juni 33, wonach die wegen Tuberkulose gesperrte Kuh des in Leichlingen zum Schlachten an den Alb.Salomon in Langenfeld verkauft worden sei, muss ich erwidern bezw.auf § 308 der viehseuchenpolizeilichen Anordnungen zum Viehseuchen-Gesetz verweisen, dass die Tötung durch die Ortspolizeibehörde des Schlachtortes kontrolliert werden muss. Ich nehme an, dass die Polizeiverwaltung in Langenfeld hiervon keine Mitteilung erhalten hat. Ich bitte die Polizeiverwaltung in Langenfeld an Hand des Kontrollbuches und nach Vernehmung des Viehhändlers Salomon feststellen zu lassen, ob diese Kuh in Wirklichkeit geschlachtet worden ist. Des öfteren werden nämlich solche tuberkulösen Tiere von gewissenlosen Händlern weiter verkauft.

Ich bitte um genaue Feststellung und mir dieses Feststellungsergebnis mitzuteilen.

Lanzensfeld den 16/9. 93

Liebt:

Ich ist sehr glücklich sehr sehr in ansehnlich
bekannt mit dir das
Kriegsänderer Hlt. Salomon in Lanzensfeld.
Ich bin in im Krieg eingetragener vom 3/6. 93
und wird mich verhalten und gepflegt.

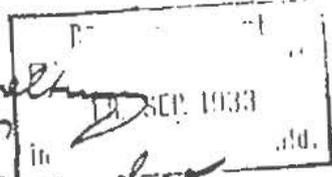
Hlt. Salomon

Herr Petersen
Tgt. Nr. 155

Leiden, den 16. Sept. 93

Hr.

der Polizeiverwaltung
in Lanzensfeld



Wettergerichte.

Es handelt sich um die bei Hlt. Salomon - Anwesen
unter polizeiliche Beobachtung gestellte Kuh Nr. 1
Nachdem die Kuh gebohrt worden ist, ist die Beobachtung
aufgehoben.

III. Zunehmende Isolation der jüdischen Bevölkerung

1. Die kommunale Neugliederung und die wirtschaftliche Entwicklung

Nachdem die Verwaltung durch ein Schreiben des Landrats vom 14. Mai 1934 angehalten worden war, nach Möglichkeit "alte Kämpfer der Bewegung" einzustellen, fanden bis Dezember 1935 insgesamt 16 "Altgardisten" der NSDAP Beschäftigung in den Verwaltungszweigen der Gemeinde¹. Die 1934 vereidigten Gemeinderäte blieben bis zur Einführung der Deutschen Gemeindeordnung am 30. Januar 1935 im Amte. Diese Gemeindeordnung schuf "an sich keine neuen Machtverhältnisse, sondern paßte sich den bestehenden Verhältnissen an". Durch die Einführung der Deutschen Gemeindeordnung erfuhr die Position der Aufsichtsbehörde eine Festigung und Aufwertung gegenüber der des Gauleiters². In der Person des Parteibeauftragten (hier Kreisleiter Alfred Straßweg) hatte die Partei mehr Einflußmöglichkeiten auf die Gemeindeverwaltung erhalten. Nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung hatte der Parteibeauftragte das "Recht zur Mitwirkung beim Erlaß der Hauptsatzung der Gemeinde". Dabei beschränkte sich sein Einfluß nicht auf die einmalige Zustimmung zur Hauptsatzung. Auch bei Änderungen der Satzung in Form von Nachträgen brauchte die Gemeindevertretung die Zustimmung des Beauftragten. Ferner besaß er das Vorschlagsrecht bei der Berufung und Abberufung des Bürgermeisters und der Beigeordneten sowie das Recht der Berufung und Abberufung der Gemeinderäte.³

Im Februar 1935 wurden in Richrath-Reusrath sechs Gemeinderäte und drei Beigeordnete in ihre Ämter eingeführt⁴. Nach Inkrafttreten der Gemeindeordnung am 1. April 1935 und Erlaß der Hauptsatzung erhöhte die Gemeindevertretung die Anzahl ihrer Räte auf neun. Die Einführung und Vereidigung der neun Gemeinderäte fand am 24. Oktober 1935 statt. An der Verwaltungsspitze hatte sich nichts geändert. Damit alle Beamten und Angestellten über ausreichende Kenntnisse der nationalsozialistischen Grundsätze der Kommunalpolitik verfügten, wurde dem Leiter der Behörde nahegelegt, die Beschäftigten zu Lehrgängen zu schicken, und für den Bezug der Zeitschrift "NS-Gemeinde" Sorge zu tragen⁵. Anfang 1936 erhielt der Bürgermeister die Aufforderung, Verzeichnisse der nach der Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 berufenen Beigeordneten und Gemeinderäte anzufertigen. Dazu gehörten auch Strafregisterauszüge. Diese mußte der Bürgermeister an das Gauamt für Kommunalpolitik in Düsseldorf schicken.

Durch Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 11. November 1936 fällt die bestehende Gemeindebezeichnung Landgemeinde Richrath-Reusrath fort. Stattdessen erhält die Gesamtgemeinde die Bezeichnung Langenfeld Rheinland⁶.

1937 war der Kommunalbereich gänzlich "vom Judentum gesäubert". Es gab weder Juden noch "jüdische Versippte", die als Kommunalbeamte tätig waren⁷. In der Ausgabe der Bergischen Post vom 7. Februar 1939 erfahren die Bürger, daß "auf Anweisung des Reichsorganisationsleiters beim Ortsgruppenpersonalamt ein Ahnennachweis errichtet worden sei, mit der Aufgabe, die politischen Leiter und Amtswalter bei der Beibringung der einzureichenden Ahnennachweise zu beraten und zu unterstützen, da die politischen Leiter für sich und ihre Ehefrauen einen Nachweis bis zum 1. Januar 1800 beibringen müßten". Ferner wurde die Mitteilung gemacht, daß auch die Bevölkerung Langenfelds von dieser Einrichtung Gebrauch machen könne.

1938 waren einige Veränderungen an der Verwaltungsspitze eingetreten. So verließ der Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Schreiner die Gemeinde. Am 16. September 1938 trat er sein Amt als neuer Bürgermeister in Opladen an⁸. Dadurch waren zwei Ämter frei geworden, nämlich das Amt des Ortsgruppenleiters der NSDAP und das des Bürgermeisters. Neuer Ortsgruppenleiter wurde Pg. Staller. Zum Bürgermeister berief man am 23. September 1938 Otto Förster, der zuvor seit Oktober 1933 Bürgermeister der Rheingemeinde Hitdorf gewesen ist⁹. An den 1938 bestehenden kommunalpolitischen Verhältnissen änderte sich auch während des Krieges nichts. Der Gemeinderat tagte nur sporadisch. Nachdem damit die politische Konstellation der Gemeinde in groben Zügen dargelegt ist, soll nun noch die wirtschaftliche Entwicklung einer kurzen Betrachtung unterzogen werden.

Die Hauptprobleme Langenfelds lagen im Abbau der Schulden und in der Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit, die man durch verstärkte Spar- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu erreichen versuchte. Wesentliche Aspekte des Arbeitsbeschaffungsprogramms bildeten die Förderung des Wohnungs- und Straßenbaus, sowie der Ausbau des Gas- und Wasserrohrnetzes. Allein in den Jahren bis 1938 wurden insgesamt 355 Häuser mit 554 meist drei- bis fünfzimmrigen Wohnungen, 52 Siedlerstellen und 70 Volkswohnungen errichtet. Für die nächsten Jahre stellte man weitere 20 Volkswohnungen und 50 Siedlerstellen in Aussicht.¹⁰ Bevorzugte Baugebiete waren die Ortsteile Langenfeld, Richrath und Immigrath. Bei der Vergabe von Siedlerstellen berücksichtigte man bevorzugt kinderreiche Familien. Der Finanzierung der Bauvorhaben kamen u.a. die Bestimmungen des Gesetzes "zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" vom 21. September 1933 und die des Gesetzes "zur Förderung des Wohnungsbaus" vom 30. März 1935 zugute. Zur Entlastung trug ferner das Umschuldungsgesetz vom 21. September 1933 bei¹¹. Aufgrund dieser Gesetze, war es der Gemeinde möglich eine Umschuldung kurzfristiger Schulden vorzunehmen und Steuererleichterungen sowie Steuersenkungen zu erhalten.

Zur Finanzierung der Wohnungs- und Straßenbauarbeiten sowie der Ausdehnung des Wasser- und Gasrohrnetzes benötigte man zahlreiche Darlehen, u.a. ein Darlehen in Höhe von 20.000 RM für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gemeindegebäuden und ein Darlehen von 61.500 RM für die Gasversorgung der Ortsteile Landwehr und Wiescheid im Jahre 1933, ein Darlehen von 23.300 RM für den Bau von 10 Kleinsiedlerstellen 1934, 10.000 RM für den Ankauf von Grundstücken 1936 und weitere Darlehen in Höhe von 22.400 bzw. 21.800 RM für den Bau von Volkswohnungen und Behelfswohnungen in den Jahren 1937 und 1938 usw.

Hauptgeschäftspartner in bezug auf die Finanzierung der Projekte waren die Deutsche Bau- und Bodenbank AG in Berlin und die Rheinische Heimstätten GmbH in Düsseldorf.¹² Neben dem Wohnungsbau, sind im Rahmen der Arbeitsbeschaffung die Leistungen der "Gasfront" und des Wasserwerks hervorzuheben. So fand allein in den Jahren 1933/34, bedingt durch die verstärkte Bautätigkeit, eine Erweiterung des Rohrnetzes um 15.159 m statt. Die Leistungen des "Verbandswasserwerks Langenfeld" erbrachten einen Umsatz von 250.000 RM.¹³

Straßenbauarbeiter der Gemeinde fanden auch Beschäftigung im Rahmen des Baues der Reichsautobahnteilstrecke zwischen Köln und Hilden, von der etwa 10 km die Gemeinde Langenfeld berührten. Am 21. Mai 1936 übergab Reichsminister Dr. Goebbels in einem feierlichen Akt die Reichsautobahnstrecke Köln-Hilden ihrer Bestimmung¹⁴.

All diese Maßnahmen führten zu einem steten Rückgang der Erwerbslosenzahlen. Waren bei der bereits erwähnten Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1933 1.699 Arbeitslose registriert worden, so zählten man im August 1936 nur 307 und darauffolgenden Jahr 64 Arbeitslose. Neben der dann im Jahre 1939 erreichten völligen Beseitigung der Arbeitslosigkeit, erlangte man ebenso eine erhebliche Minderung der Schuldenlast.¹⁵ Der hier mühsam erarbeitete wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbau der Gemeinde, sollte dann in den Kriegsjahren erneut zunichte gemacht werden. Im Gegensatz zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, verschlechterte sich die Situation der jüdischen Bevölkerung.

Anmerkungen

- 1) STALev. 5197.
- 2) Zur Position und den Machtbefugnissen der Gauleiter s. P. Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 19), S. 91 - 107.
- 3) Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 nebst amtlicher Begründung, allen Durchführungsverordnungen, Ausführungsbestimmungen, Überleitungsverordnungen, der Rücklagenverordnung usw., Kommentar von H. Kerrl und Dr. Dr. Weidemann, 2. erw. Aufl., Berlin 1937, § 33, 41, 45, 51 und 54.
- 4) STAL 548; Bericht vom 14. Februar 1935.
- 5) STALev, 4375 und 5205.
- 6) STALev, 5095.
- 7) STALev. 5176.
- 8) STALev. 5634.
- 9) Zur Ernennung von Otto Förster zum Bürgermeister s. HSTAD 47441 und STAL 548; zur Berufung von Staller zum OGL s. BP vom 29. September 1938.
- 10) BP vom 25./26. März 1939.
- 11) RGBL., I, 1933, S. 651 - 653, RGBL., I. 1935, S. 469 und RGBL., I, 1933, S. 647 - 650.
- 12) Die Angaben zu den Darlehensaufnahmen basieren auf STAL 548.
- 13) Zu den Leistungen des Gas- und Wasserwerks vgl. STAL 1656, 1657, 1658, 1660, 1661 und 1857.
- 14) Rhein. L. vom 21. Mai 1936
- 15) Vgl. hierzu Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 455 (Heft 16), S. 62 f, Berlin 1936 und Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, Jg. 29 - 34, Jena 1934 - 1939.

2. Die NS-Judenpolitik der Jahre 1935 - 1938

2.1 Verschärfte antijüdische Aktionen

Bereits die Aktionen und Verordnungen der Jahre 1933/34 hatten unter der jüdischen Einwohnerschaft große Besorgnis und Unruhe ausgelöst. Doch noch glaubten die meisten von ihnen, daß diese Erscheinungen von vorübergehender Dauer seien und bald wieder Ruhe in ihr Leben einkehren würde. Sie glaubten an die bestehenden Freundschaften und ihr gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu den anderen Bürgern der Gemeinde. Sie waren seit Jahrzehnten tief in das Leben der Gemeinde verwurzelt und konnten und wollten die Veränderungen in ihrer Umgebung nicht wahrhaben. Das Jahr 1935 brachte die Wende. Der organisierte Antisemitismus trat in eine neue Phase. Die Bestimmungen und Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung nahmen zu. Vor allem im Monat August 1935 war das Straßenbild der Gemeinde von antisemitischen Parolen übersät. Die SA-Formationen von Richrath-Reusrath veranstalteten im Rahmen des Reichswettkampfes der SA Propagandafahrten durch die Ortsteile der Gemeinde. Viele Bürger sahen sich an die Kampfzeit der SA vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten erinnert. Die geschmückten, mit Aufschriften wie "Der Jude ist kein Bürger, sondern ein Würger" oder "Wer beim Juden kauft ist ein Volksverräter" versehenen Wagen, sollten allen Bürgern verdeutlichen, daß der Jude nur als ein "Parasit am deutschen Volkskörper" anzusehen ist.

"Wie schon angekündigt, führte am Donnerstagabend der Sturm 15 der SAR, zum Abschluß des Reichswettkampfes der SA, seine Propagandafahrt durch. Die Volksgenossen von Langenfeld, Immigrath und Richrath waren ob dieses ungewohnten Bildes wenig erstaunt. Erinnerungen an die Jahre des Kampfes tauchten auf, wo die SA, zu diesen Propagandamitteln greifen mußte, um der Bewegung auch die Straße zu erobern. Und wer die sinnvoll geschmückten Wagen gesehen hat mit den für die heutige Zeit treffenden Aufschriften, dem wird bewußt worden sein, daß die SA der Garant der deutschen Revolution war und bleiben wird. Dies sei allen Dunkelmännern, gleich von welcher Seite sie kommen, noch einmal, eindringlich gesagt. In dieser Hinsicht ließ Geist und Disziplin der braunen Kämpfer nichts zu wünschen übrig. Aus den Kampfliedern, die unermüdlich von den Wagen schallten, klang er wieder und auch die immer wieder einsetzenden Sprechchöre ließen an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig. Ganz gleich, ob es sich darum handelte, um den letzten Volksgenossen zum Mitglied der NSV zu werben oder den Kampf gegen Juda, den Parasiten am deutschen Volkskörper, zu unterstreichen. Die Rufe werden nicht ungehört verhallt sein. So bot die Fahrt, die von der katholischen Schule Langenfeld über Immigrath, Feldstraße nach Richrath führte, eindrucksvolle Bilder. Selbst durchfahrende Kraftwagen hielten, um die Wagen an sich vorbeiziehen zu lassen.

Die Volksgenossen standen an den Straßen oder schauten aus den Fenstern. Von Richrath aus ging die Fahrt zurück über Immigrath nach Langenfeld zur Saarstraße. (...)

Das Gesamtergebnis gereicht dem Sturm zur Ehre und er kann sich mit den Leistungen in seiner Gruppe durchaus sehen lassen. (...)

Der Reichswettkampf der SA ist beendet. Allen Hetzern und Wühlern wird er gezeigt haben, daß in der SA der Glaube an den Führer, an das Volk, an das ewige Deutschland lebt. Sie wird ihre Pflicht tun und weiterhin kämpfen gegen die Dunkelmänner und ewig Gestrigen."

(Rhein. L. vom 4. August 1935)

Mit den "Dunkelmännern" waren in erster Linie die katholische Kirche und ihre Jugendorganisationen gemeint, deren Bekämpfung ebenfalls 1935 verschärft wurde. Gemeint waren aber auch jene Bürger, die sich trotz aller Anfeindungen und Bedrohungen nicht vom weiteren Einkauf bei den Juden oder vom weiteren Besuch der Arztpraxis von Dr. Zade und vom freundlichen Verkehr mit ihren jüdischen Nachbarn abhalten ließen. Selbst die Jugend wurde von der nationalsozialistischen Bewegung am Kampfe gegen das sog. internationale Judentum eingesetzt.

"Ein Heimatabend der Hitlerjugend. Am Donnerstagabend traten die Scharen 2 und 3 der Hitlerjugend Langenfeld im Volkspark an. Nach kurzem Appell ging es mit frohem Sang zum Heim, wo der Unterbannführer den Heimabend abhielt. Mit dem Lied "Deutschland erwache" wurde der Abend eingeleitet. In diesem Lied kommt sinnfällig der Kampf gegen das Judentum zum Ausdruck, und ebenso die Gefahr, welche dem deutschen Volk von dieser Seite droht.

Anschließend veranschaulichte Unterbannführer (...) das Judentum und seine Sitten. In verständlicher Weise unterrichtete er die Jgg. über den Talmud, die jüdische Gesetzgebung, wie er ebenso treffend den Einfluß der Juden in den Weltwirtschaftsfragen beleuchtete. Der Jude, so führte er unter anderem aus, betrachte nach seiner Gesetzgebung alle anderen Völker auf Erden als nicht gleichberechtigt. Der Jude allein ist Herr der Schöpfung, er kann tun und lassen, was er will, wenn nur der Talmud nicht verletzt wird. Und nach dem Talmud ist dem Juden alles erlaubt, was den Nichtjuden nur irgendwie schädigen kann. Deshalb müssen wir den Juden bekämpfen. Kein Deutscher darf etwas mit einem Juden gemein haben, keiner darf bei einem Juden kaufen, denn der Jude ist unser Unglück.

Wir jungen Deutschen wollen unser Volk reinhalten, wir wollen dafür kämpfen, daß kein Jude mehr unsere Rasse verseucht. Blut und Boden wollen wir schützen vor fremden Eingriffen, denn das, was wir erkämpft haben, lassen wir uns nicht mehr nehmen; nein, jeder, der diesen Begriff antastet, ist unser Feind. Unsere innere Haltung bringt unser Wollen zum Ausdruck. Wir sind unserem Führer Adolf Hitler mit Leib und Leben verschrieben, wir werden das große Werk unseres Führers dereinst übernehmen und dann müssen wir einen geistig und körperlich gesunden Nachwuchs stellen; einen Nachwuchs, der nicht von fremden Rassen durchsetzt ist, sondern von deutschem Blute ist. (...)" (Rhein. L. vom 19. August 1935)

Die jüdischen Mitbürger sahen sich einer zunehmenden Isolation auf allen Ebenen, seien sie kultureller, sportlicher oder wirtschaftlicher Art, ausgesetzt. Der Zutritt zu Lokalen oder Geschäften wurde ihnen immer häufiger verwehrt. Vermehrt sah man Schilder mit der Aufschrift "Juden sind nicht erwünscht" in den Fenstern von Lokalen und Wirtschaften. "Arier", die unbeirrt weiterhin bei Juden kauften und ihre Freundschaft zu Juden aufrechterhielten, mußten sich als "Judenknechte", "Wühler" usw. bezeichnen lassen. Hinzu kam, daß Käufer in Judengeschäften beim Eintritt oder Verlassen der Geschäfte fotografiert wurden. Die Bilder stellten die Nationalsozialisten mit entsprechendem Untertitel im Aushang des Stürmer zur Schau, um diese Personen durch Demütigung zu "bekehren".¹ Mit den "Nürnberger Gesetzen" vom 15. September 1935 sollten die jüdischen Mitbürger endgültig zum Menschen zweiter Klasse degradiert werden. So erfolgte durch das "Reichsbürgergesetz"² die Unterteilung der Staatsbürger in Staatsangehörige und Reichsbürger:

- "§ 1 (1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.**
- (2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.**
- § 2 (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.**
- (2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.**
- (3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze."**

Mit dem Gesetz "zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre"³ wurde die soziale Trennung legitimiert:

- "§ 1 (1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.**
- § 2 Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.**
- § 3 Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.**
- § 4 (1) Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.**
- (2) Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet.**

- § 5 (1) Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.
(2) Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.
(3) Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.
(...)"

Die Umsetzung der Bestimmungen erfolgte umgehend. Bereits am 17. Oktober 1935 wurden die Hausgehilfinnen in jüdischen Haushaltungen gebeten, zwecks anderweitiger Stellenvermittlung bei der Frauenabteilung der Deutschen Arbeiterfront vorzusprechen⁴. Ebenfalls in diesem Jahre erfolgte die Aberkennung des Wahlrechts für Juden, die Anordnung zur Rassentrennung in den Volksschulen ab 1936, von der auch jüdische Kinder der hiesigen Gemeinde betroffen waren und das Verbot der Ehrung jüdischer Gefallener des Ersten Weltkrieges. Vergessen waren die Tage, an denen man gemeinsam die Toten ehrte und gemeinsam im Gemeinderat Politik betrieben hat. Anklagen wegen "rasseschänderischer" Beziehungen traten nach der Reichsgesetzgebung vom 15. September immer wieder auf. So verlor eine Bürgerin, die von 1932 - 1934 mit einem Langenfelder Juden verlobt war aufgrund einer Anzeige im Jahre 1943 ihre Arbeitsstelle in Düsseldorf und mußte sich Demütigungen und Beschimpfungen als "Juden-Liebchen, welches von allen anständigen und deutschgesinnten Männern verachtet würde", gefallen lassen. Eine andere Frau löste ihre seit 10 Jahren zu einem jüdischen Mischling I. Grades bestehende Beziehung, aus der auch ein dreijähriges Kind stammte, nach massivem Druck seitens der Partei. Ebenso wurden Verfahren gegen Juden wegen Vergehens gegen das "Blutschutzgesetz" eingeleitet. So u.a. gegen einen 1871 in Richrath geborenen Juden, der nun (1938) in Düsseldorf lebte. Das Düsseldorfer Sondergericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Haft wegen angeblicher sexueller Belästigung einer "arischen" Hausangestellten. Ferner erhielt der "Stürmer" (eine NS-Zeitschrift) Bilder des Angeklagten zur Veröffentlichung.⁵ Immer mehr unterlagen die jüdischen Bürger strengster Überwachung und Kontrolle, zu der sogar die Überwachung des Briefverkehrs zählte⁶. Unbedachte Äußerungen führten sehr schnell zur In-schutzhaftnahme und Gefängnisstrafe.

Dies bekam z. B. auch der Langenfelder Hermann Berger zu spüren, über den am 3. September 1935 "aufgrund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.02.1933 Schutzhaft verhängt wird, weil er sich in einer die staatlichen Belange schädigenden Weise betätigt habe". Über den Hergang und Verlauf des Falles berichtet die Rheinische Landeszeitung in ihrer Ausgabe vom 1. Februar 1936 wie folgt:

"Ein Jude erzählt Greuelmärchen.

Ende August vorigen Jahres fuhr ein Jude aus Langenfeld mit seinem Kraftwagen nach Hilden. Auf der Landstraße kam er an zwei Männern vorbei, die eine Autopanne hatten. Die beiden Männer riefen den Juden an und baten ihn, sie bis Hilden mitzunehmen. Das tat der Jude denn auch bereitwillig, bemerkte aber gleich, daß es eigentlich eine "Rassenschande" bedeute, wenn er als Jude mit 2 Ariern im Auto sitze. Die beiden Männer erwiderten weiter nichts darauf, ließen vielmehr den redseligen Juden weiterquasseln. Dieser schien das größte Vertrauen in die beiden zu setzen und schüttet ihnen so recht sein Herz aus. Die beiden Männer bekamen die tollsten Greuelmärchen und Beleidigungen der Reichsregierung von dem Juden vorgesetzt. Wie groß aber war der Schrecken dieses jüdischen Verleumders, als die beiden Männer sich schließlich als Beamte der Staatspolizei auswiesen. Der Jude kam sofort in Schutzhaft und stand jetzt vor dem Düsseldorfer Sondergericht. Das Gericht verurteilte den Schwätzer zu 5 Monaten Gefängnis, die durch die Schutzhaft verbüßt sind. (...)"

Der hier geschilderte Vorfall hatte sich am 28. August 1935 ereignet. Hermann Berger war sofort in das Gefängnis von Opladen gebracht worden. Am 30. Oktober kam er vor das Opladener Amtsgericht. Da laut Amtsrichter kein dringender Tatverdacht eines Vergehens gegen die §§ 1 und 2 des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei vom 20. Dezember 1934 vorlag, wurde kein Haftbefehl gegen ihn erlassen. Trotzdem blieb Berger in Schutzhaft. Im Laufe der Untersuchung vor dem Düsseldorfer Sondergericht bestritt Hermann Berger die Mehrzahl der ihm zur Last gelegten Äußerungen. Er erklärte, daß die Angaben der beiden Männer, die er im Auto mitgenommen habe, stark übertrieben und verdreht seien, Er habe zwar Äußerungen über die Situation der Juden und über Konzentrationslager gemacht, doch nicht in dieser Art und Weise. Am 31. Januar 1936 verurteilte ihn das Sondergericht Düsseldorf zu einer Strafe von fünf Monaten, auf welche die erlittene Schutzhaft angerechnet wurde. Diese Ereignisse vom August 1935 sollten noch ein weiteres Nachspiel haben. Die Gemeinde verweigerte Hermann Berger die Legitimationskarte für das Handelsjahr 1936. Bergers Klage vor Gericht wies der Richter mit folgendem Wortlaut ab:

"Der Kläger hat durch sein Verhalten bewiesen, daß er der Regierung des Dritten Reiches feindlich gegenübersteht. Es besteht daher die Gefahr, daß er nach Erlangung der Legitimationskarte bei Ausübung des Gewerbes staatsfeindliche Propaganda betreibt. Infolgedessen muß die Karte gem. § 57 Zif. 2a R.Gew.O versagt werden. Abgesehen davon würde Versagung auch wegen Unzuverlässigkeit des Klägers gerechtfertigt sein."

Seiner wirtschaftlichen Grundlage beraubt, beschloß Hermann Berger die Gemeinde zu verlassen. 1938 wanderte er aus.⁷ Schritt für Schritt erfolgte zwischen 1936 - 1938 die systematische Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft.

Anmerkungen

- 1) Diese Angaben beruhen auf Zeitzeugeninterviews, den Aufzeichnungen des Pfarrers Breuer (Chronik von Pfarrer Breuer, Bd. III, S. 165) und HSTAD (Rep. 114) 3482.
- 2) RGBL., I, 1935, S. 1146
- 3) RGBL., I, 1935, S. 1146 f.
- 4) Rhein. L. vom 17. Oktober 1935.
- 5) Zu den Anklagen wegen Verstosses gegen das Gesetz "zum Schutze des deutschen Blutes" s. u.a. HSTAD (Gestapo) 33794, 34871 und 58403.
- 6) HSTAD (Gestapo) 61123.
- 7) Zum Fall des Hermann Berger s. HSTAD (Gestapo) 61117 und HSTAD (Rep. 114) 966.

2.2 Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben

Beginnend mit den Boykottmaßnahmen am 28. März 1933 setzte auch in der hiesigen Gemeinde eine systematische Verdrängung der jüdischen Gewerbebetriebe aus dem Wirtschaftsleben ein, auch wenn der Boykott vom 1. April 1933 nicht den erwarteten, durchschlagenden Erfolg erreicht hatte. Erst die ständige antisemitische Propaganda und die Demütigung, Diffamierung und Bedrohung der Bürger, die sich zunächst nicht vom Handel mit jüdischen Geschäftsleuten abhalten ließen, führten zu einem allmählichen Rückgang im Umsatz der jüdischen Geschäftsbetriebe. Eine drastische Verschärfung setzte dann nach dem Erlass der "Nürnberger Gesetze" vom 15. September 1935 ein. Wie schon erwähnt, hatten die Boykottmaßnahmen zunächst den jüdischen Kinderarzt Dr. Hugo Zade am härtesten getroffen. Bereits 1935 war seine wirtschaftliche, d.h. finanzielle Existenz erheblich bedroht. Nur mehr wenige Patienten waren ihm verblieben, und diese mußten sich heftige Vorwürfe und Bedrohungen gefallen lassen. 1936, nachdem er sowohl die Zulassung bei den Krankenkassen als auch seine Praxis im Richrather Krankenhaus verloren hatte, verließ er vorübergehend die Gemeinde und arbeitete zusammen mit seiner Tochter Ursula, die ebenfalls Medizin studiert hatte, in Köln. Finanziell am Ende, war er 1937 gezwungen sein Eigentum auf der Solinger Straße zu verkaufen¹.

Ab 1935 ging auch der Umsatz der jüdischen Gewerbebetriebe zurück. Ferner wurde den Geschäftsleuten immer häufiger die Legitimationskarte verweigert. So u.a. den Gebrüdern Max und Bernhard Meyer, die am 28. Dezember 1935 beim Bürgermeister in Langenfeld einen Antrag auf Erteilung der Genehmigung zur Ausübung des Ortshausierhandels mit Manufakturwaren, Herren- und Damenkonfektion, Betten, Möbel usw. stellten. Am 2. März 1936 erging vom Landrat in Opladen folgender Bescheid an die Gebrüder Meyer:

"Ihren bei dem Herrn Bürgermeister in Langenfeld am 28.12.1935 gestellten Antrage auf Erteilung der Genehmigung zur Ausübung des Ortshausierhandels mit Manufakturwaren, Herren- und Damenkonfektion, Betten, Möbel und sonstigen Aussteuergegenständen vermag ich nicht stattzugeben, da ich ein Bedürfnis hierfür für das Amt Richrath-Reusrath nicht anerkennen kann. Gegen diesen Bescheid steht Ihnen binnen 2 Wochen nach erfolgter Zustellung die Beschwerde bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf offen."

Die Beschwerde der Gebrüder Max und Bernhard Meyer, sowie ein erneuter Antrag für das Jahr 1937 wurden ebenfalls abgelehnt². Die Viehhändler der Gemeinde sahen ihre Existenz vor allem durch die Verordnung über Handel mit Vieh vom 25. Januar 1937 bedroht³:

" § 6 Der Viehwirtschaftsverband kann die Zulassung ferner widerrufen, wenn ein Betriebsinhaber oder ein Betriebsleiter die für die Führung des Viehhandelsbetriebes erforderliche Zuverlässigkeit nicht hat. Ein Mangel der für die Betriebsführung erforderlichen Zuverlässigkeit darf nur angenommen werden, wenn

a) ein Betriebsinhaber oder ein Betriebsleiter wegen eines vorsätzlichen Verstoßes gegen das Gesetz über den Verkehr mit Tieren und tierischen Erzeugnissen oder gegen eine auf Grund dieses Gesetzes ergangene Verordnung oder Anordnung oder gegen die Verordnung über den Verkehr mit Nutz- und Zuchtvieh oder gegen eine auf Grund dieser Verordnung ergangene Anordnung oder gegen eine Verordnung oder Anordnung über die Festsetzung von Preisen für Tiere und tierische Erzeugnisse rechtskräftig verurteilt oder von dem Reichsnährstand, einem Zusammenschluß oder einer Preisüberwachungsstelle mit einer Ordnungsstrafe bestraft worden ist,

b) der Viehhandelsbetrieb daraufhin von dem Reichsnährstand, der Hauptvereinigung der Deutschen Viehwirtschaft oder einem Viehwirtschaftsverband verwarnet worden ist,

c) ein Betriebsinhaber oder ein Betriebsleiter danach vorsätzlich einen erneuten Verstoß gegen eine der unter a) genannten Bestimmungen begangen hat und

d) die Verstöße sich gegen Bestimmungen über Preise, Schlußscheine, Beschränkungen von Schlachtungen und sonstige Betriebsbeschränkungen, Lieferbedingungen, Kennzeichnungen, Vieh- oder Fleischversendungen gerichtet haben.

§ 7 (1) Bei Viehhandelsbetrieben, die nach § 4 als zugelassen gelten, kann der Viehwirtschaftsverband in der Zeit bis zum 31. Dezember 1937 die Zulassung außerdem widerrufen, wenn ein Betriebsinhaber oder ein Betriebsleiter beim Inkrafttreten dieser Verordnung nicht die erforderliche persönliche und sachliche Eignung hat; (...).

(2) Der Viehwirtschaftsverband kann auch bei den Viehhandelsbetrieben, die nach § 4 als zugelassen gelten, in der Zeit bis zum 31. Dezember 1937 die Zulassung auf bestimmte Gebietsteile beschränken."

Durch diese Verordnung waren die Viehhandelsverbände ermächtigt, "bis zum 31. Dezember 1937 durch den Widerruf zugelassener Viehhandelsbetriebe eine Bereinigung des gesamten Viehverteilerstandes durchzuführen". Hiervon waren auf jüdischer Seite in erster Linie der Betrieb des Albert Salomon (Sohn des Isaak Salomon) und der der Witwe von Hermann Salomon, die von ihrem Sohn Albert im Betrieb unterstützt wurde, betroffen. Aber auch auf Betriebe von "Ariern", die als "politisch unzuverlässig" galten, fand diese Verordnung Anwendung⁴.

Mit der Verordnung über die Anmeldung aller jüdischen Vermögen über 5.000 RM vom 26. April und der über die Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe vom 14. Juni 1938 vollzogen die Nationalsozialisten weitere wichtige Schritte auf dem Wege zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben⁵. Zahlreiche jüdische Familien meldeten in diesem Zeitraum (1937/38) ihre Gewerbebetriebe ab⁶:

Name	Betriebsbezeichnung	Abmelddatum
Herz Karl	Hauthändler/Metzgereibedarf	01.07.1937
Herz Walter	Hauthändler/Metzgereibedarf	27.05.1938
Salomon Hermann (Witwe, Sophie)	Viehhändler	01.07.1938
Berg Alfred	Fuhrunternehmen	01.08.1938
Berger Hermann & Anne	Häute und Metzgereibedarf	01.10.1938
Salomon Albert	Viehhändler	05.10.1938

Am 12. November 1938 erfolgte dann der Erlaß der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben⁷:

"§ 1 (1) Juden ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

(3) Jüdische Gewerbebetriebe, die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2 (1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 sein.

(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Verträge, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3 (1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich."

Am 21. März 1939 wurde auch die Firma der Gebrüder Max und Bernhard Meyer mit Wirkung vom 31. Dezember 1938 von Amtswegen gelöscht⁸. Damit war die Verdrängung der jüdischen Mitbürger aus dem Wirtschaftsleben der Gemeinde Langenfeld erreicht, auch wenn es noch zu einigen kleineren, geheimen Geschäften kam.

Anmerkungen

- 1) Zu Dr. Zade s. Chronik der Pfarre St. Martin von Pfarrer Breuer, Bd. III, S. 165 und HSTAD (Rep. 200) 471.
- 2) Zur Vergabe von Legitimationskarten s. STAL 1506 und 1269.
- 3) RGBL. I, 1937, S. 28 f.
- 4) Zum Viehhandel s. STAL 1271 und 2967.
- 5) S.d. RGBL., I. 1938, S. 414 und 404 (Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe vom 22. April 1938) und S. 627 sowie Mitteilungen für die Stadtverwaltung Düsseldorf, Jg. 5 (1938), Verfügung Nr. 145 und Nr. 184.
- 6) STAL 2103 und STALev. 4944.
- 7) Auszugsweise zitiert aus RGBL., I, 1938, S. 1580.
- 8) STALev. 4928; als weiterführende Literatur zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben eignet sich hervorragend das Standardwerk von H. Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.

2,3 Die "Reichskristallnacht" und ihre Folgen

Wir schreiben das Jahr 1938. Zahlreiche Juden, in erster Linie junge Bürger, haben bereits die Gemeinde verlassen. Doch noch immer leben über 50 Juden in ihrer Heimatstadt. Zumeist ältere Menschen, die hier so tief verwurzelt sind, daß sie nicht an ein Verlassen ihrer Heimat denken. Sie hoffen immer noch an eine Wende zum Guten. Antijüdische Verordnungen und Bestimmungen nehmen in drastischer Weise zu, was ja schon anhand des Abschnittes über die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben deutlich wurde. Am 24. März 1938 erhielten die Gemeinden die Anordnung "Juden die Archivbenutzung außer zu familiengeschichtlichen Zwecken und zur Erforschung des jüdischen Volkstums zu versagen"¹. Aus dem kulturellen Leben der Gemeinde waren die jüdischen Mitbürger zu diesem Zeitpunkt bereits ausgeschlossen. Auch ihr Auftreten in der Öffentlichkeit unterlag zunehmenden Einschränkungen. In Lokalen, Geschäften und Kinos verweigerte man ihnen zumeist den Zutritt. Ebenfalls im März 1938 verloren die jüdischen Gemeinden den Status einer "Körperschaft des öffentlichen Rechts" und galten fortan als Vereine. Die Isolation der jüdischen Bürger wurde Schritt für Schritt verstärkt. Im Juli 1938 erfolgte eine Bekanntmachung über den Kennkartenzwang²:

"§ 1 Juden, die deutsche Staatsangehörige sind, haben unter Hinweis auf ihre Eigenschaft als Jude bis zum 31. Dezember 1938 bei der zuständigen Polizeibehörde die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen. Für Juden, die nach dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung geboren werden, ist der Antrag innerhalb von drei Monaten nach der Geburt zu stellen.

§ 3 (1) Juden haben, sobald sie eine Kennkarte erhalten haben, bei Anträgen, die sie an amtliche oder parteiamtliche Dienststellen richten, unaufgefordert auf ihre Eigenschaft als Jude hinzuweisen sowie Kennort und Kennnummer ihrer Kennkarte anzugeben oder, falls die Anträge mündlich gestellt werden, unaufgefordert ihre Kennkarte vorzulegen. Das gleiche gilt für jede Art von Anfragen und Eingaben, die Juden an amtliche oder parteiamtliche Dienststellen richten sowie bei der polizeilichen Meldung.

(2) Wird in den Fällen der Abs. 1 ein Jude durch eine dritte Person vertreten, so hat der Vertreter unaufgefordert auf die Eigenschaft des Vertretenden als Juden hinzuweisen (...)".

Diese Bekanntmachung trat mit dem 1. Oktober 1938 in Kraft. Nur 4 Tage später erklärte man die Pässe der jüdischen Mitbürger für ungültig.

"§ 1 (1) Alle deutschen Reisepässe von Juden, die sich im Reichsgebiet aufhalten, werden ungültig.

(2) Die Inhaber der im Abs. 1 erwähnten Pässe sind verpflichtet, diese Pässe der Paßbehörde im Inland, in deren Bezirk der Paßinhaber seinen Wohnsitz oder mangels eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat, innerhalb von zwei Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung einzureichen.

Für Juden, die sich beim Inkrafttreten dieser Verordnung im Ausland aufhalten, beginnt die Frist von zwei Wochen mit dem Tage der Einreise in das Reichsgebiet.

(3) Die mit Geltung für das Ausland ausgestellten Reisepässe werden wieder gültig, wenn sie von der Paßbehörde mit einem vom Reichsminister des Inneren bestimmten Merkmal versehen werden, daß den Inhaber als Juden kennzeichnet."³

In der regionalen Presse tauchten nun Tag für Tag antisemitische Parolen auf. Auf Veranlassung des Gauschulungsamtes fand vom 2. bis 6. November dieses Jahres in der Wilhelmshalle eine Germanenschau statt, die jeden Tag von 8.00 bis 21.00 Uhr besucht werden konnte. Der Eintrittspreis betrug 10 Reichspfennige. Zur Eröffnung der Germanenschau hatte man Kreisleiter Brinkschulte eingeladen. Dieser wies in seiner Rede auf "den hohen Kulturstand der germanischen Vorfahren hin, der gleichzeitig den Wert und die Bedeutung der Rasse erkennen lasse". Ferner betonte Brinkschulte, daß "die NSDAP" als erste Partei mit Erfolg gegen den Rassenmischmasch vorgestoßen sei. Sie habe die Lehren aus der Vergangenheit erkannt und die Erkenntnisse in Gesetzen verankert, die für immer eine Vermischung unserer Rasse unmöglich machen".⁴ Nach dem Attentat auf Ernst vom Rath am 7. November beherrschte dieses Thema in den darauffolgenden Tagen auch die Lokalpresse. Die noch vorhandenen Hoffnungen auf eine Wende zum Guten bei den jüdischen Mitbürgern sollten durch die Ereignisse der sog. Reichskristallnacht, ausgelöst durch den Tod von Ernst vom Rath am späten Nachmittag des 9. November, zerstört werden. Am Spätabend des 9. und im Verlaufe des 10. November kam es auch in der hiesigen Gemeinde zu Aktionen gegen die Mitglieder der jüdischen Gemeinde.

"Spontan, aus dem Herzen der Bevölkerung heraus, gab es in der Nacht zum Donnerstag auch in unserer Gemeinde Protestaktionen gegen das Judentum, nachdem bekanntgeworden war, daß der durch die Schüsse des feigen jüdischen Mordlümmels schwerverletzte Legationsrat vom Rath diesen Verletzungen erlegen war. Die Zeiten sind vorüber, daß wir ohne Widerstand die Beleidigungen und Überfälle auf deutsche Volksgenossen hinnehmen. Das ist die Antwort, die das Judentum in Deutschland auf diesen Mord eines seiner Rassegenossen erhielt.

Es ist menschlich durchaus verständlich, daß sich auch bei uns in Langenfeld die Empörung der Volksgenossen irgendwie Luft gemacht hat. Dabei wurde u.a. eine Brandruine in der Adolf-Hitler-Straße, die durch den drohenden Mauereinsturz bereits seit langem eine Gefahr für die Straßenpassanten bildete, niedergelegt. Der besondere Zorn der Volksgenossen wandte sich auch gegen die Synagoge.

Ebenso spontan kam es am Donnerstag Abend, wie überall im Kreisgebiet, auch bei uns zu einer Protestkundgebung in der Wilhelmshalle, die einen außergewöhnlich guten Besuch aufwies. Neben dem großen Saal war auch der kleine Saal vollkommen besetzt.

In der Kundgebung selbst sprach Ortsgruppenleiter und Kreis-KdF-Wart Pg. Wiegand (Remscheid), der neben einer scharfen und erbarmungslosen Abrechnung mit dem heutigen internationalen Judentum auf die Fäden hinwies, die sich aus der Geschichte nachweisen lassen, und die immer wieder auf die Wühlarbeit des Judentums hinweisen. Seit Jahrhunderten untergräbt so der Jude die Moral der Völker, die sie aufgenommen haben. Niemals hat der Jude wirklich Heimat bei den Völkern gefunden, immer ist er der Fremdling im Volke geblieben, der Haß schürte und der sich mit allen erdenklichen Mitteln zu bereichern suchte.

Hinter dem nach Norden vordringenden Christentum zog auch der Jude über die Alpen, nistete sich in unserem deutschen Volke ein und mißbrauchte das ihm gebotene Gastrecht. Oft im Laufe der Jahrhunderte ist vor ihnen von einsichtigen Menschen gewarnt worden, aber immer wieder fand er ehrlose Helfer, die ihm gegen die eigenen Brüder zur Seite standen.

Diese Zeiten sind heute vorüber. Niemals werden wir uns mehr mit dem jüdischen Gift infizieren, niemals mehr werden wir ihren scheinheiligen Beteuerungen Glauben schenken. Sie sind unser Feind, wie sie der Feind jeglichen Volkes sind, das sich auf seine rassistischen Grundlagen zurückbesinnt. Mit Ihnen werden wir niemals paktieren, und wir wollen sie auch gänzlich aus unserem Volkskörper aussondern. Denn nur dadurch können wir der Gefahr wirksam begegnen. Das ist die Lehre, die aus dem feigen Mord in Paris zu entnehmen ist. Das ist unsere Antwort, die wir dem über die ganze Welt verstreuten Judentum geben. Und es wird diese Antwort verstanden haben." (Rhein. L. vom 12.11.1938)

Demgegenüber fiel die Berichterstattung der Bergischen Post vom 12./13. November 1938 wie folgt aus:

"Als am Mittwoch Abend durch den Rundfunk die Nachricht bekannt wurde, daß der Gesandtschaftsrat vom Rath seinen Verletzungen erlegen sei, steigerte sich auch in unserer Gemeinde die Empörung der Volksgenossen und so kam es an verschiedenen Stellen zu Demonstrationen kleineren und größeren Ausmaßes. Es war auf den Straßen und besonders am Abend ein überaus starker Fußgängerverkehr festzustellen. Am späten Nachmittag wurde durch Flugblätter die Abhaltung einer Protestversammlung bekanntgegeben. Bis auf den letzten Platz besetzt und auch auf den Straßen stauten sich noch die Menschen, die der Kundgebung beiwohnen wollten.

Ortsgruppenleiter Pg. Staller eröffnete nach mehreren Musikstücken der Kapelle (...) den Abend mit herzlichen Worten der Begrüßung. Er hob die jüdische Mordtat besonders hervor und geißelte mit starken Worten diese abscheuliche feige Tat. Nach dem Fahneeinmarsch sprach Pg. Wiegand zu den Anwesenden. Er geißelte in mitreißenden Worten das verbrecherische Treiben des internationalen Judentums. Diese Schüsse waren eine Kampfansage dieser internationalen Verbrecherbande an dem deutschen Geiste. Sie galten dem ganzen deutschen Volk.

Daher ist der Jude für uns Deutsche eine Gefahr. Solange es Juden und Germanen gibt, ist ewig Kampf um den Frieden. Und wenn wir ewig leben wollen, müssen wir ewig um den Frieden kämpfen. Diesem Kampf sind auch die 16 Helden vor der Feldherrenhalle erlegen. Ein weiteres Kampfesopfer war der deutsche Gesandtschaftsrat vom Rath.

Weiter schilderte der Redner das Eindringen des Juden in Deutschland, wo er Stufe zu Stufe höher empor stieg und bald in allen Kreisen an führender Stelle stand. Dann kam der Nationalsozialismus ans Ruder und mit ihm die Kampfansage an das Judentum. Da der Jude weiß, daß sein Spiel verloren ist, hetzt er zum Krieg. Seine letzte Niederlage müßte er mit der Zusammenkunft der drei Staatsmänner erleiden.

Ortsgruppenleiter Staller dankte dem Redner und brachte anschließend ein dreifaches Sieg-Heil auf den Führer aus, dem sich die Lieder der Deutschen anschlossen."

Bei einem Vergleich beider Artikel fällt vor allem die unterschiedliche Argumentationsweise auf. Während die Rheinische Landeszeitung mit Freude über die Zerstörung der Synagoge berichtet, wird die Brandschatzung in der Bergischen Post nicht einmal erwähnt. Hinzu kommt, daß die Rheinische Landeszeitung von spontanen Aktionen durch die Bevölkerung spricht. Die Bergische Post hingegen deutet an, daß es sich um organisierte Aktionen handelte.

In allen Ortsteilen, wo Juden lebten, in erster Linie in Langenfeld, Immigrath und Richrath war es in den Abendstunden des 9. November zu Zerstörungen jüdischen Eigentums gekommen. Aber nicht spontan aus dem Herzen der Bevölkerung, sondern gezielt und geplant durchgeführt von SA-Formationen. Angst, Verzweiflung und Schrecken spiegeln sich in der Schilderung der Ereignisse von Anne Berger in einem Brief an ihren im September 1938 nach Uruguay ausgewanderten Bruder⁵:

"(...) Unser geliebtes Häuschen ist zweimal in der fürchterlichsten Weise von ganzen Banden überfallen worden. Beim ersten Mal schlug man Türen, Blenden und Fenster ein, ich ging herunter, besessen von einem Mut und einer Frechheit, und das feige SS Gesindel sprang sofort in ihre Wagen, um unerkannt zu entkommen. Ich rief sofort die Polizei an, die dann auch gleich kam (...). (...) und wir erfuhren, daß Herr vom Rath gestorben war. Nun wußten wir, daß unser Unglück besiegelt war. Mutter kam dann auch und ihre große Idee war dem armen M. Herz und Frau Bescheid zu geben. Die tapfere Gute ging nachts um 2 1/2 Uhr mutterseelenallein den einsamen Weg und kommt nach etwa 1/2 Stunde zurück, und wir legten uns in unserem erschöpften Elend hin, wie ich gegen 4.00 Uhr an dem Tankplatz und darum Wagen anrollen höre, ein Satz und ich bin am Fenster und sehe zu meinem Entsetzen, wie etwa 20 Nazis an der Langen Mauer vorbei auf unser Häuschen zuschleichen, Kommandos werden erteilt, ich reiße in meiner Ohnmacht das Fenster auf und Frage, was sie wollen, worauf die Antwort, "Köpfe weg, wir schießen". Darauf fliegt ein Basalt durchs Fenster in den großen Spiegel. Nun wußten wir, wie es um uns stand.

Wie die Bestien ging es an die Garage, durch die Läger ins Haus, und dabei wurde alles mit axten, Beilen und Seitengewehren zerstört was ihnen begegnete. Keine Türe, kein Schrank, Tisch (...) ist verschont geblieben. Brennende Öfen wurden umgestürzt, der Gasherd aus der Wand gerissen, die Wasserleitung zerstört, der Geldschrank gestürzt, die Treppe zur Hälfte niedergerissen, das Telefon abgerissen, (...), ein fürchterliches Trümmerfeld, dabei tiefdunkle Nacht ohne jedes Licht. Wie die Gefahr am gröſsten war und meine Verzweiflung unbeschreiblich, sah ich durch ein Fensterloch, daß in dem Blickfeld Rheindorfer Straße kein Mensch war. Ich packte mir Bettzeug, um am Fenster herausspringen zu können, um eine Leiter zu holen und Mutter zu retten, die mich aber anflehte, das zu unterlassen, um mit ihr zu sterben. Mich überkam dann eine große Ruhe und Bereitschaft. Ich ging oben an die Treppe um mit "den Herren" zu sprechen. Sie hornten mich nicht an, sondern verlangten in ihrer sinnlosen Trunkenheit "Bier her". Dann erschien meine Mutter, befahl ihnen aufzuhören, und wie ein Wunderwort wirkte ihr Befehl, die Herren legten Hand ab, sammelten sich um die Trümmer ihrer Heldentat, gaben jeder einzelne den nationalsozialistischen Ehrengru, (...) und zogen zu ihrem nächsten Opfer M. Herz. (...)"

Wie bereits aus dem Bericht von Anne Berger zu erkennen ist, gab es in der hiesigen Gemeinde zwei Aktionswellen gegen die jüdische Bevölkerung. Die ersten Aktionen ereigneten sich in den Abendstunden des 9. November. Am frühen Morgen des 10. November kam es dann erneut zu Zerstörungen und Übergriffen, an denen jetzt auch Langenfelder SA-Leute beteiligt waren. Obgleich man Anne Berger, deren Bruder bis zur Auswanderung Vorsteher der jüdischen Gemeinde war, versichert hatte die Ritualgegenstande nicht anzurühren, ließ die SA alle Gegenstände der Synagogeneinrichtung verbrennen⁶.

In den Häusern der Gebrüder Meyer wurden die Eisenrolladen und hinteren Türen aufgebrochen und zerschlagen. Gleiches geschah im Geschäftslokal, wo u.a. auch Anzüge, Decken und Stoffe zerrissen wurden⁷.

In Richrath lebten zu diesem Zeitpunkt nur mehr Mitglieder von zwei jüdischen Familien, die Witwe Meyer mit Sohn Leo und die Eheleute Wilhelm und Lina Herz. Die Wohnung der bereits über 70jahrigen Eheleute Herz wurde völlig zerstört. Dabei vernichtete die SA Lebensmittel und Eingemachtes. Teilweise schütteten die SA-Männer die eingemachten Lebensmittel über die bereits zerschlagenen Möbel. Ein benachbarter Bürger, der den verängstigten Eheleuten helfen wollte, wurde durch massive, handgreifliche Bedrohung daran gehindert⁸. Leo Meyer, Sohn der Witwe Amalie Meyer erlebte die Schrecken der "Reichskristallnacht" zweimal. Am Abend des 9. November hatte er mit jüdischen Freunden in Düsseldorf, wo er auch arbeitete, Sport betrieben.

Anschließend gingen sie in das Café der Eheleute Marcus an der Blumenstraße. Kurz nach ihnen seien dann Angehörige der SA und SS hereingestürmt und hätten wild um sich geschossen. Dabei wurden die Eheleute Marcus verletzt. Herr Marcus wurde im Verlaufe der Nacht auf offener Straße erschossen. Leo Meyer, dem Verletzungen am Unterleib und einige Rippenbrüche durch Tritte zugefügt worden waren, gelang es jedoch aus dem Café zu entkommen. Er mußte dabei immer an seine Mutter denken, die ja in Richrath allein zu Hause war. Er ging zum Bahnhof. Dort kam er gegen 11.30 Uhr an. Er wollte den letzten Zug nach Richrath, der gegen 12.10 Uhr ging, erreichen. Am Bahnhof angekommen sah er SA-Trupps vor dem Bahnhof stehen, die alle Juden verhafteten. Auf Umwegen schleppte er sich dann nach Eller und von dort aus die Schienen entlang über Hilden nach Richrath, wo er ca. 4.00 Uhr morgens ankam. Er weckte seine Mutter, erzählte ihr von den Ereignissen und versuchte sie zum Verlassen des Hauses zu bewegen. Von seinen Verletzungen erzählte er nichts. Trotz aller Bemühungen, konnte er seine Mutter nicht überreden ihr Haus zu verlassen. Ca. eine halbe Stunde später, als sich die Meyers gerade zu Bett begeben hatten, erschienen SA-Männer vor ihrem Haus und begannen sämtliche Fenster und Türen zu zertrümmern. Ein großes Bild von seinem Vater, das sich im Wohnzimmer befand, wurde mit einem Messer zerschnitten und das Messer im Bild stecken gelassen. Weil er nicht getötet oder ins-KZ kommen wollte flüchtete er, nur mit einem Schlafanzug bekleidet, über den Hinterhof zu einer befreundeten Familie in Garath. Die Familie schenkte seinen Erklärungen zwar keinen Glauben, gab ihm aber trotzdem Kleidung und 10 RM. Daraufhin ging Meyer noch bis nach Reisholz. Da sich sein Gesundheitszustand durch die in Düsseldorf erlittenen Verletzungen erheblich verschlechtert hatte, brachte ihn die Familie aus Reisholz in das jüdische Krankenhaus von Köln-Ehrenfeld. Von seiner Mutter erfuhr er, daß die Tochter der befreundeten Familie aus Garath am 10. November zu ihr gekommen sei und alles berichtet habe. Aber auch die Polizei von Langenfeld wußte den Aufenthaltsort von Meyer und kontrollierte des öfteren, ob er noch im Krankenhaus war. Als Leo Meyer erfuhr, daß er nach seiner Entlassung verhaftet werden sollte, floh er mit Hilfe eines Freundes in die Schweiz. Dort setzte sich eine Flüchtlingsorganisation mit seinem bereits 1936 nach Südafrika ausgewanderten Bruder Willi in bezug auf die Finanzierung einer Ausreise in Verbindung. Meyer mußte dann nach Genua weiterreisen, wo er auch nur zwei Wochen bleiben durfte. Zwischendurch hatte er mit seinem Bruder Kontakt aufgenommen. Doch nur noch ein Weg war frei, Shanghai in China. Hier brauchte man kein Visum. Im März 1939 erreichte er zusammen mit 1.200 anderen Flüchtlingen aus ganz Europa China, den Endpunkt seiner Flucht. Leo Meyers Schwester Martha, die mit ihrem Mann ein Schuhgeschäft in Düsseldorf geführt hatte, das in der "Reichskristallnacht" vollkommen zerstört wurde, wanderte mit Mann und Sohn nach Afrika aus. Meyers Mutter Amalie kam dagegen in einem Konzentrationslager ums Leben.⁹

Der in Richrath bekannte Jude Max Grünewald hatte nach dem Tode seiner Frau den Ortsteil verlassen und war nach Hilden gezogen¹⁰, wo er zusammen mit seiner zweiten Ehefrau und seiner Tochter Julia lebte. Ebenso in Hilden lebten die in Berghausen geborenen Carl Herz und Gattin Minna und Sigmund Herz mit Gattin Bertha, einer geborenen Meyer aus Richrath. In der "Reichskristallnacht" wurde Carl Herz erstochen. Bertha Herz widerfuhr schwerste Mißhandlungen, denen sie im Dezember 1938 erlag.¹¹ Tote gab es in der Gemeinde Langenfeld nicht. Doch auch hier kam es, wie berichtet, zu zahlreichen Aktionen. Häuser, Geschäfte und die Synagoge wurden zerstört. Jüdische Mitbürger wurden geschlagen, getreten, beschimpft und bespuckt. Ferner verhaftete die SA die Juden Max Meyer und Albert Salomon (Sohn des Hermann Salomon) im Zuge der Vergeltungsmaßnahmen für vom Rath. Während Max Meyer bereits am 21. November wieder freigelassen wurde, überstellten die Nationalsozialisten Albert Salomon dem KZ Dachau, von wo er erst am 6. Januar 1939 zurückkehrte¹².

Angesichts der hier aufgezeichneten Ereignissen vom 9./10. November 1938 erscheinen die "Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben", nach der die Juden, die entstandenen Schäden an ihrem Eigentum selbst zu beseitigen hatten und die "Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit" als äußerst ironisch¹³. Die Flut an Verordnungen, die den Ereignissen dieser "Reichskristallnacht" folgte, drängte die jüdischen Bürger endgültig in eine Art "Ghettodasein".

Anmerkungen

- 1) STAL 2982.
- 2) RGBL., I, 1938, S. 922.
- 3) RGBL., I, 1938, S. 1342 "Verordnung über Reisepässe" von Juden vom 5. Oktober 1938.
- 4) Zur Germanenschau s. Rhein. L. vom 1. und 4. November 1938.
- 5) Eine Kopie des Briefes befindet sich in Privatbesitz.
- 6) Zur Familie Berger vgl. HSTAD (Gestapo) 61110 und 61112, STALev. 4943 und Anne Berger, Erinnerungen an Langenfeld, in: Heimatkalender. Land an der Wupper und Rhein, 1969, S. 92; zur Zerstörung der Synagoge s. auch STALev. 4948.
- 7) HSTAD (Gestapo) 33066 und STALev. 4928.
- 8) STALev. 4946 und RP vom 10. November 1978.
- 9) Die Darstellung über Leo Meyer basiert auf Briefen vom 21. und 22. August 1984 und vom 22. April 1985 sowie Gesprächen im Jahre 1985 und 1987.
- 10) Chronik Pfarrer Breuer, Bd. III, S. 248 f.
- 11) Zu den hier geschilderten Ereignissen s. W. Hain, Zur Geschichte der Juden in Hilden, in: Hildener Jahrbuch, NF 2 (1979), S. 130 - 147.
- 12) HSTAD (Gestapo) 35449 und 33066 und STALev. 4944; als weiterführende Literatur zur Reichskristallnacht im allgemeinen, sind W. Allen, Die deutsche Öffentlichkeit und die "Reichskristallnacht" in: D. Peukert/J. Reulecke (Hg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 397 - 411; H. Graml, Der. 9. November 1938. "Reichskristallnacht", 5. Aufl., Bonn 1957 sowie zu Ereignissen im Rheinland A. Faust, Die Kristallnacht im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938, Düsseldorf 1987 und A. Voigt/F. Wiesemann, Juden in Düsseldorf. Die Zerstörung der jüdischen Gemeinde während der NS-Herrschaft, Münster 1982 (H. Weidenhaupt/F. Wiesemann (Hg.), Geschichte original - am Beispiel der Stadt Düsseldorf, 1, 1983 zu empfehlen.
- 13) RGBL., I, 1938, S. 1579 und 1581.

2.4 Dokumentarteil

1) Reichswettkampf der SA 1935

Quelle: Rhein. L. vom 04.08.1935 und Foto aus Privatbesitz



2) Bereinigung des Viehhandels

Quelle: STAL 1271

Reichsnährstand



Kreisbauernschaft
Rhein-Wupper
(Landesbauernschaft Rheinland)

Opladen, 3.5.37
Büffelborfer Straße 36
Fernsprecher: Nr. 234
Bankkonto: Städt. Sparkasse Opladen
Nr. 683

Bef. Nr. III.E.
(Bei Rückantwort kein angeben.)

Bürgermeisteramt
Richrath-Reusrath
- 5. MAI 1937
In Langenfeld Rhld.

An das
Bürgermeisteramt in
Langenfeld

Betr.: Bereinigung des Viehhandels.

Der Reichs- und Preuss. Minister für Ernährung und Landwirtschaft hat am 25.1.1937 eine Verordnung über den Handel mit Vieh (RG. Bl. I. S. 28) erlassen. Auf Grund dieser Verordnung werden die Viehhandelsverbände ermächtigt, bis zum 31. Dezember 1937 durch den Widerruf von zugelassenen Viehhandelsbetrieben eine Bereinigung des gesamten Viehvertreterstandes durchzuführen.

Der Viehwirtschaftsverband Rheinland hat mich nunmehr beauftragt über diejenigen Betriebe, die nach Mitteilung der Kreisbauernschaft und des Kreisfachschaftsleiters der Viehvertreter als nicht zuverlässig bezeichnet werden müssen, da sie die erforderlichen Voraussetzungen gemäß §§ 3, 5, 6 ff. der Verordnung vom 25.1.2.37 nicht erfüllen, die Stellungnahme der dortigen Stelle einzuholen. Es handelt sich in dem für Sie zuständigen Gebiet um die in der Anlage beigefügte Liste. Ich bitte um Mitteilung, ob gegen die oben aufgeführten Betriebe seitens der örtlichen Polizeibehörde irgendwelche Einwände gemacht werden, insbesondere legt der Viehwirtschaftsverband Wert auf einen kurzen Vermerk über Vorstrafe

Heil Hitler!

Im Auftrage:

Der Bürgermeister
als Ortpolizeibehörde
III R,

LANGENFELD, den 9.6.37.

Uz. Nr. 411.

der Kreisbauernschaft, Rhein-Wupper

in SOPLAND

Die Beantwortung des obigen Schreibens konnte nicht früher erfolgen, da gewisse Ermittlungen noch angestellt werden mussten.

ist politisch unzuverlässig und wird dies seitens abgelehnt. Im Jahre 1933 ist er wegen Übertretung des Kraftfahrzeuggesetzes zu 10 RM, evtl. 2 Tage Haft bestraft.

ist nach GREVENBROICH verzogen.

ist am 25.5.34 wegen Vergehens gegen das Viehseuchengesetz zu 30 RM - 1 Tag Haft für 5 RM bestraft worden. Sonst ist Nachteiliges nicht bekannt geworden.

ist nicht bestraft, politisch Nachteiliges nicht bekannt.

Albert SALOMON ist Jude und wird wegen politischer Unzuverlässigkeit abgelehnt.

Im Auftrag

Polizeimeister

Abschrift.

Der Landrat
des Rhein-Wupper-Kreises.

Opladen, den 1. März 1937.

Akt.Z.Nr. St.B.244 - 2

En die Gebr. Max und Bernhard Meyer in Langenfeld

Betrifft : Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zum Ortshaushandel in der Gemeinde Langenfeld.

Ich vermag Ihnen bei dem Herrn Bürgermeister in Langenfeld am 29.12.1936 gestellten Antrage auf Erteilung der Erlaubnis zur Ausübung des Stadthausierhandels mit Manufakturwaren, Herren- und Damenkonfektion, Betten, Möbel und sonstigen Aussteuergegenständen nicht stattzugeben, da ein Bedürfnis hierfür für die Gemeinde Langenfeld nicht vorliegt.

Gegen diesen Bescheid steht Ihnen das Recht der Beschwerde binnen 2 Wochen nach erfolgter Zustellung bei dem Herr Regierungs-Präsidenten in Düsseldorf zu. Die Beschwerde ist in doppelter Ausfertigung bei mir einzureichen.

In Vertretung :

4) Gesetzliche Maßnahmen nach der "Reichskristallnacht"

Quelle: RGL. I, 1938, S. 1579 und S. 1581

Verordnung über eine Zühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit.

Vom 12. November 1938.

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Zühne.

Ich bestimme daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887) das Folgende:

§ 1

Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1 000 000 000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.

§ 2

Die Durchführungsbestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Generalfeldmarschall

Nr. 189 — Tag der Ausgabe: 14. November 1938

1581

Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben.

Vom 12. November 1938.

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887) verordne ich folgendes:

§ 1

Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Heße des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

§ 2

(1) Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

(2) Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt.

§ 3

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Benehmen mit den übrigen Reichsministern Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Generalfeldmarschall

5) Inschutzhaftnahme von A. Salomon im Zuge der Vergeltungsaktionen für vom Rath
Quelle: HSTAD (Gestapo) 35449

II B 4 /71⁰²/Salomon . . .

Düsseldorf, den 14. April 1938

1.) Der Jude Albert Salomon wurde am . 5.1.39 . .
aus dem Konzentrationslager Dachau entlassen und hat sich am
. 6.1.39 . . bei der Ortspol-Behörde in Langenfeld .
gemeldet. Bezgl. der Meldepflicht wurde das Notwendige veranlaßt.

2.) Listen berichtigen. erl.

3.) II F Pers.Karte anlegen bzw. ergänzen.

V e r m e r k : Langenfeld/
Wurde am 10.11.38 in im Zuge der Vergel-
tungsaktion für v. Rath gegen Juden festge-
nommen und dem K.Z. Dachau überstellt.

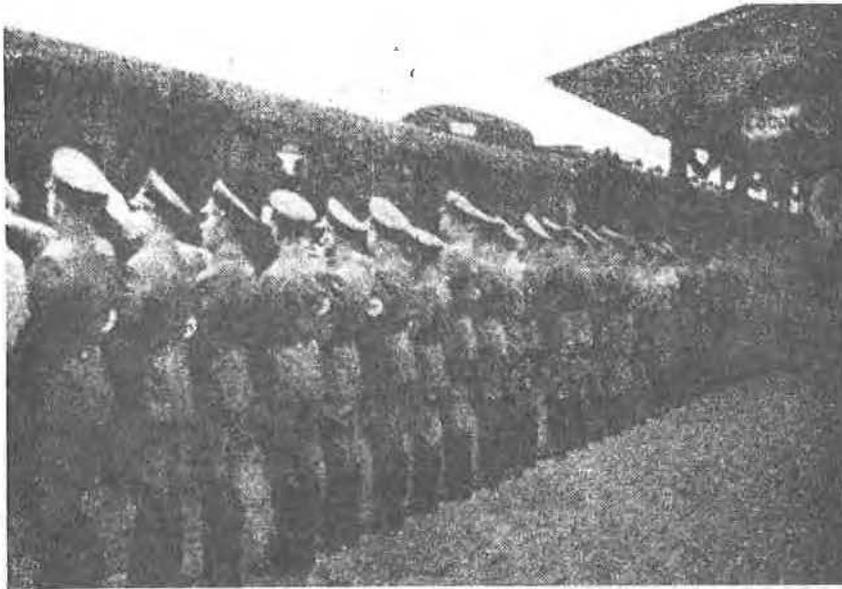
Am . 5.1.39 entlassen .

4.) Z.d.Pers.A./Albert Salomon Zusatz: Vorgang siehe Pers.-Akte Albert
/Salomon(8.6.84).



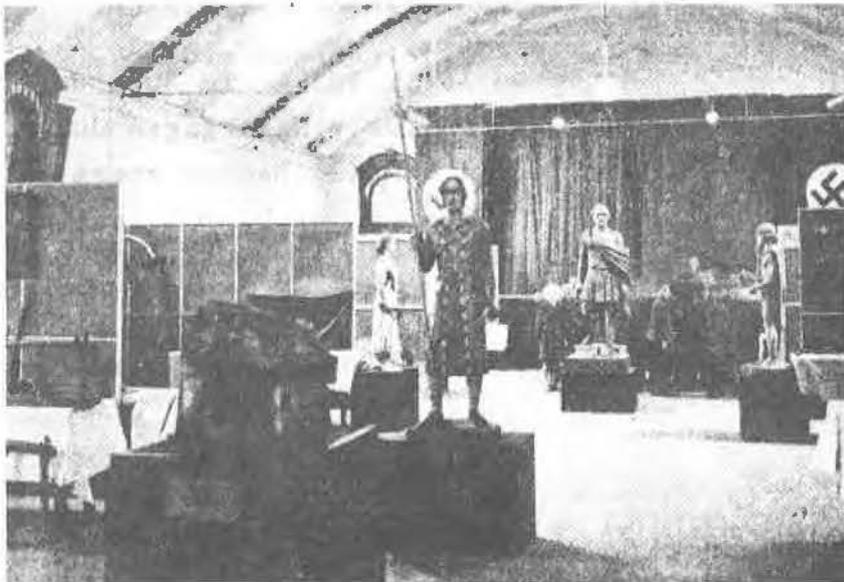
6) Spalierzug für vom Rath

Quelle: Rhein. L. vom 18. November 1938



7) Germanenschau in Langenfeld

Quelle: Rhein. L. vom 4. November 1938



IV. Das Ende der jüdischen Synagogengemeinde

1. Suche nach Auswegen

Die nationalsozialistische Machtübernahme 1933 war bei den Juden auf unterschiedliche Resonanz gestoßen. Einige begrüßten die neuen Machthaber, erhofften sie doch, wie viele andere Mitbürger, den seit langem herbeigesehnten wirtschaftlichen Aufschwung in der Gemeinde. Andere wiederum waren sich noch im Unklaren darüber, was sie von den Nationalsozialisten erwarten konnten. Ein dritter Teil hingegen sah dieser Entwicklung mit Besorgnis entgegen. Zu gut waren ihnen die antisemitischen Parolen der Wahlkämpfe 1932/33 in Erinnerung geblieben. Bereits nach den ersten anti-jüdischen Aktionen sahen zahlreiche jüdische Mitbürger die einzige Auswegsmöglichkeit im Verlassen der Gemeinde. Schon in den ersten beiden Jahren hatten einige Juden die Gemeinde verlassen, so daß sich im Oktober 1935 nur mehr 54 gegenüber 73 Juden im Juni 1933 in der hiesigen Gemeinde aufhielten. Dabei fanden die Vereinigten Staaten als Auswanderungsziel den größten Zuspruch. Vereinzelt wählte man auch Palästina, Südamerika und ab 1939 verstärkt England zur neuen "Heimat". Einige hofften zunächst in Ländern, wie Holland und Frankreich vor den Verfolgungen sicher zu sein. Schon bald sollte sich diese vermeindliche Sicherheit als ein Trugschluß herausstellen. Die Ausreisewelle stagnierte im Jahre 1936, ja es kam sogar zu einem Anstieg der jüdischen Bewohnerzahl in Langenfeld. Am 10. Oktober 1936 wurden 64 Juden bei der Volkszählung erfaßt. Dieser Zuwachs beruhte wahrscheinlich auf der steigenden Zahl jüdischer Patienten in der Rheinischen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen, von denen noch später die Rede sein wird. In den Jahren 1937 bis 1939 erfolgte dann wiederum ein deutlicher Anstieg der Auswanderungen, so daß Ende 1939 34 Juden in der Gemeinde registriert wurden. Von diesen 34 Juden waren allein 19 Patienten der Pflegeanstalt Galkhausen, die dort aus der ganzen Rheinprovinz stammend untergebracht worden waren. Dies bedeutet nun wiederum, daß im eigentlichen Sinne nur mehr 15 jüdische Mitbürger in ihrer alten Heimat verblieben waren. Auch der schon mehrmals erwähnte Arzt Dr. Hugo Zade versuchte 1937 die Ausreise für sich, seine Frau Martha und seine Tochter Ursula nach Paris zu erwirken. Sein Sohn Hans-Peter lebte zu diesem Zeitpunkt bereits in England. Da Dr. Zade mangels Patienten finanziell und wirtschaftlich am Ende war und sich der Sohn in Sicherheit befand, liegt hier die Vermutung nahe, daß Dr. Zade die Weltausstellung in Paris als eine Fluchtmöglichkeit für seine Familie ansah. So stellte er am 17. Juni 1937 bei der Ortspolizeibehörde in Langenfeld einen Antrag auf Eintragungen eines Vermerks, "demzufolge die Pässe auch für Reisen nach Frankreich während der Dauer der Weltausstellung gültig sind".

Daraufhin zog die Ortspolizeibehörde Erkundigungen im Hinblick auf die politische Führung und eine eventuelle berufliche Notwendigkeit dieser Reise ein. Am 25. Juni 1937 teilte die Kassenärztliche Vereinigung der Langenfelder Behörde mit, "daß seitens hiesiger Dienststelle keinerlei, insbesondere keine beruflichen Gründe vorliegen, die eine Reise des jüdischen Arztes Dr. Zade nach Frankreich irgendwie rechtfertigen". Eine Woche später teilte die Ortspolizeibehörde Dr. Zade den ablehnenden Bescheid bezüglich der Reise nach Paris mit. Nach dem aus wirtschaftlicher Notwendigkeit erwachsenen Verkauf seines Besitzes Ende 1937 verlieren sich die Spuren des Dr. Zade, seiner Frau Martha (einer Malerin) und seiner Tochter Ursula (ebenfalls Medizinerin). Bekannt ist nur mehr, daß alle drei in einem Konzentrationslager, wahrscheinlich Theresienstadt, umgekommen sind.¹

In welcher verzweifelter und beunruhigender Lage sich selbst Juden, die Deutschland verlassen und Frankreich als Zufluchtsort gewählt hatten, befanden, wird anhand von Ausschnitten zweier Briefe des Karl Berger (Sohn von Julius und Berta Berger), der 1935 nach Paris ausgereist war, deutlich.

"Paris 1. Dezember 1938:

(...) Die Ausweisung von Fremden zählt nach Tausenden insbesondere die, die keine Vermögen nachweisen können. Mein Aufenthalt wurde nicht mehr verlängert und ich habe gegen das Fremdengesetz vom 2. Mai 1938 verstohsen.

Wer mit ungültigen Papieren angetroffen wird, kommt unmöglich an der Gefängnisstrafe und Geldbuhse vorbei. Hier spielen sich Dramen ab, jeden Tag. Es sind zuviel Ausländer in Frankreich, man kann diese strengen Maßnahmen verstehen. Ich will so schnell als möglich heraus. Hierbei sind verschiedene Möglichkeiten.

1. Ich habe keinen gültigen Pass mehr. Die hiesige deutsche Pafsstelle gibt mir erst nach langwierigen Rückfragen in Langenfeld einen Pass. Die dortige Polizeibehörde gibt mir dann ihre Zustimmung, wenn ich steuerlich in Ordnung bin. Sonstiges liegt nichts gegen mich vor. Vermögen oder Werte habe ich in Deutschland nicht.

2. Die Möglichkeit der Einreise in andere Länder, in denen ich meine Bahnkenntnisse verwerten kann. Ich habe eine Empfehlung an den hiesigen Konsul von Panama, der mir ein Visum gibt, wenn ich 500 Dollar nachweisen kann und ich mindestens 2.ter Klasse reise. Das Comite hat hier nichts, weil nach den eingezogenen Auskünften Vermögen in der Familie gegeben ist, anders wäre ich schon fort. Ist es dir möglich für mich die Überfahrt mit Bordgeld und den Minimalbetrag wie vorangegeben dort freizubekommen? Bitte lasse sofort Erkundigungen einziehen. (...)

Paris 12. Dezember 1938:

(...) Ich hoffe meine Zeilen erreichen dich bei bester Gesundheit und dass du in der Verwirklichung deiner Pläne auszuwandern schon weitergekommen bist. Nochmals wiederhole ich, wenn es sich nur einigermaßen verwirklichen lässt, fahrt so schnell als möglich (...)

Ich bin noch nicht weiter in meiner Sache, weil mein Aktenstück auf dem hiesigen Polizeipräsidium nicht zu finden ist. Ein Bekannter von mir, der Leiter der Union Internationale Contre le Cancer (Internationale Vereinigung zur Krebsbekämpfung) hat beim Aussenminister für mich vorgesprochen, damit ich solange bleiben kann, bis ich ausreise. Nun muss mein Aktenstück herbeigeschafft werden. Hoffentlich bekomme ich bald gute Nachricht von dir. Tu mir den einzigen Gefallen und komme hierher, wir werden uns nach menschlichem Ermessen nicht mehr sonst wiedersehen. (...)"

Karl Berger sollte seine Mutter nicht mehr wiedersehen. Die Bearbeitung des Antrages von Berta Berger, ihren Sohn in Paris besuchen zu dürfen, verzögerte sich immer wieder, zumal die Beamten des öfteren Karl Berger mit seinen Brüdern Georg und Hermann, die nun in England bzw. Uruguay lebten, verwechselten.

1939 wanderte Berta Berger gemeinsam mit ihrer Tochter Anne nach England aus. Von ihrem Sohn Karl erreichte sie fortan keine Nachricht mehr.

Dieser versuchte weiterhin verzweifelt, seine Ausreise aus Frankreich zu erwirken. So wurde Berger im April 1939 bei der Deutschen Botschaft in Paris wegen der Erneuerung seines 1937 abgelaufenen Passes vorstellig. Die Botschaft bat um möglichst baldige Stellungnahme, da Berger inzwischen aus Frankreich ausgewiesen sei. Am 6. Mai 1939 erhielt die Botschaft Antwort von der Gestapo Düsseldorf. Diese teilte der Botschaft mit, daß "Berger das Reichsgebiet 1935 verlassen habe und wegen seiner Zugehörigkeit zum Judentum als Emigrant anzusehen sei. Ferner habe man gegen Berger daher ein Verfahren mit dem Ziel der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit eingeleitet und bitte die Erteilung eines Reisepasses abzulehnen. Sollte jedoch mit der Abschiebung des Berger in das Reichsgebiet mangels Vorliegens gültiger Ausweispapiere zu rechnen sein, so erkläre man sich mit der Erteilung eines auf sechs Monate befristeten Reisepasses einverstanden". Daraufhin erhielt Karl Berger am 30. Mai 1939 einen bis zum 30. November 1939 gültigen deutschen Reisepass. Doch bereits am 12. Juli 1938 wurde Berger der "deutschen Staatsangehörigkeit für verlustigt erklärt". Sein weiteres Schicksal ist von nun an unbekannt. Karl Berger gilt seitdem als verschollen.²

Neben dem Schicksal der Familie des Arztes Dr. Zade und des Karl Berger verlieren sich auch die Spuren anderer Langenfelder Juden. Oftmals wechselten sie ihre Wohnung innerhalb des Deutschen Reiches, und versuchten so den Verfolgungen zu entgehen. Da sie sich zumeist in den neuen Orten nicht anmeldeten, ist ihr weiterer Weg nur schwer zu verfolgen. Einige tauchten zwischenzeitlich in Hilden, Düsseldorf, Wuppertal oder Köln auf, um dann wiederum unterzutauchen. Es gab nicht nur Juden, die die Gemeinde verließen, sondern auch solche, die in Langenfeld Zuflucht suchten, bei Bürgern, die trotz aller Gefahren bereit waren, diesen Menschen Unterschlupf zu gewähren.

So hielt sich 1941 die Kölner Jüdin Caroline Sara S. über vier Wochen bei einer Familie in Immigrath versteckt. Durch eine Mitteilung wurde die Langenfelder Polizei auf diese Sache aufmerksam. Ein Kriminalbeamter suchte die Familie auf und fand die Jüdin. Unter Hinweis auf die Folgen für die "arische" Familie legte er Caroline Sara S. nahe, möglichst bald nach Köln zurückzukehren. Diese verließ Immigrath noch am gleichen Tage und kehrte in ihre Kölner Wohnung zurück³.

Einigen Juden, vor allem jungen Mitbürgern, gelang es den Verfolgungen zu entkommen. Sie bauten sich in Palästina, England, Südamerika, Afrika und in erster Linie in den Vereinigten Staaten eine neue Existenz auf. Andere, zumeist ältere Menschen und auch Kinder, wie die 1931 geborene Helga Meyer, blieben in der Gemeinde. Ihnen widerfuhr ein Leben in einer Art Ghetto, an dessen Ende die Deportation und in den meisten Fällen der Tod standen. Hinter einigen Namen verbirgt sich auch heute noch ein ungeklärtes Schicksal.

2. Leben im Ghetto, Deportation, Flucht und Tod

Das Leben nach den Ereignissen der "Reichskristallnacht" verschlimmerte sich für die Juden von Tag zu Tag. Selbst die Kinder bekamen nun die Auswirkungen der antijüdischen Maßnahmen deutlich zu spüren.

"15. November 1938:

Nach der ruchlosen Mordtat von Paris kann es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden, an jüdische Kinder Unterricht zu erteilen. Auch versteht es sich von selbst, daß es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen. Die Rassentrennung im Schulwesen ist zwar in den letzten Jahren im allgemeinen bereits durchgeführt, doch ist ein Restbestand jüdischer Schüler auf den deutschen Schulen übrig geblieben, dem der gemeinsame Schulbesuch mit deutschen Jungen und Mädchen nunmehr nicht weiter gestattet werden kann. Vorbehaltlich weiterer gesetzlicher Regelungen ordne ich daher mit sofortiger Wirkung an:

1. Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet. Sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen. Soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sind alle zur Zeit eine deutsche Schule besuchenden jüdischen Schüler und Schülerinnen sofort zu entlassen. ..."⁴

Da es in Langenfeld keine jüdische Schule gab, besuchten die jüdischen Kinder, wie bereits ihre Eltern, die konfessionellen Volksschulen der Gemeinde. Der Ausschluß der jüdischen Schulkinder vom Unterricht erfolgte erst nach der hier zitierten Anordnung. So wurde u.a. der 1932 geborene und Ostern 1938 eingeschulte Walter Helmut Berg am 25. November 1938 aus der Kath. Volksschule Langenfeld-Immigrath entlassen. Von dieser Maßnahme waren auch die 1925 bzw. 1931 geborenen Schwestern Erika und Helga Meyer betroffen⁵.

Durch die Polizeiverordnung "über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit" vom 28. November 1938 widerfuhr den jüdischen Mitbürgern eine weitere Einschränkung ihres Lebensraumes. Die Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben und die Judenvermögensabgabe aufgrund der "Sühneleistungen" für die in der "Reichskristallnacht" entstandenen Schäden führten zu zahlreichen Grundstücksverkäufen. So erwarb die Gemeinde Langenfeld u.a. im Februar 1939 von Max Israel Meyer das Grundstück Adolf-Hitler-Straße 42/44, von Albert Israel Salomon und Rebekka Meyer geb. Salomon die Grundstücke Solinger Straße 6, 8, 10 und 14 sowie von der jüdischen Synagogengemeinde Solingen das Grundstück Adolf-Hitler-Straße 101 und im Februar 1941 das Grundstück Kölner Straße 50 der Witwe Berta Sara Berger, geb. Simon⁶.

Wie hier an den Namen der jüdischen Bürger gut erkennbar ist, mußten diejenigen, die keine typischen jüdischen Vornamen hatten, seit dem 1. Januar 1939 den zweiten Namen Israel bzw. Sara hinzufügen.

Gemäß der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (RGBl., I, S. 722 ff) verfiel dann das Vermögen der Juden an das Deutsche Reich. Die in der Gemeinde verbliebenen Juden unterlagen Arbeitseinsätzen und einer immer stärker werdenden Isolierung, die 1941 ihren Abschluß fand, als man die letzten jüdischen Bürger bis auf einen, der noch auf der Grenzstraße lebte, alle in dem sog. "Judenhaus" Ganspohlerstraße 3 unterbrachte.⁷ Im Jahre 1941 erfolgten in Langenfeld auch mehrere Deportationen. Am 12. Februar 1941 wurden sämtliche in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt untergebrachten Juden (wahrscheinlich 6 Männer und 12 Frauen) nach Düsseldorf-Grafenberg transportiert. Dort wurden alle jüdischen Kranken der nördlichen Rheinprovinz gesammelt. Bis zu ihrem Abtransport in zwei Bussen am 15. Februar hielt man die insgesamt 78 Patienten von den übrigen Anstaltsinsassen getrennt. Obwohl keine endgültige Sicherheit über den Zielort besteht, ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß man diese Juden nach Hadamar transportiert und dort ermordet hat. In der sog. Zwischenanstalt Galkhausen nahm man fortan keine neuen Juden mehr auf.⁸

Nachdem bereits der Kinobesucher 1940 durch den Spielfilm "Jud Süß" über das charakteristische Verhalten und Leben der Juden aufgeklärt werden sollte, kam 1941 der als Dokumentarfilm ausgegebene Film "Der ewige Jude" in die Kinos. Dieser sollte dem Betrachter "Gelegenheit geben, das Judentum an seiner Niststätte (original Filmkommentar)" kennenzulernen. Unter der Regie von Fritz Hippler wurde diese "Dokumentation" in polnischen Ghettos gedreht, um "die Juden, wie sie in Wirklichkeit aussehen, bevor sie sich hinter der Maske des zivilisierten Europäers verstecken", zeigen zu können. Die Charakterisierung des Judentums von Hitler in "Mein Kampf" fand hier seine filmische Umsetzung. Nach der Uraufführung am 28. November 1940 in Berlin, lief "Der ewige Jude" im Februar 1941 im Lichtspieltheater Langenfeld-Immigrath. Im Vorprogramm waren die Deutsche Wochenschau und "Ostraum - deutscher Raum. Ein Film deutscher Kolonisation und deutschen Kulturschaffens im Osten" zu sehen.

**"Eine verblüffende Parallele zu dieser jüdischen Wanderung durch die ganze Welt bieten uns die Massenwanderungen eines ebenso ruhelosen Tieres - der Ratten. Die Ratten begleiten als Schmarotzer den Menschen von den Anfängen an. Ihre Heimat ist Asien. Von dort aus wandern sie in riesigen Scharen über Rußland und die Balkanländer nach Europa. (...)
Wo Ratten auch auftreten, tragen sie Vernichtung ins Land, zerstören sie menschliche Güter und Nahrung. Auf diese Weise verbreiten sie Krankheiten, Pest, Lepra, Typhus, Cholera usw. Sie sind hinterlistig, feige und grausam und treten meist in großen Scharen auf. Sie stellen von den Tieren das Element der heimtückischen und unterirdischen Zerstörung dar - nicht anders, als die Juden unter den Menschen." (Original Filmkommentar)**

Um den Betrachter von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Rasseideologie zu überzeugen, wird hier das Judentum versinnbildlicht in den Karikaturen der Ratte, des Parasiten, des Verbrechers und Schacherers, der sein "Wirtsvolk" laufend hintergeht, betrügt und aussaugt. Das Filmende offeriert die Lösung von dieser "Plage", in dem Hippler "den Ausschnitt einer Wochenschau wiederholt, in dem Hitler vor dem Reichstag vom 30. Januar 1939 die Vernichtung der jüdischen Rasse angekündigt hatte".⁹

Laut Volkszählung vom 10. Oktober 1941 lebten noch 13 jüdische Mitbürger in der Gemeinde Langenfeld. Seit dem 15. September durften sie ohne Judenstern nicht mehr in der Öffentlichkeit auftreten. Der Judenstern, der auf der linken Brustseite zu tragen war, bestand "aus einem handtellergroßen, schwarzausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift Jude". Im Dezember 1941 fand in Langenfeld erneut eine Deportation statt. Nach den jüdischen Patienten von Galkhausen traf diese einige im Judenhaus lebende Langenfelder Juden. So wurden Edith Meyer, die beiden Albert Salomon, Bernhard Meyer und seine Tochter Helga (gerade 10 Jahre alt) nach Riga und Bernhard Meyers Frau Emma nach Stutthof deportiert. Dabei transportierte man sie zunächst per Viehtransporter von Langenfeld nach Düsseldorf, wo man ihnen alles, was sie mitgenommen hatten, wegnahm. Von Düsseldorf aus gingen die Sammeltransporte dann per Zug in Richtung der Deportationsziele.

Edith Meyer unternimmt im April 1942 mit ihrem "arischen" Bräutigam einen Fluchtversuch aus Riga, der sie u.a. zu einer Verwandten in Ohligs führte, wo sie sich 8 Tage lang aufhielt. Nachdem Edith Meyer bereits weitergereist war, wurde die Bekannte auf Mitteilung einer dritten Person hin von der Polizei verhört und angeklagt, einer flüchtigen Jüdin Unterschlupf gewährt zu haben. Bei diesem Verhör im Mai 1942 bestritten die Bekannte und ihr "arischer" Ehemann, aus Furcht vor den möglichen Folgen, Edith Meyer bei sich beherbergt zu haben. Beide werden schließlich in Schutzhaft genommen, aus der man den Ehemann nach wenigen Tagen wieder entließ, da seine Firma bei der Gestapo angegeben hatte, daß ohne diesen Mann die Produktion innerhalb der Firma nicht fortgeführt werden könnte. Den Verlauf der Flucht schilderte Edith Meyer, die mit ihrem Bräutigam beim Versuch bei Feldkirch die Grenze zur Schweiz zu überschreiten gefaßt worden war (im Juni), im August bei einem Verhör der Gestapo des Grenzpolizeikommissariats Bregenz:

"Am 8. Dezember 1941 wurde ich nach Riga evakuiert. Hier war ich dann in einem Ghetto untergebracht. Im April 1942 hat mich dann mein Bräutigam aus dem Ghetto geholt. Wir fuhren von Riga bis nach Königsberg mit einem LKW. der OT.

Von Königsberg sind wir dann mit dem Zug bis nach Berlin gefahren. Wir fahren dann von Berlin aus direkt nach Ohligs-Solingen. Hier habe ich meine Verwandte namens (...) aufgesucht und bei ihr zirka acht Tage gewohnt. Ihr Ehemann ist Arier. Bei meiner Ankunft wollte sie mir zuerst keine Unterkunft gewähren, da ihr die Angelegenheit zu schlimm erschien und eine Bestrafung befürchtete. Auch ihr Ehemann (...) hatte Bedenken, als ich ihn bat, einige Tage hier zu bleiben bis ich wüsste wo ich hingehen könnte.

Weiter hatte auch er keinen Einwand erhoben, da sie mich nicht so ohne weiteres auf die Straße setzen konnten. Angemeldet wurde ich nicht. Ich hatte von meinem Bräutigam Lebensmittelkarten erhalten, welche für diese Zeit ausreichten. Ich habe mich diese 8 Tage ganz verborgen gehalten, da Ohligs so nahe an meinem Heimatort Langenfeld liegt und ich sicher erkannt worden wäre. Während dieser Zeit hat mich mein Bräutigam zirka 2-3 mal besucht. Er hat nicht bei mir gewohnt, sondern war in dieser Zeit bei seinen Eltern in Köln. Nach meinem 8-tägigen Aufenthalt bei der Familie (...), bin ich dann wieder nach Berlin gefahren, da mein Bräutigam bereits in Berlin war. Von hier aus sind wir dann nach Königswinter/Köln gefahren und haben auch hier zirka 3 Tage bei einer Familie (...) gewohnt. Wir fahren dann nach Bludenz/Vorarlberg, von wo wir uns dann in die Schweiz begeben wollten."

Aufgrund der nun erwiesenen Tatsache, daß sie Edith Meyer Unterschlupf gewährt und demzufolge die weitere Flucht begünstigt hatten, wurden die Verwandte und ihr Mann erneut in Schutzhaft genommen und die Frau gar in ein Konzentrationslager gebracht. Nachdem der Ehemann eine dreimonatige Haftstrafe verbüßt hatte, bemühte er sich um die Freilassung seiner inzwischen hochschwangeren Frau, die man am 10. Dezember 1942 ins KZ Auschwitz überwiesen hatte. Doch alle Bemühungen scheiterten. Am 3. Januar 1943 stirbt Edith Meyers Verwandte in Auschwitz. Ihre Leiche wurde auf Staatskosten eingeäschert und die Urne von Amtswegen im Urnenhain des dortigen Krematoriums beigesetzt. Edith Meyer brachte man nach Riga zurück und ihr Bräutigam erhielt ein Verfahren wegen Rasseschande. Am Ende dieses verzweifelten Versuchs der Flucht sind drei Tote zu beklagen: Edith Meyer, die nicht mehr aus Riga zurückkehrte, ihre Verwandte aus Ohligs und deren ungeborenes Kind.¹⁰

Unterdessen war in Langenfeld auch der Abtransport der letzten jüdischen Bürger erfolgt. Wahrscheinlich am 23./24. Juli 1942 deportierte man die Eheleute Max und Rebekka Meyer, Wilhelm und Minna Herz, sowie Amalie Meyer, Wilhelmine Berg und Sophie Salomon nach Theresienstadt. Auch ihnen nahm man bereits in Düsseldorf sämtliche mitgeführte Habe ab. Der Sammeltransport erreichte laut Suchdienst Arolsen Theresienstadt am 26. Juli 1942. Nur Max Meyer kehrte von dort nach dem Kriege nach Langenfeld zurück.¹¹

Max Meyer hatte vor seiner Deportation noch vom 18. März 1942 an 21 Tage in Schutzhaft gesessen, da er freundschaftliche Beziehungen zu einem "arischen" Mitbürger unterhalten hatte. Seine Besuche waren von Nachbarn gesehen und angezeigt worden. Dem "Arier", den die Gestapo als "fanatischen Katholiken" und durch "sein Verhalten Juden gegenüber als Feind des Nationalsozialismus" charakterisierte, wurde eröffnet, daß er "im Falle des weiteren Verkehrs mit Juden mit schärfsten staatspolizeilichen Maßnahmen rechnen müsse"¹².

Mit der Deportation der letzten jüdischen Bürger von Juli 1942, hatte die Synagogengemeinde Langenfeld aufgehört zu existieren. Heute legen nur mehr der israelitische Friedhof und eine Gedenktafel (1978 angebracht) am Freiherr-vom-Stein-Haus Zeugnis ab von der Existenz der ehemals größten jüdischen Synagogengemeinde des damaligen Rhein-Wupper-Kreises.

Anmerkungen

- 1) Die Angaben zu Dr. Zade basieren auf STAL 1251, HSTAD (Rep. 200) 471 und Erwin Lichtenstein, Bericht an meine Familie. Ein Leben zwischen Danzig und Israel, Darmstadt 1985, sowie Zeitzeugenberichten.
- 2) S. d. HSTAD (Gestapo) 61123.
- 3) STAL 564.
- 4) Zitiert nach H. Schnorbach (Hg.), Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930 - 1945, Königstein/Ts. 1983, S. 143.
- 5) STALev. 4925.
- 6) STAL 548.
- 7) STALev. 4949 und zum Arbeitseinsatz STAL 564.
- 8) Zu den jüdischen Patienten von Galkhausen s. STAL 564 und Ch. Hoss, Die jüdischen Patienten in rheinischen Anstalten zur Zeit des Nationalsozialismus, in: M. Leipert/R. Styrnal/W. Schwarzer, Verlegt nach unbekannt. Sterilisation und Euthanasie in Galkhausen 1933 - 1945, hrsg. von der Archivberatungsstelle Rheinland, Köln 1987, S. 60 - 76.
- 9) S. d. Rhein. L. vom 21. Februar 1941 und Dorothea Hollstein, Jud Süß und die Deutschen: Antisemitische Vorurteile im nationalsozialistischen Spielfilm; Frankf. a. M. (Ullstein) 1983, S. 108 - 117.
- 10) HSTAD (Gestapo) 52490 zur Flucht von Edith Meyer und den Folgen für die Verwandte, zur Deportation vom Dezember 1941 s. auch HSTAD (Rep. 200) 991.
- 11) STALev. 4917, 4919, 4928, 4944, 4946 und 4949, HSTAD (Rep. 200) 777 und 1147; einen Überblick über die gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien der Judenpolitik, die hier in den letzten Kapiteln nur teilweise erfaßt werden konnten, vermittelt J. Walk, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien - Inhalt und Bedeutung, Heidelberg/Karlsruhe 1981; zur Thematik der Endlösung s. R. Hillberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982 und H. Buchheim u.a., Anatomie des SS-Staates, 2 Bde., 3. Aufl., München 1982.
- 12) STAL 564 und HSTAD (Gestapo) 33066.

3. Dokumentarteil

1) Verweigerung der Reiseerlaubnis im Falle des Arztes Dr. Zade

Quelle: STAL 1251

Dr. A. Zade, Dr. med. in Staatshygienisches Institut

St. 1251
10. 5. 37
Zade

[Das gewisse Arzt Dr. Hugo Zade in Jena
ist bekannt für die sein Sohn und Tochter
Kopula die Genehmigung zur Reise nach Frank-
reich während des Kriegs der Reichs-Verhalten-
Sollung 1937.

Mit der Begründung auf die Verfügung
des Herrn Reichs- und Reichs-Verhalten-Verhalten
vom 24. 5. 37 Pol. I. 26 949/37-469-13
bittet ich um gefl. Mitteilung ob in politischer
Sicht irgendwelche Hindernisse bestehen würden.

Als bestmögliche Vorleistung im Sinne
des 55. Art. 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz
vom 14. 11. 1935 abgesehen die geschilderte
Sache zum Besten der Reichs-Verhalten-
Sollung liegen dürfte.

**Kassenärztliche Vereinigung
Deutschlands
(R D D)**

Bezirksstelle: Solingen
Geschäftsstelle: Kofinostraße 2

Telefonnummer: 24310

Solingen, den 27. Juni 1937.

An den

Bürgermeister der Gemeinde
Langenfeld Rhld.
Ortspolizeibehörde

Ihre Zeichen:

Unfer Zeichen: VI.

Bürgermeisteramt Langenfeld Rhld.
Richter-Beisrath
28. JUN 1937
In Langenfeld Rhld.

Auf Ihren Antrag, betr. Reiseerlaubnis des jüdischen
Arztes Dr. med. Z a d e = Immigrath teile ich Ihnen
mit, daß seitens hiesiger Dienststelle keinerlei, ins-
besondere keine beruflichen Gründe vorliegen, die eine
Reise des jüdischen Arztes Dr. Zade nach Frankreich
irgendwie rechtfertigen.

Ich bin über einen derartigen Antrag des jüdischen Arztes
wahr als erstaunt, zumal er bei hiesiger Dienststelle
immer seine besonders dürftigen wirtschaftliche Lage
schildert.

Der Antrag des jüdischen Arztes Dr. med. Zade wird von
hiesiger Dienststelle aus unbedingt abgelehnt.

Heil Hitler!
Der Amtsleiter
Dr.



2) Vermögensverfall bei Juden

Quelle: STALEv. 4790 und HSTAD (Gestapo) 61110

Finanzamt Opladen

Steuer Nr. 14 III 290

Postfachkonto Rön Nr. 110682
Reichsbankkassenkonto

Sprechstunden täglich von 9-12 Uhr
außer Dienstag und Sonntag
Fernsprecher Nr. 1475 und 1476

Kreisverwaltung Rhein-Wupper
Eing. 29. MAI 1942.
AZ An den 29. Sp.

Opladen, 28 Mai 1942

h. n. - 16/42
not. f. i. z. 1108/42

Herrn Landrat
- Preisbildungsbehörde -
O p l a d e n
=.

Betrifft: Grundstück Langenfeld - Jamigrath, Ganspohlerstr. 13
- Eigentümer: Deutsches Reich -

Das Grundstück, früher den Juden Albert Salomon gehörend, ist dem Reich zugefallen. Es ist beabsichtigt, es wieder zu veräußern. Der Oberfinanzpräsident in Düsseldorf hat das Finanzamt ersucht, in allen Fällen, bei denen ihm der Verkauf eines Grundstücks vorgeschlagen wird, zunächst den Wert des Grund und Bodens festzustellen, und zwar in Verbindung mit der Preisbildungsbehörde.

3) Verordnung über das Tragen des Judensterns

Quelle: RGL., I, 1941, S. 547

Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden.

Vom 1. September 1941.

I 41 / 547
PV I. 9. 41

42/2

Auf Grund der Verordnung über die Polizeiverordnungen der Reichsminister vom 11. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1582) und der Verordnung über das Rechtseckungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1033) wird im Einvernehmen mit dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren verordnet:

§ 1

(1) Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 - Reichsgesetzbl. I S. 1333), die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.

(2) Der Judenstern besteht aus einem handteller-großen, schwarz angezogenen Sechseck aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift „Jude“. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen.

§ 2

Tunten ist es verboten,

- a) den Bereich ihrer Wohngemeinde zu verlassen, ohne eine schriftliche Erlaubnis der Ortspolizei-behörde bei sich zu führen;
- b) Orden, Ehrenzeichen und sonstige Abzeichen zu tragen.

§ 3

Die §§ 1 und 2 finden keine Anwendung

- a) auf den in einer Mischehe lebenden jüdischen Ehegatten, sofern Abkömmlinge aus der Ehe vorhanden sind und diese nicht als Juden gelten, und zwar auch dann, wenn die Ehe nicht mehr besteht oder der einzige Sohn im gegenwärtigen Verleze gefallen ist;
- b) auf die jüdische Ehefrau bei kinderloser Misch-ehe während der Dauer der Ehe.

§ 4

(1) Wer dem Verbot der §§ 1 und 2 vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

(2) Weitergehende polizeiliche Sicherungsmaß-nahmen sowie Strafvorschriften, nach denen eine höhere Strafe verwirkt ist, bleiben unberührt.

§ 5

Die Polizeiverordnung gilt auch im Protektorat Böhmen und Mähren mit der Maßgabe, daß der Reichsprotector in Böhmen und Mähren die Vor-schrift des § 2 Buchst. a den örtlichen Verhältnissen im Protektorat Böhmen und Mähren anpassen kann.

§ 6

Die Polizeiverordnung tritt 14 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. September 1941.

Der Reichsminister des Innern

Im Auftrag
Heidrich

4) Kennkarte der Jüdin Edith Meyer

Quelle: STAL 2488

Antrag auf Ausstellung einer Kennkarte

1. Familienname: Meyer Edith
 bei Ehefrauen - geb. verw. geldl.
 bei Namensänderung - früherer Name: _____
 Geburtsort: Sachsen

2. Vornamen: Edith
(Namen unterzeichnen)

3. Geboren am: 24. April 1927
(Monatname aufschreiben)

4. Geburtsort: Lungenfeld S. im Saigau Kreis
(nötigenfalls Reich, Regierungsbezirk und, wenn Ausland, Staat)

5. Wohnort: Sachsen Siegen teil wohn?
(Reich)

6. Wohnung: Lungenfeld Dorf - Weilerhof 133
(Straße, Hausnummer)

7. Familienstand: ledig - verheiratet - verwitwet - geschieden*

8. Bei bestehender Ehe - Eheschließung mit: _____
 am _____ in _____

9. Jude*: ja - nein*

10. Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich
 Reisepaß? ausgestellt am _____ von _____ (Behörde)
 Heimatschein? ausgestellt am _____ von _____ (Behörde)
 Staatsangehörigkeitsausweis? ausgestellt am _____ von _____ (Behörde)

11. Beruf: _____

Ich versichere, daß ich die vorkommenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.
 Als Beweismittel
 füge ich bei: Geburtsurkunde - Taufschein - Heimatschein - Staatsangehörigkeitsausweis - Matriculenschein eines deutschen Konsulats - Optionsurkunde*
 habe ich vorgelegt: Reisepaß - Weisepaß - Anstellungsurkunde (bei Beamten)*
 Lichtbilder (sind angegeschlossen).

Lungenfeld, den 4. 11. 1939
Edith Sara Meyer
(Unterschrift - Vor- und Familienname)

*Anzahl der vorzulegenden Lichtbilder

* Widrigkeitstrafen werden:
 § 1 für ein einjähriges, für einjähriges, Theater-, Raucher- und Wirtinnenname sowie bei falschen Angaben über Lebensverhältnisse
 § 2 bei falscher Angabe zum Geburtsort vom 14. November 1933 - B.G.B. I S. 1333 -
 § 3 bei falscher Angabe zum Geburtsort und falscher Angabe zum Geburtsort
 § 4 bei falscher Angabe zum Geburtsort und falscher Angabe zum Geburtsort

Dienst-
ort

Von der Ortspolizeibehörde auszufüllen!

Personenbeschreibung

Wuchs: stark - unterseht - schlank - schwächlich*
 Gesichtsforn: rund - knollförmig - edig - brei - schmal*
 Farbe der Augen: blau - grau - graugrün - gelb - hellbraun - dunkelbraun -
schwarzbraun*
 Farbe des Haars: hellblond - mittelblond - bräunlich - braun - schwarz -
 rot - weiß - graugrünlich - grau*

Unveränderliche Kennzeichen:

Dienst-
ort

Veränderliche Kennzeichen:

Der Kennartenbewerber ist die durch das Lichtbild dargestellte Person.
 Die Unterschrift auf Seite 1 ist von dem Kennartenbewerber - von dem gesetzlichen Vertreter des
 Kennartenbewerbers -* eigenhändig vollzogen.
 Folgende Zweifel bestehen an der Person - hinsichtlich der deutschen Staatsangehörigkeit - des Kenn-
 artenbewerbers (D.V. Nr. III zu § 3)*:

Der Antragsteller hat die zu Nr. 10 des Antragssystems zu stellenden Fragen (vergl. D.V. Nr. II Wb. 3
 zu § 3) beantwortet - wie folgt befoht*:



Der Bürgermeister
 als Ortspolizeibehörde
Langenfeld (Rhld.) den 17. 1919
 (Unterschrift des Beamten)

DIESER BEZUGSHEFT  	Von der Palsbehörde auszufüllen! Der Kennartenbewerber hat die erforderlichen Unter- schriften und die erforderlichen Fingerabdrücke gegeben (D.V. Nr. 10 zu § 5). Das Doppel der Kennkarte - Kennort: Langenfeld (Rhld.) - Kennnummer: 8 00005	Umfangbestätigung. Mir sind heute eine Kenn- karte und die bei der An- tragstellung überreichten Urkunden aus- gehändigt worden. den 17. 1919
	an der Rechtspolizeibehörde in welchem Polizeipräsidium in Besitz* übergeben worden. Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde Adolf H. ... Langenfeld (Rhld.) den 17. 1919	Edith Sana Meyer (Unterschrift)

* Nichtentziffertes Drucken.
 * Falls der verfügbare Raum nicht ausreicht, sind die Angaben auf einem besonderen Blatt zu machen.
 * Bei noch nicht volljährigem Namen ist dieser abgekürzt zu drucken.
 * Zur Ergänzung des unter 10. in A. von dem gesetzlichen Vertreter des Kennartenbewerbers zu drucken, D.V. Nr. III zu § 3.

5) Verhaftung und Tod der Bekannten von Edith Meyer

Quelle: HSTAD (Gestapo) 52490

Geheime Staatspolizei

Geheimes Staatspolizeiamt

Berlin SW 11, den 6.11.1942
Dönhofsplatz-Str. 8

B. Nr. IV C 2 Hart Nr. K 20396

Schutzhaftbefehl

Nachname und Vorname:

Geburtsdag und -Ort: 12.9.1906 Solingen/Ohliga

Beruf: ohno

Familienstand: verh.

Staatsangehörigkeit: deutsch

Religion:

Raffe (bei Nichtariern anzugeben): Jüdin

Wohnort und Wohnung: Solingen/Ohliga Holderlingstr. 6

wird in Schutzhaft genommen.

Gründe:

Er - Sie - gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein - ihr - Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem sie dadurch, dass sie einer aus dem Ghetto in Riga geflüchteten Jüdin in ihrer Wohnung Unterschlupf gewährt, behördliche Massnahmen sabotierte und erwarten lässt, sie werde die Freiheit weiterhin zur Schädigung der Belange des deutschen Volkes und Reiches missbrauchen.

602.



Kriminalamt

Konzentrationslager Auschwitz
Kommandantur

Auschwitz, den 21. Dezember 1942.
26650

An die
Geheime Staatspolizei
- Staatspolizei (leit) stelle -
Düsseldorf / Wuppertal.

Blatt...
- 3. 12. 1942
...

804

Betr: Schutz.

Geb. 12.9.06 zu Ohligs

Bezug: dort. Schreiben Az.: B.-Nr. II D. vom: 30.11.1942
Der Obengenannte, der von dortiger Stelle in das hiesige Lager
eingewiesen wurde, ist am 10.12.1942 hier übernommen worden.
Das anhergesandte Formblatt G. ST. Nr. 103 wurde heute mit aus-
gefüllter Karteikarte an das Reichssicherheitshauptamt, Referat
IV C 2, Berlin übersandt.

Die übrigen Abschriften wurden zu den hiesigen Akten genommen.

U B. Verb. Nr. ...
1.) U F 1. Karte verb. ? <input checked="" type="checkbox"/>
2.) U F 2. D. A. verb. ? <input checked="" type="checkbox"/>
3.) U B zurück.

PA
S. 22

Der Lagerkommandant

Unterschriftsführer u. Krim.-Sekr.

45

Geheime Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen Tag: Monat Jahr Zeit - 8 Jan 1943 17 ⁰⁰ von durch		Raum für Eingangstempel	Befördert Tag Monat Jahr Zeit an durch	
No. 196			Verzögerungszweck	
		Telegramm - Funkspruch - Fernschreiben - Fernspruch		

SIA 12469

Beitrag

++ KL. AUSCHWITZ NR. 397 8.1.43 1708 KA=

AN DIE STAPO DUESSELDORF. ---

DER VON DER DORTIGEN DIENSTSTELLE SEIT DEM 10.12.42 HIER

EINSITZENDE STAATL. SCHUTZH. GEB.

12.9.06 IN OHLIGS, IST AM 3.1.43 UM 0750 UHR AN ANGINAA

PHLEGMONOSA, IM H.- KRANKENBAU IM KL. AUSCHWITZ VERSTORBEN. ---

- BEFEHLSGEMAESS WIRD ERSUCHT, DEN ANGEOERIGEN HIERVON

MITTEILUNG ZU MACHEN SOWIE IHNEN BEKANNT ZU GEBEN, DASS DIE

LEICHE AUF STAATSKOSTEN EINGEAESCHERT UND DIE URNE VON

AMTSWEGEN IM URNENHAIN DES HIESIGEN KREMATORIUMS BEIGESETZT

WIRD. --- NACH ANGABEN DES OBG. SIND DIE NAECHSTEN

ANGEOERIGEN EHEMANN: OHLIGS, KR. DUESSELDORF. ---

--- GEZ. HOESS SS- OSTUBAF. U. KOMMANDANT. ++

Strel- u. Jugendgefängnis Bochum

6) Liste der zwischen 1933 - 1942 verstorbenen jüdischen Mitbürger

Name	Geburtsname	Todestag	
Salomon	Hermann	12.01.1933	
Herz	Clara	Grünewald	28.01.1933
Salomon	Henriette	Levy	12.04.1933
Wolf	Helene		21.07.1933
Salomon	Adele		21.08.1933
Meyer	Caroline	Wolf	18.06.1934
Salomon	Julia		08.02.1936
Salomon	Isaak		26.08.1937
Herz	Lina	Grünewald	17.08.1939

Liste verstorbener jüdischer Patienten von Galkhausen 1933 - 1941

Name	Todestag	
M (...)	Maria	10.07.1933
F (...)	Samuel	05.12.1933
B (...)	Adele	15.12.1933
A (...)	Hugo	08.08.1934
L (...)	Otto	22.10.1935
M (...)	Laura	22.11.1935
B (...), Witwe	Joachim	05.12.1935
M (...)	Friedrich	23.07.1936
W (...)	Hedwig	28.07.1937
M (...)	Alfred	13.08.1938
M (...)	Olga	13.02.1939
P (...)	Ruchla Sara	05.09.1939
G (...)	Berta Sara	25.09.1940
H (...)	Otto	15.01.1941

Quelle: STAL 97, 285, 289, 341, 347, 393, 410, 411, 432, 433, 447, 448, 449, 537, 1128, 1130, 1132, 1133 und 1134.

7) Liste der in Konzentrationslagern ermordeten jüdischen Mitbürger

Name	Vorname	Geburtsname	Todesdatum	Deportationsort
Aussen	Rosa	Meyer	als tot erklärt	Sobibor
Aussen	Wilhelmine	Meyer	als tot erklärt	Auschwitz
Berg	Lina	Salomon	+ 20.01.1943	Theresienstadt
Berger	Karl		verschollen	
Grünwald	Max		als tot erklärt	Litzmannstadt
Grünwald	Margarete	Knopfmacher	als tot erklärt	Litzmannstadt
Herz	Isidor		verschollen	Minsk
Herz	Lina	Winter	verschollen	Minsk
Herz	Sigmund		+ 13.06.1943	Theresienstadt
Herz	Wilhelm		verschollen	Minsk
Isersky	Artur		verschollen	Auschwitz
Levy	Paul		verschollen	Theresienstadt
Levy	Isidor		verschollen	
Markus	Helene	Meyer	+ 18.02.1944	Theresienstadt
Meyer	Amalie	Löwenstein	verschollen	Minsk
Meyer	Bernhard		als tot erklärt	Riga
Meyer	Edith		als tot erklärt	Riga
Meyer	Emma	Michel	+ 05.01.1945	Stutthof
Meyer	Helga		verschollen	Riga
Meyer	Jakob		verschollen	Minsk
Meyer	Karl		+ 02.03.1945	Buchenwald
Meyer	Rebekka	Salomon	+ 17.04.1943	Theresienstadt
Nabjinski	Elisabeth	Löwenberg	verschollen	Auschwitz
Rieger	Sybilla	Herz	verschollen	Izbica
Salomon	Albert		als tot erklärt	Riga
Salomon	Albert		als tot erklärt	Riga
Salomon	Herbert		verschollen	
Salomon	Sophie	Krebs	+ 13.02.1943	Theresienstadt
Zade	Hugo		als tot erklärt	Theresienstadt
Zade	Martha	Platauer	als tot erklärt	Theresienstadt
Zade	Ursula		als tot erklärt	Theresienstadt

Von den in Monheim und Hitdorf lebenden Juden, die ja der Synagogengemeinde Langenfeld angehörten, starben 11 in den Konzentrationslagern von Auschwitz, Minsk, Riga und Theresienstadt.

Quelle: Bundesarchiv Koblenz "Dokumentation der Opfer der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in den Jahren 1933 - 1945 aus dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland und Berlin"; HSTAD (Rep. 200), s. d. das Verzeichnis in der Bibliographie; israelitischer Friedhof von Langenfeld und Zeitzeugen-Interviews.

8) Überlebende der NS-Herrschaft

Name	Geburtsname	Auswanderungsjahr	Auswanderungsziel bzw. Aufenthaltort nach dem Krieg
Berg	Alfred	1938	USA
Sch (...)	Emma	Berg	lebt in Bonn
Berg	Helmut	1938/1939	Holland/USA
Berg	Hermann		lebte nach 1945 in Schwenke/Halver
Berg	Karl	1937	Palästina
Berg	Margarete	Lion	USA
H (...)	Martha	Berg	lebte nach 1945 in Solingen
Berg	Werner	1939	USA
Berger	Anne	1939	England
Berger	Berta	Simon	England
Berger	Hermann	1938	Uruguay
Grünberg	Max	1933	Palästina
Grünwald	Karl		USA
P (...)	Paula	Grünwald	USA
Grünwald	Walter		USA
Herz	Elly	1938	USA
Herz	Karl	1938	USA
Heart	Curtis		USA
(Herz)	(Kurt)		
Herz	Max	1940	USA
Herz	Rosa	Woll	USA
Herz	Walter	1937	USA
R (...)	Alice	Meyer	USA
Meyer	Erika		USA
Meyer	Ernst	1937	USA
Meyer	Leo	1939/1948	China/USA
Kahn	Martha	Meyer	Afrika
Meyer	Max		kehrt 1945 aus KZ Theresienstadt zurück nach Langenfeld
Meyer	Sally		USA
Meyer	Willy	1936	Südafrika
F (...)	Diana	Salomon	USA
Salomon	Lutz		Südafrika
Zade	Hans-Peter		England

Bereits vor 1933 wanderten 4 Mitglieder der Familie Herz (Hugo, Rosa, Johanna und Elisabeth) in die USA aus. Der Zeitpunkt der Auswanderung von Georg Berger, der Langenfeld bereits 1926 verlassen hat und nach Köln gezogen war, kann sowohl vor, als auch nach 1933 liegen. Genaueres war bisher nicht in Erfahrung zu bringen. Von den zur Synagogengemeinde gehörenden Monheimer und Hitdorfer Juden überlebten durch Auswanderung bzw. Leben im Versteck 9 Juden.

Quelle: HSTAD (Gestapo) 33066, 33622, 60942, 61110, 61112, 61117; HSTAD (Rep. 200) alle in der Bibliographie angegebenen Akten; STALev. 4917, 4919, 4925, 4928, 4943, 4944, 4946, 4947, 4948 und 4949; STAL 1251 und 1444; sowie Zeitzeugen-Interviews.

B I B L I O G R A P H I E

In dem hier angeführten Quellen- und Literaturverzeichnis wurden nur die in dieser Arbeit zitierten Dokumente, Chroniken und Werke berücksichtigt. Zahlreiche weitere Dokumente wurden zwar eingesehen und erschlossen, waren aber für die Endfassung der Dokumentation irrelevant und entfielen somit.

Zur Klärung einiger Sachlagen und zur Ergänzung der schriftlichen Dokumente wurden Zeitzeugeninterviews durchgeführt.

A R C H I V E

Bundesarchiv Koblenz

"Dokumentation der Opfer der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in den Jahren 1933 - 1945 aus dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland und Berlin"

Hauptstaatsarchiv des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Bestand: Akten der Gestapo

773	34871	60942	71567
27390	35449	61110	
33066	37335	61112	
33622	52490	61117	
33794	58403	61123	

Zweigarchiv Schloß Kalkum

Bestand: Regierung Düsseldorf

17245	33637	51521	
30654	47441	51686	

Bestand: Sondergerichtsakten Düsseldorf

966 3482

Bestand: Wiedergutmachungsakten Düsseldorf

471	939	1148	3264	4926
663	983	1314	3357	5037
777	991	1626	3474	5040
800	1147	3036	4416	

Stadtarchiv Düsseldorf

Bestand: Sammlung Ebel

101 105 112

Stadtarchiv Solingen

"Liste der wahlberechtigten Repräsentantenwähler der Synagogengemeinde Langenfeld von 1931"

Bestand: Zeitungen

Bergische Arbeiterstimme	Organ der kommunistischen Partei Deutschlands/Sektion der kommunistischen Internationale, Jg. 42-45 (1931 - Februar 1933)
--------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Stadtarchiv Leverkusen

Bestand: Akten des Rhein-Wupper-Kreises

0188	4919	4946	5095	5634
4375	4925	4947	5157	
4405	4928	4948	5176	
4449	4943	4949	5197	
4917	4944	5000	5205	

Bestand: Zeitungen

Bergischer Beobachter	Amtliches Kreisblatt für den Rhein-Wupper-Kreis, Jg. 1933
Bergische Post	Tageszeitung für den Rhein-Wupper-Kreis und den Stadtkreis Solingen + Leverkusener Zeitung + Langenfelder Nachrichten u.a., Heimatzeitung für das rheinisch-bergische Land, Jg. 68 ff (1928 ff; bis 1933 war die Bergische Post das Presse-Organ des Zentrums)
General-Anzeiger	Langenfelder Zeitung und Tagesblatt, Jg. 1932 - März 1933 (ab April 1933 verbunden mit dem General-Anzeiger Leverkusen)
General-Anzeiger	Leverkusen, Wiesdorfer Zeitung, Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Solingen-Lennep, Jg. 1930 f
Rheinische Landeszeitung (Ausgabe BB)	Größte Tageszeitung des Rhein-Wupper-Kreises, Amtliches Kreisblatt (Fortsetzung des Bergischen Beobachters), Jg. 6 ff (August 1935 - März 1945)
Volksparole	Größte Tageszeitung des Rhein-Wupper-Kreises, Amtliches Kreisblatt (Fortsetzung des Bergischen Beobachters), Jg. 5 f (1934 - Juli 1935)

Stadtarchiv Langenfeld

96	432	977	1271	1861
97	433	1041	1302	1890
191	447	1054	1444	1941
274	448	1095	1461	1979
285	449	1105	1464	1981
289	474	1128	1485	2103
341	537	1130	1506	2374
346	548	1132	1656	2488
347	551	1133	1657	2903
349	555	1134	1658	2967
393	558	1229	1660	2982
409	559	1251	1661	505
410	564	1260	1703	
411	766	1269	1857	

Historisches Archiv des Erzbistums Köln

Bestand: Generalvikariatsakten

Langenfeld-Richrath Nr. 5
Langenfeld-Landwehr Nr. 2
Langenfeld-Immigrath Nr. 9

Kirchenarchiv St. Gereon

202 Theodor Prömpeler, Die kirchlichen Verhältnisse zu Monheim und
Baumberg, 2. verbesserte und vermehrte Bearbeitung 1931 mit
einigen Zusätzen bis 1944 (ungedruckte Handschrift)

Kirchenarchiv St. Martin

Chronik des Pfarrers Theodor Breuer, Buch III

Kirchenarchiv der evangelischen Gemeinde Langenfeld

"Auf Dein Wort", Festschrift zum 300jährigen Bestehen der evangelischen Gemeinde Reusrath mit Beiträgen zur Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Langenfeld, Langenfeld 1983

Felix-Metzmacher-Schule Langenfeld

Chronik der katholischen Volksschule zu Langenfeld

Gemeinschaftsgrundschule (Zehnterweg) Langenfeld

Chronik der evangelischen Volksschule Richrath

Chroniken, Amtsblätter, Gesetzessammlungen, Statistiken und Zeitungen

Chronik der katholischen Volksschule zu Monheim (Franz-Boehm-Schule).
Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935, nebst amtlicher Begründung, allen Durchführungsverordnungen, der Rücklagenverordnung usw.; Kommentar von Hans Kerrl und Dr. Dr. Weidemann, 2. erw. Aufl., Berlin 1937

Leverkusen 1933 - 1945. Die Zeit des Nationalsozialismus, hrsg. vom Leistungskurs Geschichte 1 der Carl-Duisberg-Schule in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Verkehrsamt der Stadt Leverkusen, Leverkusen Juli 1982

Mitteilungen für die Stadtverwaltung Düsseldorf, Jg. 5 (1938) Preußische Gesetzessammlung, hrsg. vom Preußischen Staatsministerium, Jg. 1933

Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Inneren, Jg. 1933 - 1943

Statistik des Deutschen Reiches, bearb. im Statistischen Reichsamt, Bd. 372, Berlin 1930, Bd. 382, Berlin 1932, Bd. 434, Berlin 1935, Bd. 451, Berlin 1936, Bd. 455, Berlin 1936, Bd. 464, Berlin 1936

Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, Amtliche Veröffentlichung des Deutschen Gemeindetages, bearb. von der Arbeitsgemeinschaft für gemeindliche Statistik, Jg. 29 - 34, Jena 1934 - 1939

Volksparole (Düsseldorfer Ausgabe), Jg. 2 ff (1931 - 1933)

2. Literaturverzeichnis

- Adam, U. Judenpolitik im Dritten Reich, Unveränd. Nachdr. der EA 1972, Königstein (Athenäum) 1979
- Allen, W. Die deutsche Öffentlichkeit und die "Reichskristallnacht", in: Peukert, D./Reulecke, J. (Hg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 397 - 411
- Arendt, H. Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankf. (Ullstein) 1975, 3 Bde. (EA 1955)
- Benger, A. Erinnerungen an Langenfeld, in: Heimatkalender "Land an Wupper und Rhein", Opladen 1969, S. 90 - 92
- Bompermann, H. Vor 50 Jahren. Nationalsozialistische Diktatur in Langenfeld, Langenfeld 1983
- ders. Langenfeld unter dem NS-Regime Mai - Dezember 1933, Langenfeld 1985
- ders. Langenfeld unter dem NS-Regime. Das Jahr 1934, Langenfeld 1985
- Bracher, K. D. Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 5. Auflage, Villingen 1971 (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 4)
- ders. Stufen der Machtergreifung, in: Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftsystems in Deutschland 1933/34, Bd. 1 Frankf. (Ullstein) 1983
- Broszat, M. Der Staat Hitlers. Grundlagen und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 7. Aufl., München 1978 (dtv. Weltgeschichte Bd. 9)
- Buchheim, H. u.a.. Anatomie des SS-Staates, 3. Aufl., München 1982, 2 Bde.
- Conway, J. Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933 - 1945. Ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge, München 1969

- Dederke, K.H. Reich und Republik. Deutschland 1917 - 1933, 3. Aufl., Stuttgart 1978
- Eban, A. Dies ist mein Volk. Die Geschichte der Juden, München/Zürich 1975 (EA der deutschen Erstausgabe 1970)
- Eichler, M. Du bist sofort im Bilde. Lebendig - anschauliches Reichsbürger-Handbuch, Zeichnung nach Ideen - Skizzen von M. Eichler, ausgeführt von A. Grobe, Erfurt 1938
- Erdmann, K. Die Weimarer Republik, München 1980 (dtv. Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 19)
- Faust, A. Die Kristallnacht im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938, Düsseldorf 1987
- Feder, G. Das Parteiprogramm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, 96. bis 100. Aufl., München 1933 (Nationalsozialistische Bibliothek, H. 1)
- Galera, S. von Die Geschichte der Bürgermeisterei Langenfeld 1806 bis 1956, Kap. 31 Richrath-Reusrath unter der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 - 1945, Langenfeld 1960 (unveröffentlichtes Manuskript vorhanden im STAL)
- Genschel, H. Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966
- Ginzel, G.B. Jüdischer Alltag in Deutschland 1933 - 1945, Düsseldorf 1984
- Graml, H. Der 9. November 1938. "Reichskristallnacht", 5. Aufl., Bonn 1957
- Greive, H. Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983
- Hain, W. Zur Geschichte der Juden in Hilden, in: Hildener Jahrbuch, NF 2 (1979), S. 75 - 150
- Hausner, G. Die Vernichtung der Juden. Das größte Verbrechen der Geschichte, München 1979
- Hilberg, R. Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982
- Hitler, A. Mein Kampf, 116. bis 118. Aufl., München 1934
- Hofer, W. Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 - 1945, Frankf. (Fischer) 1981, (EA 1957)

- Hollstein, D. Jud SüB und die Deutschen: Antisemitische Vorurteile im nationalsozialistischen Spielfilm, Frankf. (Ullstein) 1983
- Hoss, Ch. Die jüdischen Patienten in rheinischen Anstalten zur Zeit des Nationalsozialismus, in: M. Leipert/R. Styrnal/W. Schwarzer, Verlegt nach unbekannt. Sterilisation und Euthanasie in Galkhausen 1933 - 1945, hrsg. von der Archivberatungsstelle Rheinland Köln 1987, S. 60 - 76
- Hüttenberger, P. Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 19)
- Keller, W. Und wurden zerstreut unter aller Völker. Die nachbiblische Geschichte des jüdischen Volkes, München/Zürich 1966
- Klein, Th./Losemann, V./Maj, G. (Hg.) Judentum und Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1984 Katholische Kirche und NS-Staat. Aus der Vergangenheit lernen?, Frankf. 1981
- Kringels - Kernen, M./Lemhöfer, L. (Hg.) Frauen im Deutschen Faschismus, 2 Bde, Düsseldorf 1982/1983
- Kuhn, A./Rothe, V. Die Juden als Rasse, 2. Aufl., Wiesbaden und München 1981 (Neudr. 1988)
- Landmann, S. Bericht an meine Familie. Ein Leben zwischen Danzig und Israel, Darmstadt 1985
- Lichtenstein, E. Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankf. (Ullstein) 1981
- Maser, W. Der evangelische Kirchenkampf, 3 Bde, Göttingen 1976 bis 1984
- Meier, K. Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939 - 1945, 5. Aufl., Berlin 1979
- Reißlinger, G. Solingen. Geschichte einer Stadt, Bd. 3 Duisburg 1975
- Rosenthal, H. Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1964
- Scheffler, W. Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930 bis 1945, Königstein/Ts. 1983
- Schnorbach, H. (Hg.) Die Langenfelder jüdische Familie Berger, in: Heimatkalender "Land an Wupper und Rhein", Opladen 1973, S. 152 - 159
- Schulte, K.H.S.

- Schulz, G. Die Anfänge des totalitären Maßnahmestaates, in: Bracher/Schulz/Sauer; Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. 2, Frankf. (Ullstein) 1974
- Voigt, A./Wiesemann, F. Juden in Düsseldorf. Die Zerstörung der jüdischen Gemeinde während der nationalsozialistischen Herrschaft, Münster 1982 (Weidenhaupt, H./Wiesemann, F. (Hg.), Geschichte original - am Beispiel der Stadt Düsseldorf, 1, 1983)
- Walk, J. Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien - Inhalt und Bedeutung, Heidelberg/Karlsruhe 1981
- Wiggershaus, R. Frauen unter dem Nationalsozialismus, Wuppertal 1984
- Winkler, D. Frauenarbeit im Dritten Reich, Hamburg 1977